

23. Sitzung

am Dienstag, dem 23. März 2021

Inhalt

Fragestunde

Anfrage 1: Kommt das Medizinische Zentrum für erwachsene Menschen mit geistiger und schwer mehrfacher Behinderung, MZEB, noch?

Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP
vom 17. Februar 2021 1196

Anfrage 2: Schallschutzfonds und Bremer Bühnen-Budget als Hilfen zur Sicherung der Existenz von Musikspielstätten und Veranstalter:innen in der Krise

Anfrage der Abgeordneten Kai-Lena Wargalla, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 18. Februar 2021 1198

Anfrage 3: Oberschule an der Ronzelenstraße zukünftig eine „Eliteschule des Sports“?

Anfrage der Abgeordneten Christopher Hupe, Mustafa Öztürk, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 18. Februar 2021 1199

Anfrage 4: Freiwilligenticket für Busse und Bahnen für Jugendliche

Anfrage der Abgeordneten Sahhanim Görgü-Philipp, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 19. Februar 2021 1203

Anfrage 5: Baudenkmal Villa Schröder in Bremen-Vegesack

Anfrage der Abgeordneten Thore Schäck, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP
vom 23. Februar 20211204

Anfrage 6: Freiräume für Jugendkultur – Graffitiflächen in Bremen

Anfrage der Abgeordneten Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE
vom 22. Februar 20211205

Anfrage 7: Schaffung eines Grabfeldes für jesidische Bestattungen in Bremen

Anfrage der Abgeordneten Cindi Tuncel, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE
vom 23. Februar 20211209

Die schriftlich beantworteten Anfragen der Fragestunde finden Sie im Anhang.

Aktuelle Stunde

Befund: Nicht tragfähig – Schulperrung symptomatisch für rot-rot-grüne Politik

Abgeordnete Yvonne Averwerser (CDU)1210
Abgeordneter Arno Gottschalk (SPD)1212
Abgeordneter Thore Schäck (FDP)1213
Abgeordnete Miriam Strunge (DIE LINKE)1217
Abgeordneter Björn Fecker (Bündnis 90/Die Grünen)1218
Abgeordneter Jens Eckhoff (CDU)1219
Senator Dietmar Strehl1220

**Die Zukunft der Bremer Innenstadt:
Wohin geht die Reise?
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 6. Oktober 2020
(Drucksache 20/324 S)**

Dazu

**Mitteilung des Senats vom 26. Januar
2021
(Drucksache 20/398 S)**

Abgeordneter Thore Schäck (FDP).....	1222
Abgeordneter Robert Bücking (Bündnis 90/Die Grünen).....	1225
Abgeordneter Ingo Tebje (DIE LINKE).....	1227
Abgeordneter Falk Wagner (SPD).....	1229
Abgeordnete Silvia Neumeyer (CDU).....	1231
Abgeordneter Thore Schäck (FDP).....	1233
Abgeordneter Robert Bücking (Bündnis 90/Die Grünen).....	1234
Abgeordneter Ralf Schumann (DIE LINKE).....	1236
Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.....	1237

**Sicherheitsgefühl stärken – Stadtbild
attraktiver machen: Anti-Graffiti-
Initiative für Bremen!
Antrag der Fraktion der FDP
vom 18. Februar 2021
(Drucksache 20/410 S)**

**Illegale Graffiti in der Stadt entfernen!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 23. März 2021
(Drucksache 20/426 S)**

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP).....	1240
Abgeordneter Marco Lübke (CDU).....	1241
Abgeordnete Miriam Strunge (DIE LINKE).....	1242
Abgeordneter Mustafa Öztürk (Bündnis 90/Die Grünen).....	1244
Abgeordnete Sascha Karolin Aulepp (SPD).....	1245
Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP).....	1246
Abgeordneter Mustafa Öztürk (Bündnis 90/Die Grünen).....	1248
Abgeordneter Marco Lübke (CDU).....	1249
Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.....	1249
Abstimmung.....	1252

**„Hells Angels“ dürfen sich nicht wieder
in Bremen etablieren!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 23. Februar 2021
(Drucksache 20/413 S)**

Abgeordneter Marco Lübke (CDU).....	1252
Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP).....	1254
Abgeordneter Mustafa Öztürk (Bündnis 90/Die Grünen).....	1255
Abgeordnete Maja Tegeler (DIE LINKE).....	1255
Abgeordneter Kevin Lenkeit (SPD).....	1256
Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP).....	1258
Abgeordnete Maja Tegeler (DIE LINKE).....	1259
Abgeordnete Dr. Henrike Müller (Bündnis 90/Die Grünen).....	1259
Staatsrat Sven Wiebe.....	1259
Abgeordneter Marco Lübke (CDU).....	1261
Abstimmung.....	1262

**Ortsgesetz über die Verlängerung der
Geltungsdauer des 168. Ortsgesetzes
über eine Veränderungssperre nach dem
Baugesetzbuch im Geltungsbereich des
Bebauungsplans 2517 in Bremen-
Hemelingen
zwischen Hemelinger Bahnhofstraße,
Zum Sebaldsbrücker Bahnhof, Hastedter
Heerstraße, Bahnstrecke Bremen –
Bassum und Brauerstraße
Mitteilung des Senats vom 2. März 2021
(Drucksache 20/415 S).....**

1262

**Nachbenennung eines neuen Mitglieds
des Jugendhilfeausschusses
Mitteilung des Senats vom 9. März 2021
(Drucksache 20/416 S).....**

1262

Vorkaufsortsgesetz

**„Reiherstraße/Reihersiedlung –
Oslebshausen“**

**Mitteilung des Senats vom 16. März 2021
(Drucksache 20/423 S).....**

1263

**Bericht des städtischen
Petitionsausschusses Nr. 16
vom 19. März 2021**

(Drucksache 20/425 S)..... 1263

Anhang zum Plenarprotokoll

Schriftlich vom Senat beantwortete
Anfragen aus der Fragestunde der
Stadtbürgerschaft vom 23. März 2021..... 1264

**Anfrage 8: Fritz-Piaskowski-Bad
zukunftsicher erneuern**

Anfrage der Abgeordneten Maja
Tegeler, Cindi Tuncel, Sofia
Leonidakis und Fraktion DIE LINKE
vom 24. Februar 2021 1264

**Anfrage 9: Gibt es eine Impf- und
Teststrategie für die Beschäftigten in
der Jugendhilfe?**

Anfrage der Abgeordneten Petra
Krümpfer, Ute Reimers-Bruns, Mustafa
Güngör und Fraktion der SPD
vom 4. März 20211264

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Dr. Thomas von Bruch, Heiko Strohmann.

Präsident Frank Imhoff eröffnet die Sitzung um 14:01 Uhr.

Präsident Frank Imhoff: Die 23. Sitzung der Stadtbürgerschaft ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und Vertreter der Medien.

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, die Sie der digital versandten Tagesordnung mit Stand von heute, 13 Uhr, entnehmen können.

Dieser Tagesordnung können Sie auch die Eingänge gemäß § 37 der Geschäftsordnung entnehmen, bei denen interfraktionell vereinbart wurde, sie nachträglich auf die Tagesordnung zu setzen. Es handelt sich um die Tagesordnungspunkte 16 und 17.

Wird das Wort zu den interfraktionellen Absprachen gewünscht? – Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

(Einstimmig)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Fragestunde

Für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft liegen neun frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor.

**Anfrage 1: Kommt das Medizinische Zentrum für erwachsene Menschen mit geistiger und schwer mehrfacher Behinderung, MZEB, noch?
Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 17. Februar 2021**

Bitte, Herr Abgeordneter!

Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP): Wir fragen den Senat:

1. Welche Hürden stehen der Eröffnung des MZEB derzeit entgegen, und welche Schritte werden unternommen, das MZEB schnellstmöglich zu eröffnen?

2. Wie ist der aktuelle Zeitplan bis zur Eröffnung des MZEB, und wann, wo und wie wird es verbindlich eröffnet?

3. Wie bewertet der Senat die Umsetzung des MZEB vom Beschluss über die Einrichtung bis heute?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Staatsrätin Silke Stroth.

Staatsrätin Silke Stroth: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die Etablierung eines MZEB im Land Bremen wird durch den Senat, Bremische Bürgerschaft, die Leistungserbringer sowie die Selbstvertretung behinderter Menschen nicht nur mit Nachdruck gefordert, sondern auch übereinstimmend für fachlich dringend geboten erachtet. Dementsprechend hat die senatorische Behörde für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz mit den ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten mehrfach auf die Gesundheit Nord eingewirkt.

Die GeNo hat eine Ermächtigung für das MZEB des Landes Bremen zur Teilnahme an der vertragsärztlichen Versorgung mit Wirkung vom 1. April 2019 und bis zum Ablauf des 31. März 2022 gemäß § 119c SGB V erhalten. Dies war ein wichtiger Teilschritt zur Etablierung des MZEB.

Das MZEB muss seitens der Gesundheit Nord so abgesichert sein, dass es die gestellten Anforderungen zur Deckung des bestehenden Versorgungsauftrags vollumfänglich erfüllen kann. Zu den Anforderungen gehörten die Vorgaben der Kassenärztlichen Vereinigung und der Krankenkassen an die ärztliche Qualifikation. Außerdem sind räumliche Erfordernisse zu erfüllen, die die spezifischen Bedürfnisse an die Barrierefreiheit gewährleisten.

Zu Frage 2: Aktueller Stand ist, dass das MZEB zunächst auf dem Gelände des KBM in Haus 6/12 untergebracht werden soll. Die Umbauarbeiten haben dafür bereits begonnen und sollen laut Auskunft der GeNo, sofern es das Pandemiegeschehen und die aktuellen Witterungsbedingungen zulassen, zum 1. April 2021 abgeschlossen sein. Da dieses

Gebäude jedoch nicht dauerhaft nutzbar ist, werden gleichzeitig Optionen für eine langfristige räumliche Unterbringung des MZEB geprüft. Problematisch gestaltet sich – neben der Raumfrage – des Weiteren die Personalrekrutierung für das MZEB, an dessen Lösung die GeNo nach eigener Auskunft intensiv arbeitet.

Das aktuelle Ziel der GeNo besteht nach unserem aktuellen Kenntnisstand darin, das MZEB spätestens im zweiten Quartal 2021 zu eröffnen.

Zu Frage 3: Der Senat bewertet die Umsetzung des MZEB vom Beschluss über die Einrichtung bis heute kritisch. Die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz hat deshalb mehrfach mit den ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten auf die Gesundheit Nord eingewirkt und wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass die GeNo das MZEB schnellstmöglich realisiert, damit den Bedürfnissen der schwerst mehrfach behinderten Menschen Rechnung getragen wird und eine Anschlussversorgung nach der Behandlung im sozialpädiatrischen Zentrum gegeben ist. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP): Sie haben ja berichtet, dass die Genehmigung der GeNo jetzt erst nur bis zum Jahr 2022 gegeben ist, und das heißt, wenn ich es richtig sehe, dass nicht einmal ein Drittel der Zeit der Genehmigung ausgeschöpft werden wird. Da ist „kritisch“ ja eine gelinde Formulierung. Die Frage ist: Sind da schon Verlängerungen beantragt?

Staatsrätin Silke Stroth: Nein, Verlängerungen sind noch nicht beantragt. Die können wir auch im Ermächtigungsbeschluss der Kassenärztlichen Vereinigung erst dann vorlegen, wenn die personelle Ausstattung des MZEB erkennbar vollzogen ist und die Räume bezogen sind. Wir sehen aber keine Probleme darin, eine Verlängerung durch den Ermächtigungsausschuss der Kassenärztlichen Vereinigung zu erlangen.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP): Kann ich daraus schließen, wenn die personellen Probleme und die Einrichtung nicht gelängen, dass Sie diese Verlängerung nicht erwirken könnten und sich dann jemand anderes suchen müssten?

Staatsrätin Silke Stroth: Wenn es nicht gelingt, die personellen Voraussetzungen zu schaffen, die ja von Krankenkassen und der Kassenärztlichen Vereinigung als unabdingbar für den Betrieb eines MZEB formuliert worden sind, wenn es nicht gelingen sollte, wovon wir aber nicht ausgehen, dann müssten wir uns tatsächlich einen anderen Betreiber suchen, wobei die Schwierigkeit insbesondere darin liegt, einen geeigneten Neurologen mit Zusatzqualifikation und medizinischer Erfahrung im Bereich mit geistig und körperlich mehrfach behinderten Menschen und Menschen mit Doppeldiagnosen zu bekommen. Diese sind am Markt einfach sehr schwierig zu erreichen.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP): Sie hatten gesagt, dass das Gebäude 6 dafür umgebaut und genutzt wird, aber keine Dauerperspektive bietet. Wie lange wäre denn dort die Perspektive?

Staatsrätin Silke Stroth: Das kann ich Ihnen jetzt leider nicht beantworten. Die Frage müsste ich mitnehmen, aber, wie gesagt, wir suchen auch nach einer dauerhaften Alternative auf dem Gelände des KBM.

Präsident Frank Imhoff: Es gibt eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert. – Bitte sehr!

Abgeordnete Sigrid Grönert (CDU): Ist es richtig, dass im MZEB nur diagnostiziert werden soll und nicht behandelt werden darf, und wenn ja, warum ist das so?

Staatsrätin Silke Stroth: Nein, das ist nicht richtig. Deswegen werden ja im MZEB neben einem Facharzt für Neurologie Ergotherapeuten, Physiotherapeuten, Logopäden, Psychotherapeuten, Sozialarbeiter und ein Pflegedienst für die Ausstattung im personellen Bereich gesucht.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Sigrid Grönert (CDU): Nur noch einmal zur Vergewisserung: Also es wird diagnostiziert und behandelt?

Staatsrätin Silke Stroth: Ja!

(Abgeordnete Sigrid Grönert [CDU]: In allen Fällen?)

Ob in allen Fällen, da bin ich jetzt überfragt, aber grundsätzlich ja!

Präsident Frank Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

Anfrage 2: Schallschutzfonds und Bremer Bühnen-Budget als Hilfen zur Sicherung der Existenz von Musikspielstätten und Veranstalter:innen in der Krise

Anfrage der Abgeordneten Kai-Lena Wargalla, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

vom 18. Februar 2021

Bitte, Frau Kollegin!

Abgeordnete Kai-Lena Wargalla (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

1. Welches Potenzial sieht der Senat im Instrument des Bremer Bühnen-Budgets – vergleiche Live Concert Account in Hamburg – als Hilfsmittel in beziehungsweise nach der Krise, und wie ist der Stand der Umsetzung?

2. Inwiefern konnte und wird der vermutlich noch einige Zeit andauernde pandemiebedingte Stillstand in den Klubs dafür genutzt, bei besonders durch Immissionskonflikte bedrohten Klubs Schallschutzmaßnahmen umzusetzen?

3. Wie können die beiden Instrumente genutzt werden, um zur Ermöglichung von Kulturveranstaltungen im Freien beizutragen, und welche konkreten Maßnahmen zur Umsetzung sind hier geplant beziehungsweise welche ergänzenden Instrumente in Ausarbeitung?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Staatsrat Sven Wiebe.

Staatsrat Sven Wiebe: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Der Senat sieht grundsätzlich Potenzial im Instrument eines Bremer Bühnen-Budgets. Die Erfahrungen beim Hamburger Live Concert Account zeigen, dass mit diesem Förderprogramm die Klubszene darin unterstützt wird, möglichst viel Livemusik zu spielen. Das Förderinstrument ist unmittelbar auf die Bedürfnisse der Klubs zugeschnitten, und zugleich werden die Urheber der Musik mit bedacht.

Als Hilfsmittel zur Bewältigung der Krise beziehungsweise ihrer Folgen kann ein Bremer Bühnen-Budget erst dann wirksam sein, wenn Liveauftritte wieder möglich sind. Seit Mitte März 2020 haben aber keine Liveveranstaltungen im Musikbereich stattgefunden, und noch immer ist unklar, ab wann wieder Livemusikveranstaltungen in größerem Rahmen stattfinden können, insofern ist das Programm eines Bremer Bühnen-Budgets bislang hinter anderen Projekten zurückgetreten. Dies erfolgte in Abstimmung mit den bremischen Akteuren der Szene zugunsten von anderen Programmen und Projekten. Diese wurden im Rahmen des runden Tisches Veranstaltungsbranche entwickelt und in die Umsetzung gebracht, um den Akteuren der Branche unmittelbar in der Krise und danach zu helfen. Zu nennen sind hier der CLUB 100 und die Imagekampagne „Gastronomie? Aber sicher!“ sowie das Veranstaltungsförderprogramm, das durch die WFB umgesetzt wird.

Zu Frage 2: Der Senat hat keine Informationen über durchgeführte Schallschutzmaßnahmen in den Klubs. Im Rahmen des runden Tisches Veranstaltungswirtschaft ist das Thema Lärmschutz regelmäßig angesprochen worden, seitens der Teilnehmenden wurden im Jahr 2020 jedoch keine konkreten Bedarfe genannt. Projekte und Programmatiken, um Liveveranstaltungen hybrid oder rein digital umzusetzen, standen im gemeinsamen Fokus im Jahr 2020 und gegenwärtig immer noch.

Zu Frage 3: Ein Bremer Bühnen-Budget könnte grundsätzlich für Livemusikveranstaltungen im Freien hilfreich sein, wohingegen der Schallschutzfonds auf feste Örtlichkeiten bezogen sein soll.

Im Rahmen des runden Tisches Veranstaltungswirtschaft ist das Thema Außenflächen entsprechend des Bürgerschaftsbeschlusses vom 6. Oktober 2020, Drucksache [20/643](#), Ziffer 4, regelmäßig angesprochen worden, und die Teilnehmer wurden gebeten, entsprechende Bedarfe zu melden. Auch seitens der Entwicklung des Aktionsprogramms Stadtteilzentren wurden Außenflächen zur Nutzung von Veranstaltungen abgefragt. Aktuell liegen die Veranstaltungsbranche und auch die Gastronomie ihre Priorität jedoch noch auf die Sicherung ihrer Existenzen.

Das in Ziffer 10 des Bürgerschaftsbeschlusses genannte Förderprogramm für bauliche Maßnahmen hinsichtlich Hygiene- oder Lüftungsmaßnahmen ist ebenfalls beim runden Tisch angesprochen worden. Durch die nach langen Diskussionen erheblich ausgeweiteten Fördermaßnahmen im Rahmen der

Überbrückungshilfe III sind monatlich bis zu 20 000 Euro für solche Investitionen über den Bund förderfähig, sodass ein Bremer Programm aktuell nicht weiterverfolgt wird. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Kai-Lena Wargalla (Bündnis 90/Die Grünen): Sie sagten ja, dass das Thema Bühnenbudget in der Priorität erst einmal sozusagen ein bisschen zurückgestuft wurde, weil sich auch die Veranstalter:innen natürlich erst einmal um die Soforthilfen und um die Existenzsicherung gekümmert haben und immer noch kümmern. Wäre es nicht trotzdem hilfreich, wenn man das Konzept des Bremer Bühnen-Budgets schon einmal quasi so weit fertigstellt, dass, wenn in diesem Sommer – was ja hoffentlich so ist – zumindest Outdoorveranstaltungen im Rahmen der Pandemieregeln stattfinden können, das dann in Anspruch genommen wird, und wenn ja, wie weit sind denn dort die Pläne für diesen Sommer?

Staatsrat Sven Wiebe: Das ist auf jeden Fall ein wichtiges Instrument, um die Veranstaltungen, wenn sie wieder zulässig sind, dann auch entsprechend zu fördern. Es ist dann wichtiger denn je, und ich hatte den runden Tisch Veranstaltungswirtschaft angesprochen. Wir sind da im Dialog mit den Akteuren, um dann auch entsprechend zum richtigen Zeitpunkt mit dem Programm an den Start gehen zu können.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Kai-Lena Wargalla (Bündnis 90/Die Grünen): Mich irritiert so ein bisschen, wenn ich das aus der Antwort richtig herausgehört habe, dass Sie quasi das Bremer Bühnenbudget auch für Outdoorveranstaltungen in Betracht ziehen, aber den Schallschutzfonds sehr auf feste Indoororte beziehen. Ist es aber nicht so, dass eigentlich gerade draußen Outdoorveranstaltungen von diesem Schallschutzfonds profitieren könnten? Wir sehen in Berlin, dass die Ipse zum Beispiel, eines der ersten Projekte, die durch den Schallschutzfonds dort quasi gerettet werden konnten, ein Outdoorprojekt war, und auch in Bremen haben wir mit dem „Irgendwo“ und der kompletten Palette und anderen Outdoorveranstaltungen immer wieder mit der Lärmproblematik zu kämpfen. Ist es nicht so, dass gerade Outdoorprojekte eigentlich von diesem Schallschutzfonds profitieren können?

Staatsrat Sven Wiebe: Es ist in der Tat so, dass sich im Moment die Überlegungen ein Stück weit auf feste Örtlichkeiten fokussieren, aber wenn sich da der Bedarf auch für Outdoorveranstaltungen herauskristallisiert, sind wir, glaube ich, offen, um das auch entsprechend zu berücksichtigen.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Kai-Lena Wargalla (Bündnis 90/Die Grünen): Das hört sich doch schon einmal gut an! Wir sind ja hier in Bremen mit dem Freiluftpartygesetz auch Vorreiter, was diese Kulturszene angeht. Wäre es nicht auch hilfreich, wenn man sich mit diesen Veranstaltern in Verbindung setzt, ob man da nicht auch helfen kann? Das wäre ja am Ende auch eine Win-win-Situation.

Staatsrat Sven Wiebe: Entschuldigung, ich habe den Namen des Veranstalters nicht verstanden!

Präsident Frank Imhoff: Bitte, Frau Wargalla!

Abgeordnete Kai-Lena Wargalla (Bündnis 90/Die Grünen): Es geht um Veranstalter von Freiluftpartys – wir haben ja hier das Freiluftpartygesetz –, die sind ja nicht an einen Ort gebunden. Trotzdem kann man dort mit niedrigschwelligen Schallschutzmaßnahmen helfen, und das wäre ja am Ende eine Win-win-Situation für alle.

Staatsrat Sven Wiebe: Das schaue ich mir gern an!

Präsident Frank Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

Anfrage 3: Oberschule an der Ronzelenstraße zukünftig eine „Eliteschule des Sports“?

Anfrage der Abgeordneten Christopher Hupe, Mustafa Öztürk, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18. Februar 2021

Bitte, Herr Kollege!

Abgeordneter Christopher Hupe (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat grundsätzlich das Bestreben der Oberschule an der Ronzelenstraße, sich zu einer „Eliteschule des Sports“ weiterzuentwickeln, und wie ist diesbezüglich der aktuelle Planungsstand, auch hinsichtlich einer möglichen Finanzierung?

2. Auf welchem Stand der Antragstellung zur Zertifizierung als „Eliteschule des Sports“ befindet sich die Schule, und welche konkreten organisatorischen und räumlichen Herausforderungen, insbesondere benötigte Sporthallen, Mensa und Internat, bestehen?

3. Zu welchem Zeitpunkt kann damit gerechnet werden, dass die Oberschule an der Ronzelenstraße ihre Arbeit als „Eliteschule des Sports“ umfänglich umsetzt, und welche Übergangslösungen sind für die Zwischenzeit angedacht?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Senatorin Dr. Claudia Bogedan.

Senatorin Dr. Claudia Bogedan: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Der Senat begrüßt das Bestreben der Oberschule an der Ronzelenstraße, sich zu einer Eliteschule des Sports weiterzuentwickeln. Derzeit finden intensive Verhandlungen zu Möglichkeiten der Unterbringung von acht Kaderschülerinnen und Kaderschülern, der notwendigen Geschäftsführung für die Eliteschule des Sports sowie der Leistungssportkoordination statt. Die Ergebnisse der Verhandlungen münden dann in einen Businessplan für die Eliteschule des Sports ein. Dieser wird voraussichtlich im Mai 2021 vorgelegt werden können.

Zu Frage 2: Die Antragstellung zur Zertifizierung der Eliteschule des Sports ist in Arbeit. Insgesamt sind für den Antrag drei Handlungsstränge zusammenzuführen:

Erstens: Notwendig ist die strukturelle Kopplung von schulischer Allgemeinbildung und leistungssportlicher Spezialbildung. Die schulseitigen Anforderungen für eine Antragstellung sind allesamt erfüllt: Es liegt ein Gesamt- und Schulkonferenzbeschluss vor, die Stundenplanung und curriculare Anpassung für die Eliteschule des Sports sind genehmigt, ein Kooperationspartner für die sportmedizinische Eignungsprüfung und sportmedizinische Leistungsdiagnostik ist gefunden. Die Eliteschule des Sports würde sich auf die Sportarten Handball, Hockey, rhythmische Sportgymnastik und Tanzsport fokussieren.

Zweitens: Die beteiligten Sportverbände haben je ein Konzept erarbeitet, das vom Landessportbund

für die Antragstellung zusammengeführt werden muss. Dies ist in Bearbeitung.

Drittens: Der Senat würde es begrüßen, wenn es gelänge, die notwendig vorzuhaltenden Internatsplätze in eine Campuslösung zu integrieren. Eine Zwischenlösung, die bereits mit Beginn des Schuljahres 2021/2022 greifen könnte, wird derzeit geprüft. Acht Bewerbungen von Kaderschülerinnen und Kaderschülern aus dem regionalen Umland und anderen Bundesländern liegen bereits vor.

Für die Oberschule an der Ronzelenstraße liegen unterschiedliche und noch zu konkretisierende Szenarien vor, unter anderem für den Bau einer Sporthalle.

Zu Frage 3: Die Beantragung zur Eliteschule des Sports wird von der Senatorin für Kinder und Bildung mit Beginn des Schuljahres 2021/2022 und eine umfängliche Umsetzung mit Beginn des Schuljahres 2022/2023 angestrebt. Bis zum Abschluss der Aus- und Umbauarbeiten auf dem Gelände der Oberschule an der Ronzelenstraße werden die Sporthallen der Universität Bremen genutzt. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Christopher Hupe (Bündnis 90/Die Grünen): Habe ich die Antwort des Senats richtig verstanden, dass die einzige große Hürde, um diese Kaderathletinnen aus dem Umland aufzunehmen, jetzt noch darin besteht, eine Übergangslösung für die Unterbringung zu finden, oder gibt es noch weitere Hürden, die verhindern können, dass diese Kaderathletinnen zum neuen Schuljahr nach Bremen kommen?

Senatorin Dr. Claudia Bogedan: Entschuldigung, da muss ich ehrlich gesagt einen kurzen Moment überlegen, bevor ich mich hier falsch festlege! Nach meiner Einschätzung haben Sie das richtig interpretiert, Herr Abgeordneter, das ist die wesentliche Hürde, die noch zu nehmen ist. Um Eliteschule des Sports zu werden, ist es zwingend erforderlich, eine Internatsunterbringung anbieten zu können. Wir könnten mit dem anderen Programm einsteigen, weil die schulischen Maßnahmen im Prinzip alle erbracht sind und es eben an dieser Unterbringungsmöglichkeit fehlt.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Christopher Hupe (Bündnis 90/Die Grünen): Die Kaderathletinnen, die dann hier untergebracht werden, müssen ja auch betreut werden. Gibt es da schon eine Lösung? Ist da schon eine Lösung absehbar?

Senatorin Dr. Claudia Bogedan: Bei den betroffenen Schülerinnen und Schülern, die ihr Interesse bekundet haben, handelt es sich um Kaderschülerinnen und -schüler im Alter von über 16 Jahren. Das löst einen Teil der Betreuungsproblematik, und ein anderer Teil der Betreuungsproblematik soll über das Thema Geschäftsführung der Eliteschule des Sports mit gelöst werden.

Präsident Frank Imhoff: Es gibt eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Marco Lübke. – Bitte sehr!

Abgeordneter Marco Lübke (CDU): Sie haben gesagt, es ist geplant, für acht Kaderathletinnen eine Unterkunft zu planen. Meine Frage lautet: Gibt es eigentlich auch Vorschriften, die besagen, dass es mindestens acht sein müssen, oder müssen oder können es auch mehr sein, und wird auch etwas geplant, dass es mehr werden könnten?

Senatorin Dr. Claudia Bogedan: Ich muss jetzt etwas vorsichtig sein, weil ich nicht alle Regularien zur Zulassung einer Eliteschule des Sports kenne, das sind ja Regularien, die nicht wir erlassen. Nach meinem Dafürhalten gibt es dort keine zahlenmäßigen Begrenzungen, weder nach unten noch nach oben. Ich hatte vorhin ausgeführt, dass bereits Interessenbekundungen von acht Kaderschülerinnen und Kaderschülern vorliegen, hier in Bremen eine solche Internatsunterbringung zu haben, teilweise sind sie auch schon Schülerinnen und Schüler der Oberschule an der Ronzelenstraße. Nach oben gibt es da erst einmal auch keine Grenzen, außer dann natürlich immer der Frage, wie man das am Ende finanziert, betreut und koordiniert bekommt.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Marco Lübke (CDU): Aber ich habe Sie richtig verstanden, Sie planen auch, dass es in Zukunft mehr werden könnten? Es macht ja keinen Sinn, dass man jetzt für acht Kaderathletinnen und -athleten etwas plant und wo der Bedarf nachher sehr viel größer ist, darum ging es mir eigentlich. Ich habe Sie also richtig verstanden: Es soll eine Campusbaulösung favorisiert werden, das heißt, auf dem Gelände der Ronzelenstraße? Da macht es natürlich Sinn, entsprechend zu planen, dass es auch

mehr werden könnten. In die Richtung ging meine Frage.

Senatorin Dr. Claudia Bogedan: Genau, das richtig! Das würden wir nicht so begrenzt halten, wobei die Schule auch deutlich signalisiert hat, dass es auch nicht um ein Vielfaches mehr an Bedarfen gibt. Das sind zumindest die Erfahrungen aus den letzten Jahren, auf die wir uns dabei stützen.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Marco Lübke (CDU): Sie haben gesagt, im Mai 2021 gebe es einen Bericht zu diesem Vorhaben. Meine Frage lautet: Wenn eine Campusbaulösung angestrebt wird, dann wird das auch Geld kosten. Plant der Senat das auch in den zukünftigen Haushaltsberatungen ein, damit es dann losgehen kann?

Senatorin Dr. Claudia Bogedan: Das ist Teil der Schulbauplanung, in die das eingespeist werden muss, und sobald diese konkreten Beschlüsse anstehen, muss das dann auch entsprechend beraten und auch beschlossen werden. Nach dem Stand von heute gibt es noch keine finanzrelevanten Beschlüsse, die das absichern würden.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Marco Lübke (CDU): Ich habe noch die Bitte, dass dann auch in der Sportdeputation darüber berichtet wird.

Senatorin Dr. Claudia Bogedan: Ich bin mir ganz sicher, dass noch mehrere Leute Interesse daran haben, dass wir dort darüber berichten, unter anderem wahrscheinlich auch die Sportsenatorin.

Präsident Frank Imhoff: Es gibt eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Birgit Bergmann. – Bitte sehr!

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Für mich stellt sich die Frage, wenn das jetzt so auf dem Campus erstellt wird, ob man dann am Ende nicht doch wieder bei einer Art Haus der Athleten landet, was ja ursprünglich eine Ausgangslage war und nicht zustande gekommen ist, weil es vom Senat nicht ausreichend unterstützt wurde.

Senatorin Dr. Claudia Bogedan: So, Frau Bergmann, jetzt machen Sie ein riesiges Fass auf! Jetzt muss man sehr viele Sachen ansprechen, die Sie in

dieser Frage an Behauptungen untergebracht haben, die allesamt falsch sind!

(Beifall SPD)

Das Haus der Athleten ist nicht deshalb nicht zustande gekommen, weil es keine ausreichende Unterstützung aus dem Senat dafür gab, sondern es lag zum Schluss eine Entscheidungsfrage vor, in der es gar nicht darum ging, dass eine Unterbringung von Kaderschülerinnen oder Kaderschülern unterstützt werden sollte, sondern es lag letzten Endes ein Angebot auf den Tisch, das hieß, es solle ein Gebäude eingekauft werden, und der Senat solle dafür bürgen. Mehr nicht! An dem Punkt sind der Landessportbund und ich, aber auch die Sportsenatorin zu dem Entschluss gekommen, dass man das Projekt auf der Basis nicht weiterverfolgen kann.

Insbesondere von der Sportsenatorin gab es sehr lange das Signal, dass dort auch bereits im Haushalt hinterlegte Mittel zur Verfügung gestanden hätten, um das Haus der Athleten zu unterstützen. Wie ich hier eben vorgetragen habe, haben wir auch vonseiten der Schule alle Vorarbeiten getroffen, um diesen Prozess auch zu unterstützen, also die Unterstellung, die Sie hier gemacht haben, möchte ich gern weit von uns weisen!

Das Zweite: Nein, das Haus der Athleten war ein Haus, irgendwie fernab ein Gebäude, in dem es Appartementlösungen gegeben hätte. Diese Apartments hätten wir anmieten müssen. Die Kaderschülerinnen und Kaderschüler hätten dadurch tatsächlich auch weitere Wege gehabt, und eine Lösung mit einer Unterbringung auf dem Campus ist sicherlich etwas ganz anderes, weil wir dort dann auch weiterhin schulische Infrastruktur nutzen können.

Präsident Frank Imhoff: Es gibt eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Marco Lübke. – Bitte sehr!

Abgeordneter Marco Lübke (CDU): Mir ist bekannt geworden, dass für die Volleyballspieler auch Kapazitäten bei der Universität wegfallen, das heißt, das muss ja irgendwie aufgefangen werden. Ist das dann eine weitere Hürde, die noch besteht, um diesen Baustein für die Eliteschule des Sports zu erfüllen?

Senatorin Dr. Claudia Bogedan: Sie sprechen jetzt von Sporthallenkapazitäten? Nein! Die Kapazität der Sporthallen ist ein grundsätzliches Problem für

den Schulsport insgesamt, und deshalb sind ja unsere Planungen dahin gehend – und ich hoffe, ich habe das eben hier auch irgendwo gesagt –, dass es auf dem Gelände der Ronzellenstraße zukünftig eine, ich glaube, Dreifeldhalle geben soll, die zumindest in der Planung ist. Ich hoffe, ich sage jetzt nichts Falsches!

Präsident Frank Imhoff: Es gibt eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Dr. Eva Quante Brandt. – Bitte sehr!

Abgeordnete Prof. Dr. Eva Quante-Brandt (SPD): Zuerst einmal freue ich mich sehr, gehört zu haben, dass angestrebt ist, im Jahr 2021 zu der Statuierung Eliteschule des Sports zu kommen. Meine Frage lautet: Ist das Betreuungskonzept, das für die acht Kaderschülerinnen und -schüler dann erforderlich ist, bereits finanziert, und ist es inhaltlich bereits konzeptioniert?

Senatorin Dr. Claudia Bogedan: Wir befinden uns ja mitten in der Haushaltsaufstellung für die Jahre 2022/2023. Insofern ist alles das, was die zukünftigen Haushalte die betrifft, natürlich überhaupt noch nicht genehmigt und finanziert, aber natürlich machen wir uns jede Menge Gedanken darüber. Die Idee ist, im Mai einen Businessplan vorzulegen und zu überlegen, um dann darzulegen, aus welchen Quellen und wie das Gesamtkonzept dann finanziert und auch mit finanziellen Mitteln begleitet werden kann.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Prof. Dr. Eva Quante-Brandt (SPD): Ich habe noch eine Frage zur Unterbringung. Sie haben gesagt, die Kaderathletinnen und -athleten werden dann internatsmäßig untergebracht, oder sie werden zumindest in irgendwelchen Familien oder in Wohnungen untergebracht, ich weiß es nicht. Das würde mich in der Konkretisierung doch interessieren: Internat oder Familie, oder welche Ideen gibt es dazu?

Senatorin Dr. Claudia Bogedan: Die Zwischenlösung setzt im Prinzip da an, wo wir – und insofern war dann vielleicht die Frage von Frau Bergmann doch richtig! – bei den Überlegungen mit dem Haus des Athleten aufgehört haben, dort war, wie gesagt, eine Appartementlösung angedacht. Wir sind in der Verhandlung oder in Gesprächen mit einem Anbieter von solchen Internatswohnheimangeboten, und das muss jetzt konkretisiert werden. Die Angebote sind in der Prüfung, und sobald wir

darüber Klarheit haben – -. Dann gab es ja schon längere Zeit ein Angebot von Petri & Eichen, auch diese Betreuung mit zu organisieren, und die sind natürlich auch weiter mit im Boot. Auch dort finden weiter Gespräche statt, um das am Ende alles so zusammenzubinden, damit das gelingt, was ich gerade gesagt habe und was unser großes Ziel ist: dass wir zum Sommer dieses Jahres starten können, um dann im Jahr 2022 die vollumfängliche Lösung zu haben.

Präsident Frank Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

Anfrage 4: Freiwilligenticket für Busse und Bahnen für Jugendliche

Anfrage der Abgeordneten Sahhanim Görgü-Philipp, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

vom 19. Februar 2021

Bitte, Frau Kollegin!

Abgeordnete Sahhanim Görgü-Philipp (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

1. Welche Bedeutung misst der Senat der Einführung eines Freiwilligentickets, insbesondere für die Zielgruppe der Jugendlichen, bei?
2. Welche Schritte sind bislang erfolgt, um ein Freiwilligenticket für Jugendliche einzuführen?
3. Welche Rolle spielt eine Kooperation mit Niedersachsen für die Einführung des Tickets, und welche Überlegungen bestehen für den Fall, dass zeitnah keine gemeinsame Lösung mit Niedersachsen gefunden wird?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die Schaffung eines Angebots für die Gruppe der Schüler, Auszubildenden und Freiwilligen im Freiwilligendienst zu attraktiven Konditionen und einfachen Bedingungen ist aus Sicht des Senats eine wichtige Maßnahme, um die Nutzung des ÖPNV durch diese Zielgruppe zu steigern.

Zu Frage 2: Im Jahr 2018 hat der Verkehrsverbund Bremen/Niedersachsen auf Wunsch der Gebietskörperschaften des Zweckverbands Verkehrsverbund Bremen/Niedersachsen begonnen, das Konzept für ein entsprechendes Ticket mit dem Arbeitstitel „Jugendticket“ auszuarbeiten. Das Konzept liegt seit Mitte des Jahres 2019 vor. Die Zielsetzung eines Jugendtickets wird grundsätzlich durch Festlegungen im niedersächsischen Koalitionsvertrag unterstützt. Offen ist derzeit jedoch eine finanzielle Beteiligung des Landes Niedersachsen an dem Jugendticket des Verkehrsverbunds.

Ergänzend zu den Gesprächen mit dem Land Niedersachsen bereitet der Zweckverband Verkehrsverbund Bremen/Niedersachsen derzeit eine Anmeldung des Konzepts Jugendticket zum Förderprogramm „Modellprojekte zur Stärkung des ÖPNV“ vor, das der Bund in diesem Jahr gestartet hat. Ziel ist die Einführung eines verbundweiten Jugendtickets für die genannten Gruppen spätestens zum 1. August 2022. Die Finanzierung ist entsprechend in der laufenden Haushaltsaufstellung zu klären.

Zu Frage 3: Ziel bei der Einführung eines Jugendtickets ist eine Integration in den Tarif des Verkehrsverbunds Bremen/Niedersachsen, da die Zielgruppe des Jugendtickets sehr mobil ist und auch zahlreiche Fahrten über die Landesgrenzen hinweg durchführt. Insoweit ist für die Finanzierung eines entsprechenden Tickets auch eine Beteiligung niedersächsischer Gebietskörperschaften erforderlich.

Sollte über eine finanzielle Beteiligung der niedersächsischen Gebietskörperschaften an einem verbundweiten Jugendticket keine Einigung erzielt werden, könnte ein auf die Stadtgemeinde Bremen beschränktes Jugendticket eingeführt werden, sofern die Finanzierung hier entsprechend in der Haushaltsaufstellung dargestellt wird. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Sahhanim Görgü-Philipp (Bündnis 90/Die Grünen): Habe ich Sie richtig verstanden, dass die Einführung eines Jugendtickets, also im Sommer 2022, zusammen mit Niedersachsen geplant ist? Inwieweit sind dafür in den jetzigen Haushaltsentwürfen Mittel dafür vorgesehen?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Sie haben das richtig verstanden, Frau Abgeordnete. Ziel ist

es, zum 1. August 2022 ein Jugendticket einzuführen, allerdings ist in der Tat die Frage, wie das finanziert wird, in Niedersachsen wird das heftig diskutiert. Wir haben Mehrbedarfe im Haushalt angemeldet, die Finanzierung ist aber auch noch nicht abschließend geklärt, also insofern liegt es jetzt nicht nur daran, wie die Debatte in Niedersachsen weiterläuft, sondern auch, wie wir die Finanzierung hinbekommen.

Präsident Frank Imhoff: Es gibt eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Cindi Tuncel. – Bitte sehr!

Abgeordneter Cindi Tuncel (DIE LINKE): Habe ich Sie richtig verstanden? Sollte es mit Niedersachsen nicht funktionieren, planen Sie ab dem 1. August 2022 auch für Bremen, also unabhängig von Niedersachsen, ein Ticket?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Ja, das haben Sie richtig verstanden, allerdings auch hier unter dem Vorbehalt, dass wir dann eine Ausfinanzierung eines bremischen Jugendtickets hinbekommen. Also sowohl in Niedersachsen als auch in Bremen hängt es letzten Endes von der Finanzierbarkeit ab.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Cindi Tuncel (DIE LINKE): Das heißt, wenn wir dafür nichts in den Haushalt eingestellt haben, wird es auch in Bremen kein Ticket im Sommer geben?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Ich sage einmal, die Haushaltsberatungen laufen ja noch. Wir haben erst einmal klassifiziert, dass es einen Wunsch gibt, dieses Jugend- oder Schülerticket dann auch zu haben, und wir haben Bedarfe angemeldet. Am Ende ist es immer eine Frage, ob es aus dem Haushalt finanziert wird, ob es andere Möglichkeiten von Gegenfinanzierungen gibt. Das gilt es, in den nächsten Wochen dann hier auch noch einmal zu beraten.

Präsident Frank Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

Anfrage 5: Baudenkmal Villa Schröder in Bremen-Vegesack
Anfrage der Abgeordneten Thore Schäck, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP
vom 23. Februar 2021

Bitte, Herr Abgeordneter!

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Wir fragen den Senat:

1. In welchem konkreten Zustand befindet sich die seit 1996 unter Denkmalschutz gestellte Villa Schröder in der Weserstraße 78A und 79?

2. Wie ist aktuell der Planungsstand und Umsetzungshorizont bezüglich Abriss und Neubau des Wohnhauses, inwieweit wird hierbei von bestehenden Planungen oder Vorgaben abgewichen, und welche Auswirkung hat der Neubau auf die Umgebung?

3. Welche Begründung wurde zur Aufhebung des Denkmalschutzes des Wohnhauses vorgetragen, und wurde bereits ein Antrag auf Aufhebung des Denkmalschutzes beim Landesamt für Denkmalpflege gestellt, wenn ja, wie steht das Landesamt der Aufhebung des Denkmalschutzes gegenüber?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Staatsrätin Carmen Emigholz.

Staatsrätin Carmen Emigholz: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die Villa steht seit vielen Jahren leer, wurde aber vom Vorbesitzer instand gehalten. Nach dem Verkauf bestand bei der Denkmalpflege der dringende Wunsch nach baldiger Nutzung, denn ein weiterer Leerstand, nun unter erschwerten Bedingungen, hätte dem Bau nicht gutgetan. Häuser dieser Art lassen sich heute nur noch als Mehrparteienhaus umnutzen. Die Hoffnung, einen neuen Eigentümer zu finden, der das gesamte Anwesen ohne Veränderungen und in Gänze als Einfamilienhaus nutzen möchte, war sehr gering.

Zu Frage 2: Nach langen Verhandlungen wurde ein Sanierungs- und Umnutzungskonzept erarbeitet, das den denkmalgeschützten Bereich des Haupthauses sogar aufwertet und sich nicht negativ auf das teilweise denkmalgeschützte Umfeld auswirken wird. Bei den aktuellen Planungen zur Umnutzung der Villa hat das Landesamt für Denkmalpflege nach Abwägung aller Belange den Verlust des nicht denkmalkonstituierenden Anbaus akzeptiert und dafür durchsetzen können, dass die Weserfront wieder in eine dem originalen Zustand angemessenere Form rückgeführt wird.

Der neue Ergänzungsbau ist in einem Gestaltungsgremium bei der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau besprochen und dem Beirat Vegesack am 18. Januar 2021 vorgestellt worden. Der erforderliche Antrag auf Baugenehmigung ist beim Bauamt Bremen-Nord bislang noch nicht gestellt worden. Dieser würde planungsrechtlich vor dem Hintergrund des wirksamen Bebauungsplans 909 beurteilt werden müssen. Aus den genannten Gründen erwägt auch das Bauamt Bremen-Nord, in diesem Einzelfall aufgrund des engen gestalterischen und denkmalpflegerischen Zusammenhangs mit der Villa Schröder von Festsetzungen des Bebauungsplans eine Befreiung zu erteilen.

Zu Frage 3: Es fand und findet keine Aufhebung des Denkmalschutzes statt. Es handelt sich um ein normales denkmalpflegerisches Genehmigungsverfahren, bei dem Planungsalternativen gegeneinander abgewogen wurden, um am Ende einen nicht bedeutenden und nicht denkmalkonstituierenden Anbau aufzugeben. An seine Stelle tritt ein Neubau, der wichtige Funktionen aufnimmt, die man im denkmalwerten Hauptbau nicht unterbringen konnte, das bedeutet zum Beispiel einen Aufzug und eine barrierefreie Erschließung auf allen Ebenen. Der Hauptbau der Villa bleibt erhalten, wird saniert und in Teilen sogar wieder rekonstruiert, das betrifft zum Beispiel auch die Fenstersituation zur Weser. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Eine Teilfrage der Frage drei war ja: Wie steht das Landesamt der Aufhebung des Denkmalschutzes gegenüber? Ich würde die Frage deswegen etwas anpassen und fragen: Wie steht das Landesamt der zukünftigen Nutzung insbesondere unter dem Gesichtspunkt des Denkmalschutzes gegenüber?

Staatsrätin Carmen Emigholz: Es hat ja eine sehr enge Abstimmung mit dem Denkmalschutz gegeben, und insofern wird es aus meiner Sicht auch wenig Probleme machen, wenn alle Beteiligten sich einig sind und das Wirkung erlangt, was sie hier aufgeschrieben haben.

Präsident Frank Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

Anfrage 6: Freiräume für Jugendkultur – Graffiti- flächen in Bremen

**Anfrage der Abgeordneten Sofia Leonidakis und
Fraktion DIE LINKE
vom 22. Februar 2021**

Bitte, Frau Abgeordnete!

Abgeordnete Sofia Leonidakis (DIE LINKE): Wir fragen den Senat:

1. Welche konkreten öffentlichen, dauerhaft für die legale Nutzung verfügbaren Flächen für Graffiti-künstler:innen gibt es in der Stadtgemeinde Bremen?
2. Sieht der Senat den Bedarf, solche „Halls of Fame“ bereitzustellen, die dauerhaft als Freiraum zur Verfügung stehen?
3. Teilt der Senat die Auffassung, dass eine beispielsweise im Rahmen eines Wettbewerbs einmalig zu gestaltende Fläche sowie die Zielsetzung touristischer Zwecke oder Bekämpfung von Angsträumen etwas anderes ist als ein Freiraum für Jugendkultur, der dauerhaft und selbstbestimmt gestaltet und genutzt werden kann?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Staatsrätin Carmen Emigholz.

Staatsrätin Carmen Emigholz: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Legale Flächen existieren häufig temporär und wechseln entsprechend; Legalität entsteht durch offensive dauerhafte oder vorübergehende Bereitstellung durch den Eigentümer oder auch durch passive Duldung. Sehr viele legale Flächen werden auf beiden Wegen privat bereitgestellt, ohne dass dies dem Senat mitgeteilt wird, eine Übersicht existiert nicht. Dauerhafte öffentliche Flächen, die explizit Graffitikünstler:innen zur freien Nutzung außerhalb kuratierter Wettbewerbe zur Verfügung gestellt werden, sind nicht bekannt.

Zu Frage 2: Die Graffitiszene hat mit zahlreichen legalen privaten Flächen und der Möglichkeit, sich an Wettbewerben zu Kunst im öffentlichen Raum zu beteiligen, mehr Gelegenheiten zur Umsetzung ihrer Kunstform als andere Medien der bildenden Kunst. Ob Bedarf für eine offizielle städtische „Hall of Fame“ besteht, müsste geprüft werden.

Zu Frage 3: Durch Graffitis zu gestaltende Flächen im Rahmen eines Wettbewerbs – sei es auch aus städtebaulichen Gründen, zur Vermeidung von Angsträumen oder zu touristischen Zwecken – richten sich in aller Regel an professionelle Graffiti-künstler:innen und sind in dieser Form kein Freiraum zur eigenverantwortlichen künstlerischen Verwirklichung. Jugendkulturprojekte sind im Prinzip nicht Teil des Wettbewerbs „Kunst im öffentlichen Raum“, unabhängig von deren Zielsetzung.

Graffiti-Projekte im Rahmen der Jugendkultur werden von geförderten Institutionen wie zum Beispiel Quartier e. V., KUBO oder auch Jugendzentren, meist allerdings temporär angeboten und dienen unterschiedlichen Zwecken, die von den Institutionen und Zentren oft gemeinsam mit den Jugendlichen selbst festgelegt werden. Ob, inwieweit und durch wen diese Flächen einmalig oder wiederholt, selbstbestimmt oder angeleitet gestaltet und genutzt werden können, obliegt dabei den eigenverantwortlichen Zweckbestimmungen der Institutionen oder Zentren. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Sofia Leonidakis (DIE LINKE): Frau Staatsrätin, teilen Sie mit mir die Auffassung, dass Graffitis als Bestandteil der Hip-Hop-Kultur ein wichtiger Bestandteil der künstlerischen und Sub- und Jugendkultur sind und daher eben auch öffentlich gefördert werden könnten und möglicherweise auch sollten?

Staatsrätin Carmen Emigholz: Klares Wort: Sofern es sich nicht um Schmierereien oder Sachbeschädigungen handelt, selbstverständlich!

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Sofia Leonidakis (DIE LINKE): Dafür ist ja Voraussetzung, dass legale Flächen auch zur Verfügung stehen. Teilen Sie mit mir die Auffassung, dass legale Graffiti-Flächen im privaten Bereich, also in privater Eigentümerschaft, abhängig sind von der von der temporären Duldung der Eigentümer:innen, die natürlich auch jederzeit widerrufen werden kann, und dass das eben kein stetiges, dauerhaftes und legales Angebot einer Graffiti-Fläche darstellt?

Staatsrätin Carmen Emigholz: Ich mache einmal einen ganz kleinen humoristischen Ausflug: Im

Prinzip haben Sie recht, aber als ich junge Abgeordnete war, habe ich auch einmal eine Initiative zu Graffitis gestartet, um es freundlich zu sagen, und jeder empörte Bürger war der Meinung, Politiker redeten über Themen, die sie nicht selbst beeinflussen könnten. Wir haben uns damals in unserer gemeinschaftlichen Reihenhaussiedlung, alles junge Leute, dazu entschieden, über fünf Garagen eine dauerhafte Freifläche für Graffitis zur Verfügung zu stellen. Also, es kommt vor, aber es ist sehr selten.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Sofia Leonidakis (DIE LINKE): Ich weiß jetzt nicht, ob das eine Antwort war, aber teilen Sie mit mir die Auffassung, dass in der Antwort des Senats auf die Kleine Anfrage der SPD-Fraktion und jetzt auch auf unsere Frage in der Fragestunde ein Überblick über die legalen Flächen im privaten Bereich, in privater Eigentümer:innenschaft wünschenswert wäre, wie es auch in anderen Städten der Fall ist? Um ein Beispiel zu nennen: Mönchengladbach hat eine Karte der Halls of Fame in privater, aber auch in öffentlicher Eigentümer:innenschaft. Teilen Sie mit mir die Auffassung, dass ein solcher Überblick wünschenswert und es durchaus auch eine Überlegung wert wäre, auch für Bremen so eine Art Karte der Halls of Fame zu erstellen?

Staatsrätin Carmen Emigholz: Selbstverständlich ist das wünschenswert, insbesondere, weil es sich bei einzelnen Arbeiten auch wirklich um ernst zu nehmende Kunstwerke handelt. Wir haben natürlich gern einen Überblick über die Arbeiten und auch über die Entwicklung der Szene, und soweit die Eigentümer:innen damit einverstanden sind, versuchen wir auch, diese Arbeiten zu digitalisieren und zu dokumentieren.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Sofia Leonidakis (DIE LINKE): Wie bewerten Sie die Aussage, die man auf www.graffiti-wiki.de lesen kann, ich zitiere: „In Bremen gibt es zurzeit eigentlich keine Halle mehr, an der jeder malen kann.“ Teilen Sie mein Bedauern hinsichtlich solcher Aussagen, und wären Sie bereit, an der Änderung dieser Umstände zu arbeiten?

Staatsrätin Carmen Emigholz: Ich finde es immer sympathisch, wenn wir uns um Graffiti-Künstler kümmern und viel für die Stadt machen, denn wir

merken es ganz oft, wenn Graffitis gut gemacht sind, dann gibt es auch eine hohe Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit ihrem Kunstwerk vor Ort und in der unmittelbaren Wohnortnähe. Wir müssen aber ehrlich sein: Gerade durch den gemeinsam mit den Kollegen von, ich sage das jetzt einmal ganz kurz, Bau entwickelten Kriterien und mit den gemeinsamen Aktivitäten sind schon viele Freiflächen genutzt worden.

Wir haben in den letzten Jahren sehr viele Graffitis zugelassen. Es gibt ganz tolle Arbeiten, gerade unter Brücken und in Brückenbereichen, die natürlich zu einer Verschönerung der Orte, aber auch zu einer Vermeidung von Angstorten führen. Da kann man ganz sicher etwas machen. Wir geben uns auch große Mühe, dem nachzukommen, und ich würde Sie herzlich einladen, sich einmal ganz umfangreich und nicht nur zu den drei Fragen über unsere Aktivitäten zu informieren.

(Abgeordneter Thomas Röwekamp [CDU]: Na, dann machen Sie doch einmal eine Stadtumfrage!)

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Sofia Leonidakis (DIE LINKE): Danke Frau, Frau Staatsrätin, das Angebot nehme ich gern an, aber dennoch hätte ich weitere Nachfragen! Wenn man sich die besagte Seite anschaut, dann sieht man, dass viele Städte, durchaus auch kleinere Städte, öffentliche Halls of Fame bereitstellen, zum Beispiel Wände von 100 Metern Länge. Das ist ja etwas anderes als die temporären Flächen, die Bremen durchaus auch in kleinerer Größe bereitstellt. Im privaten Bereich: Wie bewerten Sie den Anspruch Bremens als kulturelles Zentrum, sage ich einmal, im Hinblick auf den Vergleich mit anderen Städten?

Staatsrätin Carmen Emigholz: Bezogen auf Graffitis, oder grundsätzlich?

(Abgeordnete Sofia Leonidakis [DIE LINKE]: Auf die Bereitstellung von öffentlichen Graffitiflächen!)

Wie gesagt, ich glaube, dass man unterscheiden muss. Jede Stadt sucht sich ihren eigenen Präsentationsweg in dieser Form, und wir haben wirklich viele öffentliche Flächen besprüht, gerade im Bereich von Brücken, von Straßenquerungen und ähnlichen Dingen ist da viel passiert.

Ich glaube, es gibt unterschiedliche Schwerpunkte. Einige bauen tatsächlich große Holzstelen mit Flächen auf – das kennen wir auch –, die genutzt werden können, meistens aber nur temporär. Wir haben sogar dauerhafte Nutzungen ermöglicht. Das ist sehr unterschiedlich. Ich weiß nicht, ob man da eine Größer- oder Kleiner-Wettbewerbsform hinkommt. Jeder sucht nach den Stadträumlichkeiten, nach den Gegebenheiten, seinen Möglichkeiten, aber ich sage Ihnen zu, wir werden das sicher gern noch einmal prüfen und Ihnen auch im Einzelnen vorstellen, damit Sie sich einen Überblick verschaffen können.

Präsident Frank Imhoff: Es gibt eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Claas Rohmeyer. – Bitte sehr!

Abgeordneter Claas Rohmeyer (CDU): Frau Staatsrätin, Sie und Frau Leonidakis haben gerade so ein bisschen Schattenboxen gemacht, beide relativ unkonkret. Darf ich Sie bitten und dazu auffordern, in einer der nächsten Sitzungen der Kulturdeputation einmal in einem schriftlichen Bericht darzulegen, welche Anstrengungen der Senator für Kultur, gegebenenfalls in Abstimmung mit anderen Senatsressorts, für die Bereitstellung von legalen Flächen derzeit leistet und wie etwas aussehen kann, dass man private Gewerbetreibende – diese werden es ja im Wesentlichen sein – beteiligen kann, aber zum Beispiel auch andere Immobilieneigentümer in Bremen, wie zum Beispiel den Bund, dass man hier vielleicht einen Wettbewerb durch den Senator für Kultur ausloben kann, damit wir uns damit einmal inhaltlich anhand einer Vorlage beschäftigen können und nicht aufgrund von mündlichen Antworten hier in der Fragestunde?

Staatsrätin Carmen Emigholz: Das machen wir sehr gern!

Präsident Frank Imhoff: Es gibt eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Kai-Lena Wargalla. – Bitte sehr!

Abgeordnete Kai-Lena Wargalla (Bündnis 90/Die Grünen): Sie haben ja gerade gesagt, dass Sie es prinzipiell begrüßenswert finden, wenn Graffiti-künstler:innen in Bremen auf Flächen aktiv sind, auf denen es erlaubt ist. Nun ist es gleichzeitig so, dass es den Künstler:innen auf den Flächen und Immobilien, die kreativ genutzt werden, wie zum Beispiel dem Papageienhaus vom Verein Zucker e. V. oder auch dem Bunker, der in naher Zukunft vom Verein Zucker genutzt wird, nicht erlaubt ist,

die Fassade zu gestalten. Wäre es aber nicht begrüßenswert, dass gerade solche Gebäude, die ja sogar in der Hand von kreativen Menschen sind, auch von ihnen gestaltet werden können?

Staatsrätin Carmen Emigholz: Ich glaube, das wird sich mit einzelnen Gebäudebereichen mit der Entscheidung über die dauerhafte Nutzung ändern, aber das sollten wir wirklich noch einmal mit den Kolleginnen und Kollegen vom Ressort für Stadtentwicklung vernünftig diskutieren, und das legen wir Ihnen dann ergänzend zu den Fragen von Herrn Rohmeyer sehr gern vor. Meine Bitte wäre: Wir schicken uns das, was Ihnen wichtig ist, noch einmal zu, und wir beantworten Ihnen sehr gern die Fragen.

Präsident Frank Imhoff: Es gibt eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Birgit Bergmann. – Bitte sehr!

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Frau Staatsrätin, bei aller Freude über schöne und legale Graffiti-Kultur: Würden Sie mir zustimmen, dass ein solcher konstruierter Zusammenhang nicht sachdienlich ist, nämlich zu sagen, dass illegale Graffiti dann nicht nötig wären, wenn man Freiflächen hat?

Staatsrätin Carmen Emigholz: Das stimmt nach meiner Erfahrung nicht, sondern es ist so, wenn wir viele Freiflächen zur Verfügung stellen, dann verschwinden auch Schmierereien.

Ich kann Ihnen das aus eigener Erfahrung sagen, denn ganz am Anfang, ich war ja früher einmal Parlamentarierin, habe ich mir mein Sommerferienprogramm so gestaltet, dass ich mich gerade in die Kunstszene versucht habe hineinzudenken, und dann kam das Thema Graffiti auf, auch vor dem Hintergrund von Schmierereien und teilweise auch wirklich von Vandalismus. Wir haben dann ein Modellprojekt gestartet, indem wir viele Unternehmen und viele Akteure angeschrieben haben, ob sie freiwillig Freiflächen für gute Kunstwerke zur Verfügung stellen, damit die Tags nicht mehr gesprüht werden und es keine mutwilligen Ärgernisse gibt. Das hat dann immerhin dazu geführt – wir haben das einmal quantitativ berechnet –, dass die Schädigungen um etwa 80 Prozent zurückgegangen sind. Das muss man jetzt vergleichen mit der Zeit von jetzt, ob die Entwicklungen so sind, das müsste man einmal genauer machen, aber ich habe eigentlich sehr gute Erfahrungen damit gemacht, wenn Menschen eigenverantwortliche Dinge machen können, denn sie wollen nämlich auch nicht, dass

ihre Arbeiten zerstört werden, und daher sind wir aufgeschlossen.

Wir müssen nur schauen, dass wir auch nachweisen, noch Flächen zu haben, die dauerhaft bestehen können. Die Gestaltung von Holzwänden ist zum Teil mäßig attraktiv, weil diese Wände sehr stark verwittern, da haben wir Probleme. Bunkerwände sind besser, Betonwände sind besser, wir kennen das alles, das müssen wir uns einfach noch einmal ansehen, aber wir antworten Ihnen auch gern auf diese, ich sage jetzt einmal, negativen Aspekte von Schmierereien. Das gehört genauso in die Betrachtung, selbstverständlich, aber das ist eine Szene, die eigentlich nicht in der Mehrheit ist.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Erst einmal vielen Dank für diese Ausführungen, ich nehme sie gern zur Kenntnis. Trotzdem halte ich es aber für unpassend und unangemessen, dass wir das als eine Art, also auch, wenn die Zusammenhänge so sind –

(Abgeordnete Maja Tegeler [DIE LINKE]: Frage!)

ich bin dabei! –, gesellschaftliche Legitimation für illegales Verhalten nehmen. Stimmen Sie mir da zu?

Staatsrätin Carmen Emigholz: Zunächst einmal, Sachbeschädigung ist gesellschaftlich nicht zu legitimieren, aber in bestimmten Formen gibt es temporäre Kunst, die kennen Sie. Einer der berühmtesten Künstler, der weltweit als Aktionskünstler, als Aktivist agiert, ist ein Graffiti-Künstler, und niemand würde ihn der Tür verweisen, alle freuen sich über seine Kunstwerke, das ist Banksy. Wir wissen das, und wir brauchen diese Aufgeschlossenheit, und wir brauchen auch als Gesellschaft eine Entscheidung dafür, wo wir einen künstlerischen Freiraum haben und wo wir es tatsächlich mit Sachbeschädigung und negativem Mutwillen zu tun haben. Das erfordert bei uns auch die Aufgeschlossenheit und die Bereitschaft, sich der Sache zu nähern.

Insofern begrüße ich, dass alle Parteien sich mit Fragen an dem Thema beteiligen. Wir werden das gern beantworten, und wir werden Ihnen das auch gern zur Verfügung stellen, und wenn Sie sich informieren wollen, auch bei uns im Haus, sind Sie immer herzlich eingeladen!

(Abgeordnete Birgit Bergmann [FDP]: Interessante Antwort! Vielen Dank!)

Präsident Frank Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

(Abgeordneter Thomas Röwekamp [CDU]: TOP 8 ist damit ja auch erledigt, oder?)

Anfrage 7: Schaffung eines Grabfeldes für jesidische Bestattungen in Bremen

Anfrage der Abgeordneten Cindi Tuncel, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 23. Februar 2021

Bitte, Herr Abgeordneter!

Abgeordneter Cindi Tuncel (DIE LINKE): Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat den Bedarf für ein Grabfeld für jesidische Bestattungen, auf dem in Zusammenarbeit mit der jesidischen Gemeinde Beerdigungen ermöglicht werden können?

2. Ist der Senat mit der jesidischen Gemeinde über ein solches Grabfeld bereits im Gespräch?

3. Ab wann wäre die entsprechende Nutzung durch die jesidische Community möglich?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Der Bedarf für ein Grabfeld für jesidische Bestattungen wurde von der Glaubensgemeinschaft angemeldet. Die eigenständige religiöse Gemeinde hat sich in Bremen ein Grabfeld für die Angehörigen des jesidischen Glaubens gewünscht, insbesondere auch, da aufgrund der kriegerischen Auseinandersetzungen und Verfolgungen in den ursprünglichen Heimatländern Irak und Syrien die verstorbenen Angehörigen nicht ohne Weiteres dorthin überführt und bestattet werden können.

Im letzten Jahr bestand zeitweise auch bei Angehörigen die Befürchtung, während der Coronapandemie möglicherweise keine kurzfristigen Überführungen mehr vornehmen lassen zu können. Dies hat den Wunsch nach einem eigenen Grabfeld

in der Nähe des aktuellen Wohnortes zusätzlich verstärkt. Das nächstgelegene größere jesidische Grabfeld befindet sich in Hannover und ist damit relativ weit entfernt für die in der Freien Hansestadt Bremen wohnenden Angehörigen der verstorbenen Jesiden. Aufgrund des dargestellten Bedarfs hat der Umweltbetrieb Bremen das Anliegen zur Schaffung eines eigenen Grabfeldes kurzfristig in die Planung aufgenommen.

Zu Frage 2: Entsprechende Gespräche mit der Vertretung der jesidischen Gemeinde wurden im letzten Herbst und Winter geführt, um die religiösen Anforderungen an das Grabfeld sowie die prognostizierte Anzahl der benötigten Gräber zu klären. Es wurde dann in einvernehmlicher Abstimmung zwischen der Vertretung der jesidischen Gemeinde, den zuständigen senatorischen Behörden und dem Umweltbetrieb Bremen ein Grabfeld auf dem kommunalen Friedhof Aumund angeboten und von der jesidischen Glaubensgemeinschaft ausgewählt.

Zu Frage 3: Die Nutzung ist seit dem 3. November 2020 durch die jesidische Gemeinde möglich. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage?

(Abgeordneter Tuncel [DIE LINKE]: Nein, die habe ich nicht, ich wollte nur wirklich allen danken, die das so schnell ermöglicht haben! – Vielen Dank, Frau Bürgermeisterin!)

Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

Mit Beantwortung dieser Anfrage ist die Fragestunde beendet.

(Die vom Senat schriftlich beantworteten Anfragen der Fragestunde finden Sie [im Anhang zum Plenarprotokoll ab Seite 1264.](#))

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Abgeordneten Yvonne Averwesser, Jens Eckhoff, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU folgendes Thema frist- und formgerecht eingebracht worden:

Befund: Nicht tragfähig – Schulspernung symptomatisch für rot-rot-grüne Politik

Dazu als Vertreter des Senats Senator Dietmar Strehl.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Yvonne Averwenser.

Abgeordnete Yvonne Averwenser (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Titel der heutigen Aktuellen Stunde lautet: „Befund: Nicht tragfähig – Schulsperrung symptomatisch für rot-rot-grüne Politik“. Wie könnte es anders sein? Es bietet sich an, das Thema an der Grundschule am Alten Postweg darzustellen.

Die Tatsache, dass die Grundschule am Alten Postweg vor wenigen Tagen wegen Einsturzgefahr kurzfristig gesperrt werden musste, konnte niemanden wirklich überraschen, der sich schon einmal mit der Sanierung von Schulen und insbesondere dieser Schule befasst hat. Wen der bauliche Zustand aber offensichtlich überrascht hat, sind die für Liegenschaften und Gebäude zuständigen Einheiten des Bildungs- und Finanzressorts, denn wenige Tage vor der Sperrung bestätigte uns das Bildungsressort – ich zitiere dann gleich aus der Vorlage, in der wir danach gefragt haben, inwieweit das Gebäude weiter zum Unterricht zur Verfügung stehen würde, weil wir alle wussten, dass es dort erhebliche Baumängel geben würde, die Antwort der senatorischen Behörde –: „Die Beschulung kann aber im vollen Umfang und in den bestehenden Räumlichkeiten sichergestellt werden. Weitere Einschränkungen für den Schulbetrieb erscheinen derzeit nicht erforderlich.“ Im Weiteren wird uns mitgeteilt, dass Immobilien Bremen regelmäßig Sichtprüfungen bei allen Gebäuden in Bezug auf den Bauzustand vornimmt. Zusätzlich melden sowohl die für Liegenschaften von SKB und IB zuständigen Personen ebenfalls Sanierungsbedarf, der zeitnah erledigt werden soll.

Wenn man sich die Schule und allein die in den Medien veröffentlichten Bilder anschaut, muss man fast annehmen, dass alle für das Gebäude zuständigen Personen die Sichtungen entweder mit geschlossenen Augen vorgenommen haben müssen oder aber – und das, glaube ich, ist eher der Fall –, dass die gewonnenen Erkenntnisse zwar weitergegeben, aber letztlich nicht so ernst genommen wurden. Anders lässt sich nicht erklären, dass es seitens des Bildungsressorts nahezu über Jahrzehnte hinweg zu keiner Priorisierung und eingeleiteten Gremienbefassung kam, die dann zu einer Sanierung und Mittelfreigabe durch das Finanzressort führen konnten. Das ist ein sehr einfacher Sachverhalt, doch auch hier kann man ganz besonders gut

erkennen, dieses Vorgehen – man befasst sich mit dem Zustand eines Gebäudes, zieht daraus aber keine oder nur unzureichende Rückschlüsse und Konsequenzen – ist symptomatisch für den Umgang mit öffentlichen Gebäuden in Bremen.

(Beifall CDU)

Untermuert wird diese Feststellung, wenn man sich die Unterlagen der Planungskonferenz des Beirats in Hemelingen vom 18. Februar 2021 anschaut. Da bat der Beirat noch einmal ausdrücklich darum, den Gebäudezustand der Schulen und insbesondere der Grundschule am Alten Postweg darzustellen. Meine Damen und Herren, vermutlich haben viele von Ihnen den Bericht von „buten un binnen“ über diese Schulen und deren Zustand gesehen: Ein undichtes Dach, losgelöste Deckenplatten, Wasserflecken, die vom Dach bis in das Erdgeschoss hineingehen, Schimmel, Asbest, Risse in den Fassaden, innen wie außen, Kältebrücken, das sind alles Schäden, die nicht über Nacht entstehen.

Doch die Vertreter des Fernsehens haben nicht alle Räume gesehen und sehen dürfen. Es gibt einen Raum unterhalb des Eingangs, der den eigentlichen Gebäudezustand der Schule noch viel drastischer vermittelt: Im Kellerraum unterhalb des Eingangsbereichs sind zahlreiche Stützen eingezogen, und zwar schon länger als fünf Jahre, die dafür sorgen, dass der Eingangsbereich, der täglich genutzt wird, nicht zusammenbricht. Das Bild hierzu wurde in der Konferenz gezeigt, ich habe es auch hier, und allen Beteiligten ist es bekannt. Eigentlich müsste man davon ausgehen, dass es auch allen Beteiligten, die sich sonst um die Gebäude kümmern, bekannt sein sollte. Umso unverständlicher ist die Gesamtbewertung des Gebäudes, das von IB in Abstimmung mit SKB auf einer Skala von eins für sehr gut bis fünf, sehr schlecht, eingestuft wurde. Was meinen Sie, mit welcher Note wurde dieses Gebäude eingestuft? Ich sage es Ihnen: mit einer Drei! Sehr geehrte Damen und Herren, wenn es so ist, dass das eine Drei ist, dann möchte ich einmal die Definition – –.

(Zuruf Abgeordneter Thomas Röwekamp [CDU])

Nein, es ist aber nicht das Gesamtgebäude! Ich möchte schon gern wissen, was bei einer Gebäudesanierung der Definition einer Fünf entspricht, wenn die Schule am Alten Postweg mit all dem, was wir bisher öffentlich wissen und dem, was den zuständigen Behörden seit Jahrzehnten bekannt sein muss, noch vor wenigen Tagen mit einer Drei

bewertet wurde und nun in relativ kurzer Zeit überhaupt nicht mehr tragfähig und nutzbar ist. Diese Bewertung einer Drei erhalten übrigens die meisten Schulgebäude in den Ortsteilen in Bremen.

Mit dieser Erfahrung und der Erkenntnis, was die Bewertungen wert sein können, fordere ich die zuständigen Ressorts Bildung und Finanzen auf, umgehend über den tatsächlichen Gebäudezustand von Schulen und Kitas, insbesondere in Bremen, aufzuklären, um wieder Vertrauen in das Gebäudemangement herzustellen. Sie müssen unverzüglich Sorge dafür tragen, dass die Gebäude, in die Eltern ihre Kinder geben, in denen andere Personen arbeiten, baulich in einem einwandfreien und sicheren Zustand sind. Dafür sind Sie ausdrücklich politisch verantwortlich.

(Beifall CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, jeder von uns kennt das in seinem Stadtteil, in seinem Umfeld: Der offensichtliche Sanierungsstau an vielen öffentlichen Gebäuden ist nicht zu übersehen. Nehmen wir die Turnhallen, nehmen wir die Polizeireviere, Feuerwehrehäuser, Kitas, Schulen, Ortsämter, auch Museen seien nicht verschont. So, wie ich heute hier stehe, könnte auch eine Kollegin oder ein Kollege von mir hier stehen und zu dem gleichen Fall berichten, und es ist quasi ein Zufall, dass ich dieses Desaster der Gebäudesanierung anhand der Schule aufzeigen darf, aber es ist leider kein Zufall, dass es in Bremen so weit gekommen ist und auch immer wieder dazu kommen kann.

Die Mängel werden von vielen Personen erkannt. Jedes Ressort verfügt über jemanden, der für Liegenschaften zuständig ist. Aus den Erkenntnissen werden keine oder erst zu spät Konsequenzen gezogen. Letztlich werden keine oder falsche Prioritäten gesetzt, finanzielle und personelle Ressourcen und Mittel werden nicht ausreichend zur Verfügung gestellt, der Mangel wird schlichtweg nur noch verwaltet, eine Kommunikation zwischen den Beteiligten findet gar nicht oder offensichtlich nur unzureichend statt. Die Verantwortung für all dies wird nach dem Prinzip „nimm du, ich habe ihn sicher“ im Senat hin- und hergeschoben.

Wenn man an die Sanierung von öffentlichen Gebäuden denkt, denkt man in erster Linie an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Immobilien Bremen. Es ist nicht immer ein Spaß, sich die Berichte von IB anzuhören, wenn es um Baufortschritte oder Bauprojekte geht. Vieles läuft leider nicht so reibungslos, wie man es sich wünschen würde, doch

eines ist auch klar: Man muss IB auch dementsprechend ausstatten, damit sie ordentlich arbeiten können.

Von Rot-Grün im Jahr 2009 gegründet handelt Immobilien Bremen quasi als Erfüllungsgehilfe für den Senat, wenn es um die Unterhaltung der öffentlichen Gebäude geht. Die Anstalt des öffentlichen Rechts wurde damals mit rund 1 000 Mitarbeitern im Finanzressort angesiedelt, und wie wir alle wissen, hatte Bremen auch damals nicht nur Neubauten, sondern auch schon einen erheblichen Sanierungsstau. Wenige Jahre später wurden allein im Kitabereich zahlreiche Neu- und Erweiterungsbauten erforderlich, und der dadurch entstandene Sanierungsrückstand wurde nur noch größer. Kurz gesagt: Die Aufgaben für IB sind immer mehr geworden, und allein der Sanierungsbedarf bei öffentlichen Gebäuden lag im Jahr 2020 bei rund 777 Millionen Euro.

Da müsste man meinen, dass man an der Stelle auch ein bisschen aufstockt, aber die Anzahl der Mitarbeiter ist erheblich zurückgegangen. Im Jahr 2020 gab es bei IB nur noch 682 Vollzeitäquivalente. Da würde man sagen, das passt, das ist ein Mensch für fast jedes Gebäude, aber leider kann man das nicht ganz so sehen, denn von diesen 682 Menschen sind 174 bei der Gebäudereinigung, 205 sind Hausmeister, 30 sind für Einkauf und Vergabe zuständig, 90 im Bestandsmanagement, und der Rest, ungefähr 180 Vollzeitäquivalente, verteilt sich auf die Möglichkeiten Bauen, Planen und Sicherheitsdienst. Daran können Sie ganz genau erkennen, dass sich nur ein sehr kleiner Teil um die Unterhaltung, den Bau und die Planung von öffentlichen Sanierungsmaßnahmen kümmern kann. Hinzu kommt noch, dass die Arbeit bei IB scheinbar nicht sonderlich attraktiv ist. Es fehlen immer noch 36 Vollzeitäquivalente, und ich glaube, wir sind uns darin einig, dass wir es uns hier nicht leisten können, irgendwo Stellen offenzulassen. Es wird nicht reichen, zum Beispiel die BREBAU und die GEWOBA hinzuzuziehen, um den Sanierungsstau einzufangen, wir müssen es auch in unserer eigenen Verwaltung machen und dort die Leute noch einmal unterstützen.

Sie sehen, meine Damen und Herren, anhand der eingestürzten Schule wird deutlich, dass der Fisch vom Kopf her stinkt.

(Senator Dietmar Strehl: Ist sie schon eingestürzt?)

Einsturzgefährdeten habe ich gemeint! Da helfen auch nicht mehr Häuptlinge und Gremien wie zum

Beispiel die Senatsbaukommission. Dadurch wird eventuell schneller etwas beschlossen, aber eine schnellere Umsetzung ist nach wie vor nicht gewährleistet. Der Senat beziehungsweise der Finanzsenator muss IB personell zukünftig besser so ausstatten, dass Mitarbeiter ihre Aufgaben mit der erforderlichen Sorgfalt und in einem überschaubaren Zeitrahmen wahrnehmen können. Gleichzeitig muss die nachvollziehbare Priorisierung der erforderlichen Baumaßnahmen zukünftig ressortübergreifend sichergestellt werden, damit nicht wieder kurzfristig ein öffentliches Gebäude wegen lang bekannter baulicher Mängel geschlossen werden muss. – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Arno Gottschalk.

Abgeordneter Arno Gottschalk (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich werde in meinem Beitrag nicht näher auf diesen konkreten Fall der Schule am Alten Postweg eingehen

(Abgeordnete Yvonne Averwenser [CDU]: Das ist doch das Thema!)

und mich stattdessen mit zwei grundlegenden Fragen befassen, die auch Anlass Ihrer Aktuellen Stunde sind. Erstens: Stellen wir genügend Geld bereit, um den Sanierungsbedarf der öffentlichen Gebäude in angemessener Zeit abzuarbeiten? Die zweite Frage, die Sie, Frau Averwenser, nicht angesprochen hatten: Wenn die Mittel nicht ausreichend erscheinen, woher kann zusätzliches Geld kommen?

Zur ersten Frage: Wir haben 2020 im Sondervermögen Infrastruktur und Technik rund 24 Millionen Euro für Sanierungsmaßnahmen bereitgestellt. In diesem Jahr, 2021, werden wir den Betrag um ein Drittel auf 32 Millionen Euro aufstocken. In dieser Höhe liegen auch die Anschläge für die Jahre 2022 und 2023. Blickt man zurück, lagen die Sanierungsinvestitionen in den Jahren 2016 bis 2019 bei durchschnittlich 19 Millionen Euro. Im Vergleich dazu blicken wir auf eine Steigerung von 70 Prozent.

(Abgeordneter Thomas Röwekamp [CDU]: Das hilft der Schule auch nicht!)

Wir machen also wahr, was wir in der vergangenen Legislaturperiode versprochen haben: Wir stecken

erheblich mehr Mittel in die Sanierung der öffentlichen Gebäude.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen – Zuruf Abgeordnete Bettina Hornhues [CDU])

Die Frage ist allerdings: Reichen die jetzigen Erhöhungen aus, um den Sanierungsbedarf bei öffentlichen Gebäuden perspektivisch abzudecken? Die Antwort darauf, liebe Kolleginnen und Kollegen, fällt weniger positiv aus. Nach den aktuellen Bestandsaufnahmen und Schätzungen beträgt der Sanierungsbedarf allein bei den öffentlichen Schulen rund 800 Millionen Euro, rechnet man die Kitas und andere öffentliche Gebäude im SV Infrastruktur und Technik hinzu, sind es sogar fast eine Milliarde Euro, wenn nicht noch mehr.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit den jetzigen Ansätzen würde es gut 30 Jahre dauern, den Sanierungsbedarf abzuarbeiten. Dabei handelt es sich nicht nur um die öffentlichen Gebäude im Sondervermögen Infrastruktur und Technik, hinzu kommen notwendige Sanierungen bei weiteren Gebäuden. Ein ganz dicker Brocken, um das anzusprechen, ist die Universität Bremen, deren Gebäude jetzt 50 Jahre alt werden.

(Abgeordneter Dr. Magnus Buhler [FDP]: Aber es sind doch nicht alle Gebäude 50 Jahre alt!)

Bitte hören Sie mir einmal zu, mir ist diese Sache sehr ernst! Auch 30 Jahre wären allerdings viel zu lang. Zum einen würde der Sanierungsbedarf bis dahin weiter anwachsen, zum anderen stehen wir unter einem hohen zeitlichen Druck. Insbesondere Ihr Kollege Martin Michalik weiß das, denn der Klimawandel, liebe Kolleginnen und Kollegen, lässt sich nicht aufschieben, er verlangt, dass wir gerade mit der Sanierung von Bestandsgebäuden erheblich schneller vorankommen müssen, und das gilt gerade auch für die öffentliche Hand.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Diese hat eine Vorbildfunktion und kann nicht die letzte sein, die ihre Aufgabe erfüllt. Das Ergebnis ist deshalb klar: Wir benötigen erheblich mehr Geld, um die Sanierungsbedarfe in angemessener Zeit abzuarbeiten. Wir benötigen dafür zugleich, Frau Averwenser, Sie haben das angesprochen, mehr Personal, was ebenfalls mehr Geld kostet.

Damit kommen wir zu der zweiten Frage: Woher soll, woher könnte dieses zusätzliche Geld kom-

men? Eine Hoffnung, die wir immer haben, sind natürlich zusätzliche Bundesprogramme, die sicherlich auch geboten sind. Darauf können wir uns aber nicht verlassen, das würde vermutlich auch nicht reichen. In unseren Haushalten, ob beim Ressor Kinder und Bildung, bei Wissenschaft, Wirtschaft, Inneres oder Soziales ist aber bereits alles auf Kante genäht. Ohne dort Strukturen kaputtzusparen, wird sich dort in diesen Größenordnungen kein Geld finden lassen. Was also tun?

(Abgeordnete Yvonne Averwesser [CDU]: Verrotten lassen!)

Diese Frage, liebe Kolleginnen und Kollegen, stellt sich nicht nur in Bremen. Wir haben es in weiten Teilen des Bundes bei den öffentlichen Infrastrukturen und vor allem auch bei öffentlichen Gebäuden mit großen, mit riesigen Investitionsbedarfen und -lücken zu tun, und es wird deshalb immer öfter die Frage aufgeworfen, ob nicht die Schuldenbremse, wenn nicht abgeschafft, so doch zumindest reformiert werden muss.

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Es macht keinen Sinn, finanziell eine schwarze Null zu schreiben, wenn materiell die Schulden und roten Zahlen immer größer werden und eine grüne Null auf diesem Weg nicht zu erreichen ist.

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Aktuell bewegt sich die Diskussion deshalb immer mehr auf einen Punkt zu, nämlich den Hinweis, dass die Regelungen der Schuldenbremse eine Tür offengelassen haben, nämlich die Verlagerung öffentlicher Investitionen auf öffentliche Investitionsgesellschaften, die selbstständig sind und eigene Kredite aufnehmen dürfen, ohne dass diese auf die Schuldenbremse angerechnet werden. Es gibt immer mehr Stimmen, die auf diesen Weg hinweisen, bis hinein – das wird Sie vielleicht insbesondere interessieren! – in das Institut der deutschen Wirtschaft oder das ifo Institut in München. Auch einzelne Wirtschaftsweisen befürworten das bereits öffentlich.

Tatsächlich ist das ein Weg, bei dem Licht am Ende des Tunnels erscheint; für ein Bundesland allerdings nicht, nämlich die Freie Hansestadt Bremen, denn in Bremen ist die Schuldenbremse in der Landesverfassung besonders eng gefasst worden. Als Haushaltsnotlageland wollte man unbedingt der Musterknabe sein, und deshalb werden hier die

Kredite von öffentlichen Beteiligungsgesellschaften mit in die Schuldenbremse eingerechnet. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das war zwar gut gemeint, es erweist sich jetzt aber unter den veränderten Bedingungen als ein fataler Fehler,

(Beifall SPD, DIE LINKE)

denn wir stehen, gerade auch durch den Klimawandel, vor riesigen Aufgaben. Das Geld liegt andererseits angesichts realer Nullzinsen praktisch auf der Straße, aber Bremen hat sich an den Baum gefesselt und kann es nicht auflesen. Es wäre, liebe Kolleginnen und Kollegen, schlicht und einfach dumm, wenn wir es so belassen würden. Bremen sollte deshalb, und das möchte ich hier offen anregen, seinen Sonderweg beenden

(Beifall DIE LINKE)

und die eigene Schuldenbremse so ändern, dass auch hier öffentliche Investitionsgesellschaften möglich werden, und das je eher, desto besser. – Danke schön!

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Thore Schäck.

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die CDU-Fraktion hat die heutige Aktuelle Stunde vor dem Hintergrund eingereicht, dass das Hauptgebäude der Schule am Alten Postweg seit dem 16. März aus Sicherheitsgründen gesperrt ist. Grund hierfür ist, dass bei Untersuchungen festgestellt worden ist, dass der Nachweis der Tragfähigkeit des Gebäudes nicht mehr garantiert werden kann.

Ich glaube, wir sind uns einig, dass die mangelnde Tragfähigkeit von Gebäuden etwas anderes ist als vielleicht eine nicht funktionierende Schultoilette oder eine Heizung, die für einige Tage ausfällt. Mangelnde Tragfähigkeit von Gebäuden, gerade von öffentlichen Gebäuden, kann zu schlimmen Katastrophen führen und hat nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern immer wieder Tragödien verursacht.

(Vizepräsidentin Sülmez Dogan übernimmt den Vorsitz.)

Wir sollten deswegen erst einmal dankbar sein, dass diese mangelnde Tragfähigkeit entdeckt wurde und man durch entsprechende Maßnahmen,

also in diesem Fall die schnelle komplette Sperrung der Schule, für die Sicherheit und Unversehrtheit der Schülerinnen und Schüler sorgen konnte. Die Kurzfristigkeit dieser sehr rigorosen und umfassenden Maßnahme spricht dafür, dass die Situation vor Ort in diesem Gebäude mehr als kritisch ist.

Nun werden manche sagen, so ein Gebäude, ein öffentliches Gebäude, das viel genutzt wird, kommt in die Jahre, und irgendwann werden Gebäude marode. Dafür gibt es regelmäßige Untersuchungen, damit so etwas entdeckt wird und entsprechend angegangen werden kann, aber verschiedene Aspekte dieser Argumentation funktionieren in diesem Fall leider nicht.

Erstens: Ja, Gebäude kommen in die Jahre, Gebäude werden irgendwann marode und müssen saniert werden. Das ist völlig normal, und genau dafür gibt es Untersuchungen, damit da entsprechend gegengesteuert werden kann. Man wird bei Gebäuden, die wenig oder gar nicht mehr genutzt werden, vielleicht etwas später reagieren, weil die Gelder vernünftig eingesetzt werden müssen, aber ich muss dazu sagen, dass gerade im Bereich der Schulen, dort, wo Kinder, wo junge Menschen jeden Tag hinein- und hinauslaufen, in einer Situation, wie wir sie jetzt vor Ort sehen, sofort von heute auf morgen geräumt werden muss, weil die Sicherheit der Menschen, die sich dort jeden Tag aufhalten, nicht mehr gegeben ist. Das darf schlichtweg nicht vorkommen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall FDP)

Wir sprechen in unseren Reden, die wir halten, in den Statements, die wir und natürlich auch das SPD-geführte Bildungsressort abgeben, alle regelmäßig immer wieder davon, wie wichtig uns Bildung ist, dass Bildung in Bremen einer der wichtigsten, wenn nicht sogar der wichtigste Bereich ist, für den wir noch viel tun müssen. Dazu zählt nicht nur der Unterricht, nicht nur die Frage nach Lehrern und nach Inhalten, sondern auch ganz zentral die Frage nach dem Umfeld, in dem Kinder untergebracht sind und lernen.

Es ist gut, dass das auch jedes Mal mitgedacht wird und mitgedacht werden muss, und das ist eine Erkenntnis, die wir durchaus teilen und unterstützen, aber ich glaube, wir sind uns auch alle einig, dass große Reden und Bekundungen nicht entscheiden, sondern am Ende das zählt, was als Ergebnis hinten herauskommt. Da muss man sagen, dass das, was

dort vor Ort passiert ist, so tatsächlich nicht auftreten darf. Das ist eine verheerende Situation, die für die Kinder vor Ort gefährlich ist, und wir müssen gemeinsam dafür sorgen, dass so etwas in Zukunft nicht mehr passiert.

(Unruhe)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Entschuldigen Sie, Herr Schäck, ich stoppe einmal die Zeit! Da ist ein Geräusch, das stört hier vorn. Bitte machen Sie es aus!

(Abgeordnete Silvia Neumeyer [CDU]: Das habe ich schon, Entschuldigung)

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Gut! Jetzt stehen hier wieder 15 Minuten, wunderbar!

(Heiterkeit)

Vizepräsidentin Dogan: Herr Schäck, ich bin dabei, das zu regeln.

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Können Sie das Handy in zehn Minuten noch einmal anstellen?

(Heiterkeit)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Sie bekommen schon Ihre richtige Zeit!

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Es gibt aber noch ein zweites Argument: Dass man sagt, dafür, dass so etwas entdeckt wird und man rechtzeitig darauf reagieren kann, gibt es Untersuchungen, das ist richtig, natürlich. Genauso sollte es sein, aber gerade in diesem Fall war es nicht so, sondern es ist eher durch Zufall aufgefallen. Die Schule am Alten Postweg sollte umgebaut werden, dafür wurden die Untersuchungen vorgenommen, und irgendwann hat man aufgegeben, weil man gemerkt hat, das, wonach wir suchen, ist in dem Umfang, in der Ausstattung gar nicht vorhanden. Das hat dann letztendlich zu dieser sofortigen Sperrung der Schule geführt, weil gerade die Tragfähigkeit nicht mehr gegeben ist und wahrscheinlich auch in der Vergangenheit schon nicht mehr gegeben war, von Asbest und unterkühlten Klassenzimmern und was man sonst noch alles in den Untersuchungen herausgefunden hat, einmal ganz abgesehen!

Ich erinnere in dem Zusammenhang noch einmal daran, und das hat Frau Averwieser auch schon getan, dass Immobilien Bremen die Schule am Alten Postweg in einer Bewertung auf einer Skala von

eins bis fünf mit einer Drei bewertet hat, und nur noch einmal zur Erinnerung: Eine Drei heißt befriedigend. Das Gebäude vor Ort wurde vor nicht allzu langer Zeit als befriedigend bewertet.

An dieser Stelle sei noch einmal darauf verwiesen, dass der Beirat Hemelingen – und das sind durchaus auch Leute aus Ihren eigenen Reihen – in der letzten Zeit immer wieder darauf hingewiesen hat, dass Teile der Schule nicht nur nicht mehr tragbar, sondern in Teilen sogar auch gefährlich sind und dringend etwas passieren muss. Das heißt, das war Immobilien Bremen, es war der Bildungsbehörde bekannt, es musste bekannt sein, passiert ist allerdings nichts. Das lässt nur den Schluss zu, dass an dieser Stelle entweder massive Überforderung herrschte oder Warnhinweise bewusst ignoriert worden sind. Beides ist eine Katastrophe und darf so in der Politik, in der öffentlichen Verwaltung und insbesondere im Bildungswesen, in dem es auch um Schutzbedürftige geht, nicht passieren.

(Beifall FDP)

Jetzt kann man natürlich sagen, der Fall der Schule am Alten Postweg ist nur ein Fall, das ist jetzt einmal dort aufgetreten, aber es ist ein Fall von vielen, und er steht symptomatisch für den Sanierungsstau, den wir im Bildungswesen haben. Wir haben vor einiger Zeit dort einmal nachgefragt – es ist jetzt, glaube ich, zwei oder drei Jahre her –, und da hieß es, es gibt einen Sanierungsstau von einem dreistelligen Millionenbetrag. Dann wurde nicht lockergelassen, ein dreistelliger Millionenbetrag kann ja alles bedeuten, von 100 Millionen bis zu fast einer Milliarde Euro, also dem Zehnfachen, und dann hat sich herausgestellt, dass wir beim Thema Sanierungsstau tatsächlich in Richtung von einer Milliarde Euro steuern.

Damit steht diese Schule nicht nur symptomatisch für den Sanierungsstau im Bildungswesen, sondern letztendlich auch für das Bildungswesen im Ganzen. Ich frage Sie an dieser Stelle: Sie alle, gerade auch in der Koalition, betonen immer die Wichtigkeit von Bildung. Wie sollen denn unsere Kinder in Bremen die beste Bildung, den besten Unterricht und die besten Lernbedingungen erhalten, wenn noch nicht einmal das Mindeste, das absolute Notwendigste, das Fundament in den Schulen gegeben ist, nämlich eine angenehme und insbesondere auch sichere Lernumgebung, in der man sich aufhält? Das ist hier nicht mehr der Fall gewesen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall FDP)

Wir können jetzt natürlich darauf hinweisen und genüsslich ausbreiten, wer maßgeblich das Bildungsressort in den letzten 75 Jahren geleitet und verantwortet hat. Wir können auch darauf verweisen, dass die Reden, die wir hier immer hören, wie wichtig Bildung ist und wie viel man für Bildung tut, offensichtlich mit dem, wie es im Alltag aussieht – und damit auch Anspruch und Wirklichkeit –, in Bremen weit auseinanderklaffen. Ich kann Ihnen aber auch sagen, wenn ich selbst Kinder hätte, ich habe noch keine Kinder –.

(Abgeordneter Robert Bücking [Bündnis 90/Die Grünen]: Kommt noch!)

Ich hatte nicht vor, Sie in die Planung mit einzubeziehen, Herr Bücking!

(Heiterkeit – Abgeordneter Thomas Röwekamp [CDU]: Das ist auch nicht Gegenstand der Aktuellen Stunde!)

Ich habe, wie gesagt, noch keine Kinder, aber ich kann Ihnen sagen, hätte ich Kinder, wo sich jetzt gerade herausstellt, dass mein Kind über Monate oder vielleicht sogar Jahre in Schulräumen gesessen hat, in denen jeden Moment die Gefahr bestand, dass die Decke und die oberen Stockwerke auf mein Kind und auf andere Kinder hinunterstürzen, dann muss ich Ihnen ehrlich sagen, da ist mir die Bereitschaft zu einem parteipolitischen Geplänkel bei diesem Ausmaß der Katastrophe, die dort hätte eintreten können, wirklich vergangen.

Wir reden nicht mehr darüber, dass es unterschiedliche Ideen gibt, wie man Schule entwickelt, wie man Lehrer besser ausbildet, was in den Lernunterricht aufgenommen werden soll. Das sind alles Ideen, darüber debattieren wir regelmäßig, und das ist auch völlig in Ordnung, aber hier reden wir über einen Aspekt, bei dem es um die Sicherheit der Kinder in den Schulen geht, und hier wurde in der Verantwortungslosigkeit der handelnden Personen definitiv eine Grenze überschritten.

Die Familien haben eine lange Zeit des Home-schoolings hinter sich gebracht und durchgemacht, und die Belastung für Kinder, für Eltern, für die Familien war enorm. Durch die Rückkehr in die Schulen trat gerade etwas Entlastung ein, und jetzt haben wir durch eine Mitteilung über Nacht von heute auf morgen wieder eine Situation, die eine extreme Belastung der Eltern verursacht. Hier wäre es das Mindeste gewesen, sofort Alternativen anzubieten, wie die Kinder trotzdem weiter beschult werden können.

Wie Sie wissen, verfügt Immobilien Bremen über eine große Anzahl von zum Teil schon sehr lange leer stehenden Immobilien. Davon sind sicherlich nicht alle zur Beschulung geeignet, aber manche vielleicht schon. Man hätte auch schnell Seminarräume in Hotels anmieten können, die freuen sich sicherlich auch über ein bisschen Leben und Umsatz in ihren eigenen Räumen, oder man hätte das Kongresszentrum oder die Halle 7 anmieten können, wie wir es für unsere Bürgerschaftssitzungen offensichtlich auch teilweise relativ kurzfristig machen. Wenn man möchte, schafft man das, wenn man will, dann findet man Wege, so etwas umzusetzen, und all dies wurde nicht gemacht. Was ist denn jetzt in der letzten Woche passiert? Es ist ungefähr eine Woche vergangen, und bisher ist offensichtlich nichts passiert.

Ich kann Ihnen sehr deutlich sagen, dass die Geduld der Menschen in diesem Bundesland, die schon Kinder haben oder – und da spreche ich auch für mich – der Menschen in diesem Bundesland, die vielleicht irgendwann Kinder haben werden, mit der Bildungspolitik wirklich am Ende ist. Wir haben in der Vergangenheit als FDP-Fraktion auch mit dem Blick auf die fatale Situation des Bildungssystems in Bremen immer etwas überspitzt gesagt, dass Sie mit Ihrer Bildungspolitik in Bremen die Zukunft und das Leben der Kinder in Bremen aufs Spiel setzen, und ich muss Ihnen leider sagen, dieser Satz hat seit letzter Woche eine ganz andere Tragweite erhalten.

Herr Kollege Gottschalk, um auf Ihre sehr sachliche Darstellung einzugehen: Sie haben aufgezählt, was in Bremen alles geleistet worden ist, wie viel Geld investiert worden ist. Das mache ich alles mit, das ist auch in Ordnung, das klingt auch gut, wenn man sich die Zahlen so anhört, um wie viel Prozent die Investitionen gesteigert worden sind. Das ist alles in Ordnung. Wenn wir aber solche Situationen wie in der letzten Woche in der Schule am Alten Postweg erleben, dann scheint das offensichtlich nicht zu reichen, oder es wird einfach an der falschen Stelle investiert, und auch hier gilt, am Ende zählt das, was letztlich als Resultat wirklich herauskommt, und wenn wir solche Situationen wie dort in der Schule erleben, dann muss ich sagen, egal, wie viel investiert worden ist, egal, um wie viel Prozent sich irgendwelche Investitionen erhöht haben: Das reicht mir als Ergebnis, insbesondere für die Ansprüche, die wir hier regelmäßig erheben, die Sie übrigens auch selbst aus Ihren eigenen Reihen erheben, welche Priorität die Bildungspolitik in Ihrem politischen Handeln hat, definitiv nicht.

Wenn Sie sagen, die Gelder reichen nicht, und wir müssen natürlich schauen, wo wir das Geld investieren, dann ist das völlig richtig. Bremen hat wenig Geld und ist hochverschuldet, das ist nicht einfach über Nacht in Bremen passiert. Wenn Sie immer wieder sagen, die Verschuldung löst sich von selbst, die Zinsen sind so niedrig, und wir wären schön dumm, wenn wir nicht neue Schulden aufnehmen würden: Woher kommen die ganzen Schulden, die wir in Bremen haben? Woher kommt die eingeschränkte Handlungsfähigkeit in Bremen?

(Abgeordneter Robert Bücking [Bündnis 90/Die Grünen]: Das war Ihr Vorgänger, Herr Jäger!)

Woher kommt es denn, dass wir jedes Jahr Hunderte Millionen Euro an Zinsen zahlen? Eine Rückzahlung ist ja noch gar nicht möglich, wir zahlen jedes Jahr nur Hunderte Millionen Euro Zinsen, die nicht in das Bildungssystem, nicht in die Schule am Alten Postweg fließen. Das kommt doch durch Verschuldung, wodurch denn sonst? Natürlich schränkt Verschuldung die Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand ein, und deswegen ist ein Aufheben der Schuldenbremse, ein Aufweichen der Schuldenbremse selbstverständlich keine Option.

Nehmen Sie Bundesprogramme in Anspruch, kümmern Sie sich darum, dort liegt viel Geld. Wir haben immer wieder einmal nachgefragt, warum manche Programme nicht in Anspruch genommen werden. Nutzen Sie diese Möglichkeit, letztendlich haben Sie die Hoheit über den Haushalt, Sie entscheiden, wo welches Geld im Haushalt investiert wird! Wir haben auch hier verschiedene Vorschläge gemacht, an einigen Stellen mit dem Kopf geschüttelt, warum in Maßnahme X oder Y Geld investiert wird, wenn gleichzeitig an wichtigen Stellen, zum Beispiel in der Schule am Alten Postweg, offensichtlich das Geld fehlt. Kümmern Sie sich bitte um die wirklich wichtigen Dinge, und schichten Sie das Geld im Haushalt dann entsprechend um! Das Geld ist da, aber man muss es eben auch für die richtigen Dinge einsetzen. – Herzlichen Dank!

(Beifall FDP – Zuruf Abgeordnete Sofia Leonidakis [DIE LINKE])

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Miriam Strunge.

Abgeordnete Miriam Strunge (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Situation in der Schule am Alten Postweg ist sehr schlecht, das kann und will ich nicht beschönigen. Seit Jahren ist bekannt, dass es dort einen erheblichen Sanierungsbedarf gibt. Im Zuge des geplanten Ausbaus zur Ganztagschule wurde das Gebäude noch einmal intensiv geprüft, und es wurde festgestellt, dass die Statik rechnerisch nicht nachzuweisen ist, das heißt, dass die Tragfähigkeit des Gebäudes noch einmal genauer überprüft werden muss. Das heißt selbstverständlich nicht, dass bei dem Gebäude akute Einsturzgefahr herrscht, so ist es eben nicht, aber die Anforderungen an die Statik eines Gebäudes sind heute anders als vor 100 Jahren, und das ist auch richtig so.

Immobilien Bremen hatte, nachdem bekannt wurde, dass die Statik überprüft werden muss, zwei Möglichkeiten: entweder den Schulbetrieb bis Ostern weiterzuführen und das Gebäude in den Ferien genau anzuschauen oder direkt die Reißleine zu ziehen und den Altbau vorübergehend zu schließen. Immobilien Bremen und die Bildungsbehörde haben sich darauf geeinigt, auf das Risiko Null zu gehen, und ich unterstütze dieses Vorgehen ausdrücklich.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Selbstverständlich kann ich den Ärger der Eltern über die abrupte Schließung dennoch nachvollziehen. Sie konnten sich nicht darauf vorbereiten, dass die Kinder wieder zu Hause sind, und Urlaubstage und Freistellungen durch den Arbeitgeber sind durch die Pandemie auch in diesem Jahr schon weitestgehend aufgebraucht. Die Notbetreuung kann im Neubau der Schule sichergestellt werden. Die Schülerinnen und Schüler werden täglich mit Schnelltests getestet, weil durch die Notbetreuung die Kohortenregel nicht strikt eingehalten werden kann, aber ich glaube, durch die Schnelltests schafft man hier die größtmögliche Sicherheit. Außerdem sind durch Corona alle im Distanzunterricht erprobt, das heißt, der Unterricht entfällt also nicht, aber ich finde, ehrlich gesagt ist das nur ein schwacher Trost, und es entlastet auch nicht die Eltern, die ihre Kinder jetzt wieder zu Hause betreuen.

Ich sage es hier auch ganz deutlich: Eine plötzliche Schulschließung aufgrund des baulichen Zustands darf sich nicht wiederholen, und ich erwarte von Immobilien Bremen, aufzuklären, warum das Problem der Statik nicht schon früher thematisiert wurde. Schulschließungen sind nicht nur in der

Pandemie die Ultima Ratio, sie müssen vermieden werden.

Natürlich drängt sich hier in dem aktuellen Fall die Frage auf: Wie steht es eigentlich mit dem Sanierungsstau an Schulen? Mein Kollege Arno Gottschalk hat das intensiv ausgeführt, aber auch ich möchte noch einmal darlegen, wie wir das sehen: Auf der einen Seite sehen wir, der Sanierungsstau an Schulen ist enorm. Wir haben in der Opposition immer darauf gedrängt, dass der Sanierungsstau einmal genau beziffert wird und in der letzten Legislaturperiode dann genauso wie in dieser Legislaturperiode auch konkrete Zahlen erhalten.

(Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert [FDP]: Das war eine Nachfrage der FDP!)

Der Sanierungsstau an Schulen ist riesig und liegt laut den Aussagen von November 2019 bei über 745 Millionen Euro.

(Zuruf Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert [FDP])

Auf der anderen Seite sehen wir aber auch, dass im Gebäudesanierungsprogramm des Senats der Löwenanteil immer wieder an die Schulen ging. Im Jahr 2021 gingen 44 Prozent des Sanierungsetats allein an Schulen. Nehmen wir dann noch den Kitabereich dazu, sind es 60 Prozent der Gesamtausgaben.

Zusätzlich werden Bundesmittel genutzt, um Schulgebäude wieder fit zu machen. Im Kommunalinvestitionsförderprogramm I wurden rund 25 Millionen Euro zusätzlich für Schulsanierungen aufgewendet. Im Kommunalinvestitionsförderprogramm II werden bis 2023 rund 47 Millionen Euro zusätzlich in Sanierungen, aber auch in den Ausbau zum Ganztag in Bremer und Bremerhavener Schulen gesteckt. Wir können also festhalten: Hier wird gehandelt. Es wird Geld in die Hand genommen, um Schulen zu sanieren, und der Senat setzt auch hier die Prioritäten klar bei den Schulen, und das finden wir richtig.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Leider ist aber auch richtig, dass der Investitionsbedarf so hoch ist, dass trotz dieser Priorisierung und trotz der genannten Maßnahmen derzeit immer nur das Allernötigste saniert werden kann, immer nur da, wo die allergrößte Notwendigkeit besteht. Bremen kann diesen Sanierungsstau mit Blick auf die Schuldenbremse nicht allein abbauen.

Bremen braucht hier wesentlich mehr Unterstützung vom Bund, denn wenn wir nicht heute sanieren, dann müssen wir morgen sehr viel mehr Geld in zusätzliche Sanierungsmaßnahmen stecken, weil zu spät reagiert wurde. Deshalb ist es in unser aller Interesse, die Sanierungen voranzutreiben.

Ich glaube aber nicht, dass die CDU, wäre sie gerade an der Regierung, hier wesentlich mehr Geld in die Sanierung gesteckt hätte, sieht man sich die Bedarfe im bremischen Haushalt an und die enge Grenze, die wir uns selbst durch die Schuldenbremse gesetzt haben; wir, DIE LINKE, wollten das nicht, aber so ist nun einmal gerade die Situation im Bundesland Bremen.

Deswegen gibt es eben nur die Möglichkeit, dass entweder die Investitionen vonseiten des Bundes so massiv ausgebaut werden, dass sie die Kommunen in wirkliche Handlungsfähigkeit versetzen, oder wir müssen die Schuldenbremse auf Landesebene abschaffen, sonst können wir diesem Sanierungsstau nicht ernsthaft begegnen. Das ist die Wahrheit, meine Damen und Herren!

(Beifall DIE LINKE)

Kommen wir jetzt aber noch einmal konkret zu Schule am Alten Postweg! Was steht jetzt an, und wie geht es weiter? Der Statiker war bereits letzte Woche vor Ort. In dieser Woche gibt es weitere Prüfungen, sodass man zeitnah weiß, ob, und wenn ja, welche Maßnahmen zur Unterstützung der Tragfähigkeit getroffen werden müssen. Ganz klares Ziel ist es, in den Osterferien alle Maßnahmen umzusetzen, damit die Schule nach den Osterferien wieder geöffnet werden kann. Die Eltern und Kinder brauchen diese Planungssicherheit. Ein längerer Distanzunterricht ist keine Option.

Natürlich wird das Thema nach Ostern auch nicht erledigt sein. Es muss von Immobilien Bremen umgehend geklärt werden, wie es mit dieser Schule weitergeht. Ist am Alten Postweg eine umfassende Sanierung einschließlich Umbau die richtige Option, oder sollte man sich eher auf einen Neubau konzentrieren? Das alles muss auf den Tisch, und ich erwarte, dass hier mit größter Priorität daran gearbeitet wird. – Herzlichen Dank!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Björn Fecker.

Abgeordneter Björn Fecker (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Schließung der Grundschule am Alten Postweg ist, da gibt es nichts schönzureden, fatal. Das wirft kein gutes Licht auf unsere Stadt, und es ist für die Kinder, Eltern und Lehrkräfte eine große Belastung und eine herbe Enttäuschung.

Wäre der Vorgang an sich schon in normalen Zeiten eine starke Belastung, ist dies in der derzeitigen Pandemie eine Extremsituation. Kinder und Lehrkräfte sind gerade erst in einen etwas anderen Schulalltag zurückgekehrt, haben aus der gegenwärtigen Lage das Beste gemacht und wollten eigentlich nur lernen und lehren. Für die Eltern ist die Rückkehr zum verlässlichen Unterricht ebenso eine Erleichterung nach Wochen von Homeschooling und Co. gewesen. Dass Beteiligte von einer emotionalen Zumutung sprechen, ist aus meiner Sicht absolut nachvollziehbar.

Daran hängt insgesamt so viel. Wir haben immer betont, wie wichtig gerade die Grundschulen sind und wie sehr der Blick gerade in der Pandemie auf die Kleinsten gerichtet werden sollte, aus unserer Sicht vollkommen zu Recht, und gerade ihnen mussten wir nun zu, entweder zurück in das häusliche Lernen zu gehen oder aber in größeren Gruppen und nicht im Kohortenprinzip in der Notbetreuung zu sitzen. Mich macht die Gesamtsituation betreffen, und sie ist für mich auch eine klare Aufgabenstellung an den Senat.

Eine Aktuelle Stunde eignet sich sicherlich nicht zur Aufarbeitung des Ganzen. Zur Beantwortung der Frage, wie es eigentlich dazu kommen konnte: Die CDU hat, und das ist der Weisheit der Opposition geschuldet, die Antworten schon parat. Mit den mir zur Verfügung stehenden Informationen kann ich heute noch keine abschließende Bewertung abgeben. Die Fakten sind aber hoffentlich zwischen uns unstrittig.

Die Grundschule soll zur Ganztagschule ausgebaut werden, das ist eigentlich eine absolut positive Entwicklung. Zur besseren Einschätzung des Kostenrahmens sollte durch Immobilien Bremen eine umfangreiche Bestandsaufnahme erfolgen. Auch das macht sicherlich Sinn, nämlich die Frage, darüber zu entscheiden, ob man neu baut oder im Bestand. Im Rahmen dieser Untersuchung konnte kein Nachweis der Tragfähigkeit erstellt werden, es heißt, es konnte nicht errechnet werden, dass die Statik ausreicht. Deswegen wurde – auch aus Sicht der Grünen vollkommen zu Recht – das betroffene

Gebäude umgehend gesperrt, denn Sicherheit, meine Damen und Herren geht auch weiterhin vor. Aktuell finden derzeit die Untersuchungen statt, und erst danach wird man detaillierter Auskunft geben können. Ich gehe davon aus, dass Herr Senator Strehl gleich auch auf die nächsten Schritte eingehen wird.

Inwiefern die vorher ja schon bekannten Mängel, die in Teilen durch Immobilien Bremen bearbeitet wurden, ursächlich für die nicht erfolgte hinreichende Darstellung einer sicheren Statik sind, kann man momentan auch noch nicht abschließend beurteilen, aber natürlich ist dieser Vorgang auch ein Anlass, und das muss er auch sein, sich genau an dieser Stelle am Beispiel dieser Schule noch einmal das Miteinander und das Handeln anzuschauen. Da muss man Prozesse anschauen und in der Diskussion auch ehrlich beieinander bleiben. Heute schon mit einem Schnellschuss ein Urteil zu fällen, das geht mir deutlich zu weit, aber es aufzuarbeiten, ist aus meiner Sicht vollkommen richtig.

Ich will aber vielmehr in die nahe Zukunft schauen! Es braucht nun ein gutes Krisenmanagement. Die Kinder, Eltern und Lehrkräfte müssen sich darauf verlassen können, dass alles Menschenmögliche getan wird, damit nach den Osterferien wieder ein sicherer und regulärer Betrieb an der Schule möglich ist. Hier erwarten wir von der Senatorin für Kinder und Bildung, dem Senator für Finanzen und Immobilien Bremen ein rasches und konsequentes Handeln.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Parallel dazu muss die Gesamtanierung der Schule mit Nachdruck vorangetrieben werden, und auch hier braucht es aus unserer Sicht für alle an Schulen Beteiligten einen verlässlichen und transparenten Fahrplan. Sollten für Ausweichquartiere oder Übergangszeiten Anmietungen notwendig sein, sollte auch heute hier bereits vorausschauend gehandelt werden.

Meine Damen und Herren, der Sanierungsstau der öffentlichen Gebäude ist ja eben schon hinlänglich diskutiert worden, er ist und bleibt eine Herausforderung für unser Gemeinwesen. Wir Grünen plädieren dafür, auch in Zukunft die großen Anstrengungen der vergangenen Jahre fortzusetzen, und ich bin mir sicher und sage zu, Bremen wird auch in den kommenden Jahren Millionen für die Sanierung und Modernisierung seiner Gebäude in die Hand nehmen, und an der Diskussion, die hier

stattgefunden hat, nämlich welche Einnahmesteigerungen es in den öffentlichen Haushalten weiter geben kann, können wir uns gern beteiligen. Ich weise nur darauf hin, sie müssen zum einen praktikabel sein und uns zum anderen schnell helfen, und deswegen freue ich mich auf die Diskussion in diesem Bereich auch im Rahmen der Haushaltsberatungen.

Im Hier und Jetzt hilft uns aber diese Debatte für die Grundschule am Alten Postweg überhaupt nicht weiter. Im Hier und Jetzt brauchen wir eine verlässliche und sichere Lösung für die Kinder, Eltern und Lehrkräfte der Grundschule, nicht weniger erwarten wir Grünen vom Senat. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Jens Eckhoff.

Abgeordneter Jens Eckhoff (CDU): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich weiß gar nicht, ob ich mich zu Wort gemeldet hätte, wenn ich nur die Beiträge der Kollegen Fecker und Frau Strunge hier gehört hätte, aber ich muss doch noch einige Worte zum Kollegen Gottschalk sagen, denn ich muss ehrlich sagen, lieber Arno Gottschalk, diese Rede macht mich ein Stück weit fassungslos.

Wir debattieren hier heute in einer Aktuellen Stunde, und natürlich muss man dann irgendwie auch einmal auf das aktuelle Thema eingehen. Wie man sich hier vorn hinstellen und sagen kann, ich will nicht über dieses aktuelle Thema sprechen, kann ich zwar emotional nachvollziehen, aber es hat nichts mit dem Sinn und Zweck einer Aktuellen Stunde zu tun.

(Beifall CDU, FDP)

Insofern will ich einen Genossen zitieren, damit sich wenigstens ein Genosse zu Wort meldet, und zwar den Kollege Hölscher aus dem Beirat in Hemelingen. Er hat nämlich im „Weser-Kurier“ gesagt: „Das ist eine Riesensauerei! Seit zehn Jahren hat man gepennt und nichts gemacht.“ Dem ist eigentlich nichts hinzuzufügen!

(Beifall CDU)

Der Zustand an der Grundschule ist seit einem Jahrzehnt bekannt, ein Jahr, nachdem man Immobilien Bremen gegründet hat, um Synergieeffekte

zu schaffen, um es alles besser zu machen, was vorher nicht funktioniert hat. Das war doch damals die Intention, lieber Herr Senator Strehl, als man angetreten ist. Und wie ist das Ergebnis nach zwölf Jahren Immobilien Bremen? Die Kommunikation stimmt nicht, wir haben permanent Vorlagen im Haushalts- und Finanzausschuss, bei denen die Kosten bei Neubauvorhaben in die Höhe gehen, das Facility Management ist teilweise eine Katastrophe, weil man nicht einmal weiß, wenn zwei bremische Behörden gerade parallel Mietverträge für das gleiche Objekt verhandeln, und dies hier setzt dem Ganzen die Krone auf. Da kann man jetzt natürlich sagen, das ist alles Immobilien Bremen, aber da machen wir es uns zu einfach. Dafür gibt es eine politische Verantwortung, und die politische Verantwortung liegt nun einmal beim Senat. In diesem Fall, bei diesem konkreten Punkt, ist es die Bildungssenatorin auf der einen Seite und der Finanzsenator auf der anderen Seite, und man hat den Eindruck, dass offensichtlich beiden dieses Thema durchgerutscht ist.

Wer sich einmal diese Bilder an der Grundschule angesehen hat, der kann das nicht irgendwo an einen Mitarbeiter delegieren und sagen, ich schaue einmal wieder, wann mich eine Vorlage erreicht. Diese Bilder sind so eindrücklich, dass jeder, der über diesen Zustand Bescheid wusste, hätte bestrebt sein müssen, dass diese Schule schleunigst saniert wird.

Herr Gottschalk, natürlich hat man in den letzten Jahren politische Schwerpunkte gesetzt, natürlich hat man gesagt, dass man zum Beispiel konsumtive Ausgaben erhöht und Investitionsquoten reduziert. In allen Haushaltsberatungen in den letzten zehn Jahren hat die CDU das auch immer wieder kritisiert. Insofern ist es schade, weil ich finde, wenn man Sachen aufarbeitet – auch in dem Sinne, wie Herr Fecker es gerade gesagt hat –, dann muss man sich der Verantwortung stellen, die man dafür auch zumindest politisch hat. Ich will da gar nicht der Senatorin für Bildung eine persönliche Verantwortung zuschreiben, aber natürlich wusste man auch in der Bildungsbehörde über den Zustand der Schulen Bescheid.

Natürlich ist es grundsätzlich richtig, dass man auf Bundesprogramme wartet, aber man darf doch auch nicht so lange warten, bis dann diese Zustände eintreten, wie man sie jetzt an der Grundschule am Alten Postweg hat.

(Vizepräsidentin Antje Grotheer übernimmt den Vorsitz.)

Wir wissen doch auch, dass gerade bei Sanierungen – und ich glaube, dass das eines der Hauptprobleme in dieser Frage ist – die Kosten einfach explodieren, je länger man damit wartet. Deshalb, glaube ich, fehlt uns gerade, Herr Senator, bei Immobilien Bremen häufig so eine flexible Nummer, um kleine Eingriffe auch sofort machen zu können, damit der Wasserschaden eben nicht größer wird, damit nicht irgendwann das gesamte Gebäude marode wird. Man muss viel schneller handeln. Man muss da schauen, dass die Objektmanager auch tatsächlich eine größere Verantwortung bekommen, dass man auch Töpfe einrichtet, die dann tatsächlich unabhängig für Kleinstreparaturen ausgegeben werden können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, insofern haben wir eine Menge zu besprechen, und da stimme ich mit Herrn Fecker vollkommen überein: Wir werden das im Haushalts- und Finanzausschuss sicherlich auch noch einmal intensiv diskutieren, weil sich solche Fälle, wie wir ihn hier erlebt haben, in der Zukunft nicht noch einmal wiederholen dürfen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächste Redner hat das Wort Herr Senator Dietmar Strehl.

Senator Dietmar Strehl: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Das ist eine sehr interessante Aktuelle Stunde, das will ich nur noch einmal sagen, weil hier jetzt doch ein sehr breit gefächertes Themenfeld bearbeitet wird. Ich will einmal zu Beginn sagen, es tut mir wirklich leid. Das will ich einfach auch einmal in Richtung der Kinder und Eltern und auch der Situation und auch Ihnen noch einmal sagen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Sie haben vorhin aber deutlich von Verantwortung gesprochen, von Verantwortung, die ich als Finanzsenator habe; aber auch ich als Mensch, der für Immobilien Bremen zuständig ist, bin ich natürlich verantwortlich dafür. Das ist völlig in Ordnung, Herr Eckhoff, die Verantwortung nehme ich auch an, aber ich hätte gern gewusst, wie Sie damit umgegangen wären und wie die Aktuelle Stunde ausgesehen hätte, wenn ich bei Immobilien Bremen gesagt hätte, nein, das macht ihr jetzt nicht, ihr lasst die Schüler dort darin.

(Zuruf)

Nein habe ich nicht gesagt, aber das geht natürlich nicht! Das heißt, ich will an der Stelle ausdrücklich sagen, dass das, was Immobilien Bremen in der Situation gemacht hat, völlig richtig ist, da haben Sie, glaube ich, auch zugestimmt. Das will ich aber auch hier an der Stelle noch einmal ausdrücklich darstellen.

Jetzt passiert so ein Vorgang und so ein Fall nicht jeden Tag. Das, glaube ich, wissen Sie auch, und in diesem Fall ist das besonders schwierig. Es ist ein sehr altes Gebäude, es ist über 110 Jahre alt, und vorhin hat es auch jemand gesagt, rechnerisch ist die Tragfähigkeit nicht darstellbar. Ich habe zwei Sachen gelernt: Ich habe einen unglaublich hohen Respekt vor Brandschützern und -schützerinnen, wenn es sie gibt, und vor Statikern, die die Tragfähigkeit beurteilen.

Nach meinen Recherchen, und das haben Sie zum Teil ja auch gesagt, ist jedenfalls das Problem, dass die Tragfähigkeit rechnerisch nicht nachgewiesen ist, und dann ist es richtig zu entscheiden, wir müssen das noch einmal untersuchen, und wir müssen vielleicht auch Unterstützung –. Das sind ja meistens die Balken in den Böden, das müssen wir noch einmal klären, wie wir das machen. Das ist der Vorgang, der jetzt gerade abläuft.

Noch einmal: Dass jetzt die Schüler nicht daran teilnehmen können, das ist richtig ärgerlich, vor allen Dingen, weil ich natürlich auch weiß – und das hat vorhin auch jemand gesagt –, dass in der Situation, die an den Schulen ja sowieso schon ausgesprochen schwierig ist, dann auch noch so etwas passiert, das ist richtig schlecht. Das gebe ich auch gern zu.

Ich will vielleicht noch einmal zwei Sachen klarstellen: Hier geht ein bisschen durcheinander, was Sanierungsbedarf ist und was Tragfähigkeit und Statikprobleme betrifft. Wir haben Sanierungsbedarf, ja, das ist ja auch in Großen Anfragen der FDP herausgekommen, an der sich viele Fraktionen beteiligt haben, weil das vorhin gesagt worden ist, wir haben einen hohen Sanierungsbedarf, nicht nur bei öffentlichen Gebäuden, sondern wahrscheinlich auch bei Kafen und anderen Dingen. Das wissen wir doch, aber jetzt ist die Frage: Was ist eigentlich Sanierungsbedarf? Ich sitze im Haus des Reichs, das kennen Sie ja zum Teil. Das ist ein altes Gebäude, und da besteht garantiert Sanierungsbedarf. Ich mache mir jetzt aber gerade keine wirklichen Sorgen, dass ich da irgendwie durch die Decke herunterfalle, und das ist in anderen öffentli-

chen Gebäuden auch so. Also, auch das noch einmal: Bitte trennen Sie zwischen der Einsturzgefährdung und dem Sanierungsbedarf, das ist ein Unterschied.

Ich will zum Zweiten sagen – und ich sehe hier auch ein paar Klimapolitiker –: Bei jeder Maßnahme, die wir machen, denken wir natürlich nicht nur an den üblichen Sanierungsbedarf, sondern wir wollen auch energetisch vernünftig sanieren. Das heißt, wir geben uns da selbst die Aufgabe mit, wenn wir schon ein Haus sanieren wollen – und das wissen die Menschen, die bauen, natürlich ganz genau –, dann sanieren wir auch ordentlich. Ich habe manchmal das Gefühl: So ein Unsinn, warum machen wir das so?

Herr Eckhoff, Sie haben gerade gesagt, man kann doch immer schnell einmal irgendetwas zugipsen oder so. Ja, das kann man auch, das machen wir auch, und trotzdem haben wir die Aufgabe, wenn wir eine Million Euro in die Hand nehmen, dann muss es auch so sein, dass es 50 Jahre hält – ich glaube, das ist auch im Namen der Klima-Enquete-Kommission der richtige Weg –, und das führt natürlich dazu, dass unsere Volumen noch geringer werden.

Ich will noch einen weiteren Punkt ansprechen, der mir ein bisschen quergeht: Das Senatsbauprogramm, das ja auch solche Maßnahmen beinhaltet, wird sehr intensiv zwischen allen Ressorts diskutiert, vom Innenressort bis zum Bildungsressort und auch von uns und anderen, die noch dazugehören. Das wird im Senat diskutiert, und dann geht es in den Haushalts- und Finanzausschuss, das wissen Sie ja auch. Vielleicht habe ich das nicht in Erinnerung, aber ich habe jetzt nicht die Vorstellung, dass irgendwann im Haushalts- und Finanzausschuss einmal ein Antrag kam, wir müssen jetzt aber diese Schule sanieren.

Das Einzige, was ich weiß, vom Bildungsressort ist irgendwann, ich glaube, im November 2016, beschlossen worden – das ist schon lange her, das gebe ich ja auch zu! –, sie in eine Ganztagschule umzuformen, was ich auch richtig finde. In dem Prozess sind wir jetzt an einem Punkt gelandet, an dem IB die Arbeit gemacht hat, die notwendig ist, um an einem Altbau Anbaumaßnahmen, Veränderungen, Modernisierungen und anderes zu machen, und dabei ist das eben aufgefallen. Das ist jetzt der Vorgang, damit muss man arbeiten, und es ist ein schwieriger Vorgang, das ist auch klar.

Ich will aber auch noch einmal sagen, ich habe vorhin gesagt – ich bin ja jetzt auch inzwischen neuneinhalb Jahre hier –, ich habe so einen Vorgang noch nicht erlebt, vielleicht wissen Sie, ob es da schon einmal andere gab. Ich habe ihn noch nicht erlebt, darum ist das ein besonderer Vorgang, das will ich einfach noch einmal sagen. Das ist kein Symbol für rot-grün-rote Politik im Gebäude, es ist kein Symbol dafür, sondern an vielen Punkten ergreifen wir ja Maßnahmen.

Frau Averweser, Sie kommen ja auch aus Grolland. Ich fahre mit absolutem Vergnügen an dem Neubau des KuFZ Grolland vorbei, das ja jetzt hoffentlich im Juni eröffnet wird, und da machen wir genau das, was Sie wollen: Wir machen Neubauten, auch nach energetischen Regeln, und wir ersetzen damit alte Gebäude, die ja auch abgängig sind oder bei denen man sagen muss, das geht auch nicht mehr. Das ist auch der Weg, den wir gehen müssen.

Jetzt will ich noch einen letzten Punkt zum Thema Immobilien Bremen und Personal sagen, und dann kommt der Stichpunkt Schuldenbremse. Zum letzten Punkt, IB und Personal, das habe ich nicht ganz verstanden: Immobilien Bremen ist tatsächlich aufgebaut worden im technischen Bereich, was Planungen und Umbaumaßnahmen und andere Dinge angeht, und es ist abgebaut worden, das stimmt, im Bereich Eigenreinigung, und darum sind das geringere Zahlen. Aber genau in dem Bereich, den wir gerade brauchen, und wir brauchen ihn nicht nur für ein paar Sanierungen, sondern wir brauchen ihn für – Frau Bogedan, Sie müssen jetzt zuhören! – 116 Modernisierungs- und Sanierungsmaßnahmen und zehn oder elf Neubauten, da haben wir etwas gemacht, das können Sie auch nachlesen. Ich weiß gar nicht, wo jetzt die Zahl 36 herkommt, die Sie da genannt haben, aber an dem Punkt arbeiten wir natürlich, da sind wir auch sehr intensiv dabei, und Sie sehen auch, dass wir da auch gut etwas umsetzen können.

Vielleicht als letzten Punkt zum Thema Schuldenbremse! Ja, Herr Gottschalk, das ist eine Diskussion, die führen wir ja auch schon immer zwischendurch einmal zwischen den anderen Terminen. Ich habe die Diskussion vor sechs, sieben Jahren ein bisschen mitbekommen, als die Diskussion über die Frage gelaufen ist, wie gehen wir mit unseren Kommunen um, machen wir eine kommunale Schuldenbremse, und machen wir die Regeln für externe Gesellschaften ein bisschen härter als andere. Ehrlich gesagt wundere ich mich jetzt ein bisschen, dass Sie gerade aktuell so eine Tür öff-

nen, denn es wäre ja schön, wenn man solche Türen öffnet, wenn man einen Verdacht hat, dass man damit durchkommt. Den Verdacht habe ich nicht, und darum finde ich es auch falsch, das in so einem Zusammenhang hier hineinzuführen. – Vielen Dank!

(Beifall CDU, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aktuelle Stunde ist geschlossen.

Die Zukunft der Bremer Innenstadt: Wohin geht die Reise?

Große Anfrage der Fraktion der FDP vom 6. Oktober 2020 (Drucksache [20/324 S](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 26. Januar 2021 (Drucksache [20/398 S](#))

Dazu als Vertreterin des Senats Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Ich gehe davon aus, dass der Senat die Antwort auf die Große Anfrage nicht mündlich wiederholen möchte, sodass wir direkt in die Aussprache eintreten können.

Die Aussprache ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Thore Schäck.

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Gestatten Sie mir eine Vorbemerkung zu dem Thema von eben! Dass sich hier jemand hinstellt und sagt, es ist missglückt, und es tut mir leid, das hat man nicht häufig im politischen Alltag, und dafür habe ich großen Respekt. Herzlichen Dank an Sie, Herr Senator Strehl, für diese ehrliche Geste!

(Beifall FDP, Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt kommen wir aber zu dem anderen Thema, zum Thema Innenstadt. Auch da möchte ich erst einmal den zuständigen Ressorts meinen Dank für die Beantwortung dieses umfangreichen Fragenkatalogs aussprechen. Es waren wirklich viele Fragen, sehr komplexe, teilweise sehr tief gehende Fragen, die natürlich auch, wenn wir über das

Thema Innenstadt sprechen, irgendwo ein großes Unterfangen betreffen. Wir reden ja nicht über ein Ressort oder über einen bestimmten Themenkomplex, sondern wir reden dann über verschiedene Themen wie Wirtschaft und Handel, wir reden über Verkehr und Mobilität, über Wohnen und Bauen, wir sprechen über Freizeit, Tourismus, Finanzen, Stadtentwicklung und Umwelt. Es sind dort also viele unterschiedliche Themen enthalten, und uns ist durchaus bewusst, dass die Anfrage recht umfassend war. Deswegen möchten wir an dieser Stelle erst einmal Danke sagen für die Beantwortung dieser Anfrage.

Die Antworten, die wir dann bekommen haben, sind sehr vielfältig. Manche Antworten sind sehr aufschlussreich und helfen wirklich bei der Beantwortung unserer Fragen weiter, andere sind eher dürftig, eher knapp gehalten, teilweise sind die Fragen dann länger als die Antworten. Wieder andere sind auch sehr hilfreich dabei, unserem gemeinsamen Anliegen zu begegnen, die Stadt, die Innenstadt fit für die Zukunft zu machen. Ich glaube, wir alle wissen, dass es jetzt nicht möglich sein wird, alle Themengebiete und alle Fragen durchzugehen, dafür sind die Fragen und natürlich auch die Antworten zu komplex und zu umfassend, aber ich würde ganz gern exemplarisch einmal auf zwei, drei Aspekte eingehen.

Interessant fanden wir zum Beispiel die Antwort, dass es offensichtlich bis heute keine wirklich gängige Definition des Begriffs Innenstadt gibt. Es wird sehr viel darüber gesprochen, dass aus unterschiedlichen Perspektiven daraufgeschaut wird, und je nachdem, welche Perspektive man einnimmt, kann es den Bereich umfassen oder noch einen anderen Bereich dazu oder diesen oder jenen. Wir halten das aber für zentral, denn wenn zwei oder mehr Parteien – und damit meine ich gar nicht nur politische Parteien – miteinander über ein Thema sprechen und denselben Begriff benutzen, aber vielleicht etwas völlig Unterschiedliches darüber im Kopf haben und darunter verstehen, dann kann so etwas auch sehr schnell zum Scheitern von Projekten führen. Deswegen wünschen wir uns, dass es auch ein einheitliches Verständnis darüber gibt, wenn jemand den Begriff Innenstadt benutzt, damit wir zumindest in dem Kreis, in dem wir hier regelmäßig diskutieren, auch alle gemeinsam wissen, was damit gemeint ist.

Wir lernen auch, dass der Wohnungsbestand in der Innenstadt deutlich angewachsen ist, das ist schön, und Sie machen auch deutlich, dass das Thema Wohnen in der Innenstadt wichtiger werden wird,

eine Einschätzung, die wir durchaus teilen. Wir lesen auch, dass der Senat als zentrales Vorhaben die Optimierung der Verkehrsinfrastruktur für sich entdeckt hat, und Sie schreiben auch, dass die Innenstadt nach Ihrer Einschätzung in den letzten 20 Jahren weiter an Attraktivität hinzugewonnen hat. Das ist eine Einschätzung, die man nicht unbedingt teilen muss. Wäre sie wahr, hätten wir nämlich an dieser Stelle wahrscheinlich gar nicht den Handlungsdruck, den wir hier alle gemeinsam spüren. An vielen Stellen wird auch auf das Konzept Bremer Innenstadt 2025 verwiesen, darauf komme ich gleich noch einmal.

Wo wir uns aber, glaube ich, alle einig sind, ist, dass die Bremer Innenstadt eines der zentralen Entwicklungsprojekte der nächsten Jahre und Jahrzehnte ist. Man kann sagen, natürlich ist es nur ein Einkaufsbereich mit ein paar Läden, ein paar Geschäften, irgendetwas darum herum, das gibt es auch in anderen Stadtteilen, aber wir dürfen nicht vergessen, die Innenstadt ist der Kern von Bremen. Sie ist der Kern, um den herum sich Bremen überhaupt erst entwickelt hat, und die Innenstadt ist nicht nur das Fundament von Bremen, sie ist auch das Herzstück von Bremen, mit Marktplatz und verschiedenen historischen Gebäuden und Straßenzügen. Damit hat die Bremer Innenstadt als Innenstadt ein großes Gewicht und eine große Chance, aber es ist natürlich auch eine große Verantwortung in ihrer Tragweite und Auswirkung auf den Rest der Stadt, insbesondere natürlich bezüglich der Frage, wie es der Innenstadt geht und wie sie sich zeigt, und vermutlich auch mit ihrer Auswirkung auf andere Stadtteile.

Geht es der Innenstadt schlecht – und die Aussage wage ich jetzt einfach einmal –, so geht es Bremen schlecht. Die Innenstadt hält Bremen als Ganzes zusammen, und deswegen ist es so wichtig, sich diesen Bereich nicht entwickeln zu lassen, sondern ihn zielgerichtet zu entwickeln und dieses Herz Bremens gesund zu halten, das Bremen als Stadt zusammenhält.

(Beifall FDP)

Deswegen ist es wichtig, dass wir alle und auch Sie dieses Thema in Zukunft noch ernster nehmen. Verschiedene Fraktionen haben ja Ideen präsentiert, wie sie sich die Zukunft der Innenstadt vorstellen, so auch wir mit unserem, wie wir finden, sehr guten Innenstadtpapier. Darin sind viele sinnvolle Ansätze enthalten, und wir unterstützen ja auch durchaus verschiedene Ansätze anderer Konzepte, anderer Papiere, die vorgelegt worden sind.

Das große Problem in Bremen ist aber, dass wir jetzt irgendwann einmal ins Handeln kommen müssen, und da fragen wir uns schon: Was ist denn seit dem Innenstadtgipfel bis heute wirklich konkret passiert, bei dem sich der Bürgermeister, verschiedene Senatorinnen und Senatoren ja durchaus auch ein bisschen im Licht des Aktionismus gesonnt haben? Welche greifbaren, messbaren Ziele, Konzepte, Projekte wurden denn seitdem umgesetzt, und zwar nicht nur kleine Maßnahmen, sondern etwas, das sich auch in einen größeren Plan einfügt, und wie sieht eigentlich das Gesamtkonzept dahinter aus? Welche Milestones sollen eigentlich bis wann umgesetzt werden? Wie fügt sich das alles in ein Gesamtkonzept zusammen?

Ihre Vorgänger haben ja damals mit dem Innenstadtkonzept 2025 einen Entwurf vorgelegt, das ist bekannt. Wir haben da ganz viele Statistiken, ganz viele schöne Bilder gefunden, wie Bremen nach dem Zweiten Weltkrieg wieder aufgebaut worden ist, welche Bauprojekte erfolgreich umgesetzt worden sind, Kunst, Kultur, Allgemeinplätze, wichtige Monumente und Einrichtungen. Das hört sich alles schön und gut an, aber es lässt einen dann natürlich, wenn man sich das anschaut und die Gültigkeit dieses Konzepts bis heute natürlich auch da ist, ein bisschen ratlos zurück, weil man sich auch ein Stück weit fragt: Was ist denn jetzt wirklich genau bis wann passiert, und wie soll es eigentlich in den nächsten Jahren weitergehen und in welchen Teilabschnitten und mit welchen Verantwortlichkeiten? Wie sieht eigentlich die Erfolgskontrolle von Einzelprojekten aus, und warum debattieren wir hier eigentlich nicht regelmäßig über dieses Thema, und zwar im besten Fall quartalsweise, wenn es dort wirklich einen konkreten Plan geben würde, der jetzt Schritt für Schritt abgearbeitet wird?

Das kann ich Ihnen sagen: weil die vorliegenden Pläne schlichtweg keine konkreten Pläne sind! Sie verlieren sich oft in allgemeinen Umschreibungen und irgendwelchen allgemeinen Zielformulierungen, aber das ist ja nichts Konkretes! Sie formulieren dann Sätze wie, ich zitiere: „Im zentralen Einkaufsbereich profitieren Einzelhandel und Gastronomie von der gestiegenen Aufenthalts- und Gestaltungsqualität. Hier sind die Plätze, Passagen, Höfe und Straßenräume zu einem zusammenhängenden Wegenetz zu verbinden.“ Ja, das ist sehr allgemein, das klingt gut, dahinter kann sich jeder versammeln und sagen, das unterstützen wir, das ist sinnvoll, aber was einen Plan doch konkret macht, ist doch die Frage, wer macht was bis wann und wie, und zwar klar benannt. So ist das ganze

Konzept letztendlich nur ein bunter Korb von unterschiedlichen Ideen und Wünschen. Es ist ein großes „man könnte, und es wäre doch schön, wenn, und da sollten wir einmal herangehen“, aber es ist nicht konkret.

Die Auftaktveranstaltung zum Konzept Bremer Innenstadt war im Jahr 2011. Das ist jetzt – ich glaube, es war September 2011 – knapp zehn Jahre her. Von den vielen Ideen, die damals in zahlreichen Arbeitsgruppen und Workshops, Kreativveranstaltungen und so weiter zusammengetragen worden sind, ist bis heute, wenn ich in das Konzept schaue, konkret leider nicht allzu viel umgesetzt. Die Ideen, die da entwickelt worden sind, sind ja teilweise gar nicht schlecht. Manche davon unterstützen wir, bei anderen Ideen haben wir andere Vorstellungen – das ist, glaube ich, dann so weit auch in Ordnung, dass man da unterschiedlich daraufschaute –, aber Sie wären gut beraten, sich erst einmal auf die Brot- und Butter-Arbeit zu konzentrieren, anstatt immer weiter irgendwelche Kreativkonzepte zu entwickeln.

Das bedeutet mehr Sicherheit, mehr Sauberkeit in der Innenstadt, das bedeutet hochwertige Gastronomie und hochwertige Einkaufsläden, zum Beispiel Flagship Stores, und da muss man sich schon die Frage stellen, warum Oldenburg so etwas besser hinbekommt, warum Hannover mit einer vergleichbaren Größe so etwas besser hinbekommt, und wir müssen uns die Frage stellen: Was zieht Menschen heute eigentlich noch in die Innenstadt? Dazu passt natürlich auch die Entwicklung der zentralen Plätze und Straßenzüge, über die auch seit Jahren geredet wird, indem man irgendwelche Rundläufe schaffen muss, dass man die Dinge mehr mit einander verbinden muss, aber auch da ist nicht so richtig viel passiert.

Damit sind wir wieder beim Kernproblem der Bremer Politik: Es mangelt ja nicht an Ideen, es mangelt auch nicht an kreativen Konzepten, es mangelt am Ende an der Umsetzung, und es mangelt daran, es zu machen und einfach einmal anzufangen. Deswegen brauchen wir in Bremen auch nicht wieder den nächsten Arbeitskreis mit noch irgendeiner Ideenschmiede, sondern wir brauchen endlich einmal Menschen, die insbesondere in der Exekutive nicht weiter zögern und zaudern, sondern endlich einmal die Ideen umsetzen, und selbst bei Ideen, hinter denen wir nicht stehen, würden wir uns freuen, wenn sie endlich einmal umgesetzt würden, damit überhaupt einmal etwas passiert.

Wir haben als FDP-Fraktion in unserem Innenstadtpapier viele Ideen vorgestellt, die wir für zentral halten, die wir für sinnvoll halten, von denen wir glauben, das ist jetzt wichtig. Man kann viele andere Dinge auch machen, gar keine Frage, und je mehr man sich damit beschäftigt, desto mehr Ideen hat man, was man alles machen kann, aber das sind unsere Vorschläge, wie wir auf die Innenstadt zugehen müssen, wie wir das Thema Innenstadt angehen müssen. Deswegen ist unsere Aufforderung an Sie: Fangen Sie bitte endlich an! – Herzlichen Dank!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächste Redner hat das Wort der Abgeordnete Robert Bücking.

Abgeordneter Robert Bücking (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich bin ein bisschen ratlos, Herr Schäck, wie ich jetzt auf Ihren Redebeitrag antworten soll. Es gibt wirklich diese ungeheure Fleißarbeit aus dem Ressort, mit der versucht wird, Ihre Fragen zu beantworten. Daraus kann man richtig etwas lernen. Das haben Sie uns aber jetzt hier vor Publikum erst einmal verweigert, diese Sachen überhaupt etwas zur Kenntnis zu nehmen, zu würdigen und sich zu fragen: Was folgt denn nun daraus?

In der Tat ist es so, darüber hinaus ist im Laufe dieses Jahres ein bisschen Wasser die Weser heruntergeflossen. Diese Innenstadt steht vor einer dramatischen Herausforderung, das sehen wir alle, das spürt auch die FDP, gar keine Frage, und die nächste Frage ist doch: Wie um Himmels willen sieht eine Antwort auf diese neue Situation aus, oder? Darum geht es! Die Frequenz in der Innenstadt ist im Sommer, also zu dem Zeitpunkt, als noch offen war, um glatte 40 Prozent eingeknickt. Das schlägt sich auf die Grundstückspreise nieder, und da erzähle ich kein Geheimnis, wenn ich Ihnen sage, die Grundstückspreise sind um 20 bis 25 Prozent gesunken.

Wenn der Gutachterausschuss über Grundstückspreise redet, dann berücksichtigt er den wirtschaftlichen Wert eines Gebäudes und fragt sich, was werden dort für Mieten erzielt, und das führt dann dazu, dass dieser Einbruch stattfindet. Und wie reagieren wir jetzt um Himmels willen als Politik darauf mit dem, was wir in unserer Stadt machen können? Wir reagieren vernünftigerweise als Allererstes mit diesem Aktionsprogramm, und da schreiben wir ganz oben groß hinein: Wir wollen versuchen,

die Frequenz, die Besuchsanlässe für diese Innenstadt so zu organisieren, damit das funktioniert.

Verdammt, und dann kommt der September, und dann kommt der Oktober, und dann wird wieder abgeschlossen! Um Himmels willen, was erwarten Sie denn von diesem Aktionsprogramm? Wir haben noch zwei-, dreimal ein paar Künstler in die Stadt geschickt, die sich unter die versammelten Einkäufer gemischt und ein bisschen darauf hingewiesen haben, wie schön es sein könnte, aber dann war es das. Jetzt stehen doch alle in den Startlöchern und fragen sich: Wann dürfen wir wieder? Ich meine, damit muss man sich doch auseinandersetzen, oder reden wir über zwei verschiedene Städte? Das tun doch nicht, sondern damit muss man sich auseinandersetzen. In der jetzigen Situation können alle diese Programmpunkte, die wir im Aktionsprogramm niedergeschrieben haben, gar nicht umgesetzt werden.

Dann ist diese durchaus rührige WFB unterwegs, spricht mit allen Immobilieneigentümern, die leer stehende Läden haben und fragt: Wollen wir nicht etwas machen? Könnt ihr nicht investieren in das Neue, in die Entwicklung von Ladenkonzepten, die wir bisher in der Innenstadt nicht hatten und in Menschen, die sich das auch unter den jetzigen Bedingungen trauen? Dann wird die Verabredung getroffen, die bisherigen Eigentümer halbieren die Miete, die WFB kommt und sagt, wir bringen sie auf null, und jetzt machen wir eine Ausschreibung und suchen die besten Konzepte, und dann ermöglichen wir diesen Gründern, ihre Idee erst einmal mindestens für ein Jahr zu überprüfen. Fällt das jetzt unter ganz vernünftig, oder ist das Unsinn? Nein, das ist ganz vernünftig, es hat aber noch nicht angefangen, weil es noch nicht erlaubt ist. Das findet doch wohl auch jeder einleuchtend. Ich finde, das muss man einmal an den Anfang stellen, da passiert einiges.

Jetzt, und ich finde das überraschend, gibt es eine muntere Diskussion über den Weg, den wir gehen wollen. Die Koalition arbeitet hart am Verkehrsentwicklungsplan, streitet sich über die eine oder andere Frage, die Koalition arbeitet hart an dem Thema Vertiefung des Innenstadtkonzepts, überlegt, wie das gehen könnte. Da sind Sie mehr oder weniger auch immer Ohrenzeuge, aber Sie beziehen sich nicht darauf. Sie sagen nicht, wo Sie da stehen, das ist doch ein Jammer! Das ist aber deswegen schlecht, weil es in dieser Stadt andere gibt, die das tun. Es gibt dieses Bündnis, dieses Aktionsbündnis, da ist also der Who's who, von den Kamern über die großen Investoren, ein paar Planer

und so weiter zusammen, und sie schreiben muntere Kritik an unserer Regierungspolitik, und die FDP-Fraktion lässt das Thema liegen, schläft weiter. Ich meine, jetzt im Ernst, das kann doch nicht wahr sein!

Ich würde für uns Grünen jetzt einmal in Anspruch nehmen: Wir haben darauf reagiert. Wir haben uns damit auseinandergesetzt, weil es ernst zu nehmen ist, weil die Menschen, die sich da zu Wort melden, entweder angesehene Planer oder Leute sind, die ihr Geld in der Innenstadt riskieren, also muss man sich doch mit denen auseinandersetzen! Dann haben wir mit denen darüber diskutiert, und das machen wir im Moment in einer ziemlich intensiven Frequenz, wie man denn von dem jetzigen Zustand zu dem erwünschten zukünftigen Zustand kommt, welche Phasen man dort durchlaufen muss, und da haben wir jetzt angeregt, um es noch einmal zu sagen: Es wäre schon schön, wenn es den einen oder anderen Leuchtturm gäbe, wenn endlich der Herr Zech allmählich beginnen und sein großes Versprechen einlösen würde. Das wäre schon großartig.

Aber jetzt einmal ehrlich: Wir können darauf doch nicht warten!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Wir müssen doch jetzt Antworten finden, und was passiert da? Auf einmal ist in dieser großen Stadt Raum vorhanden, der nicht mehr genutzt wird. Große Geschäftshäuser fallen brach. Das geht mit dem edlen Gebäude der Nord/LB los, Bremer Landesbank, die ist gerade fertig geworden, und endet bei C&A, und das ist nicht das Einzige. Also, es fällt Raum brach, und dann ist es, meine Damen und Herren, doch nahe liegend zu fragen: Ist nicht dieser Raum die größte Ressource für das Neue, für das, was sich entwickeln könnte, und wie kann diese Ressource zur Basis des Neuen werden?

Da haben wir eine kleine Idee, die im Kern darauf hinausläuft, sich das, was die WFB macht, in einem ganz anderen Maßstab vorzunehmen, nämlich mit den Immobilieneigentümern im großen Stil einen Vertrag zu schließen und zu sagen: Gebt uns diese Flächen für einen größeren Zeitraum, lasst uns das wie eine Art Anzuchtbeet, eine Art Frühjahrsbeet organisieren und all denjenigen, die bereit wären, in der Innenstadt etwas zu riskieren, diese Flächen günstig geben, und zwar für neue Formen von Einzelhandel, selbstverständlich, selbstverständlich für neue Formen von Gastronomie, Künstler im

großen Stil und Wissenschaft, herzlich gern! Genau, das brauchen wir, und natürlich auch die pfiffigen Jugendlichen, die einmal am Bahnhof ihre Skateranlage gehabt haben. Die müssen doch wieder in die Stadt kommen, und wenn Sie sich in der Überseestadt umschauchen, was sie mit so einer Fläche anfangen. dann kommen Ihnen die Tränen, weil Sie das Gefühl haben: Es geht hier doch etwas. Verdammt noch einmal, aus solchen Sachen muss man das zusammensetzen, damit wir schnell starten können, schnell sichtbar werden, mit all den klugen, jungen und erfahrenen Leuten, die es in unserer Stadt gibt. Die besten Unternehmen müssen ein Interesse daran entwickeln, diese Raumressource zu nutzen.

Dahinter stecken noch ein halbes Dutzend andere Ideen. Man muss sich fragen, wie man diese Gebäude eines Tages auch umbaut – denn sie sind für diese Zwecke ja nicht hergerichtet worden –, wie man sie parzelliert, wie man dort Wohnen hineinbekommt. Darüber können wir noch lange reden.

Nehme ich nur noch einmal das letzte Stichwort! Herr Schäck, wir haben diesen Bebauungsplan 2040 vor sieben oder acht Jahren erstellt, Bebauungsplan Innenstadt, für Wohnen. Tolle Sache, gut überlegt, daran ist im Bauressort wirklich hart gearbeitet worden, und trotz der schönen Zahlen, die zeigen, dass da ein bisschen etwas entsteht: im Großen und Ganzen nicht auf der Basis dieses Bebauungsplans und nicht an den Stellen, an denen wir dachten! Das ist ein Jammer, das ist ein ernsthaftes Problem. Die Häuser, bei denen wir gedacht haben, dass die Eigentümer eines Tages auf die Idee kommen, die oberen Stockwerke so zu nutzen, werden von den Eigentümern dafür nicht genutzt. Es ist doch eine Aufgabe, darüber nachzudenken, woran das liegt! Dieser Frage müssen wir uns doch ernsthaft stellen: Ist die innere Organisation dieser Häuser ein Problem? Ist es möglicherweise richtig, ihnen oben noch Chancen zu geben, ein bisschen weiter auszubauen? Ist es vielleicht notwendig, im Planungsrecht etwas zu ändern? Herrgott, das ist eine richtig große und schwierige Aufgabe, und die ist nicht gelöst.

Die Arbeitnehmerkammer hat einen sehr klugen Aufsatz geschrieben und gesagt: Ihr freut euch immer alle über Gastronomie und Einzelhandel im Erdgeschoss und Wohnen auf dem Dach. Dann haben Sie die Frage aufgeworfen: Überseht ihr möglicherweise die Sache mit der Arbeit? Da habe ich gedacht: Verdammt, erwischt! Meine Ex, Elke Heyduck, recht hat sie!

(Heiterkeit Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Das darf man nicht übersehen, denn wenn man in die Große Anfrage schaut, dann sieht man plötzlich eine Zahl: Zwischen Bahnhof und Weser arbeiten, jetzt muss ich lügen, 48 000/49 000 Menschen, das reicht vom Bordell über das Solarstudio bis zur Senatskanzlei. Die arbeiten da alle, nur einmal das Spektrum zu zeigen, und für diesen Aspekt der Arbeit, also das, was in den Häusern der Innenstadt passiert, muss man doch einen Blick entwickeln.

Da würde man doch sagen, liebe Abgeordnete der FDP, für Sie mit Ihren vielfältigen Kontakten zu all diesen kleinen und großen Unternehmen, wäre es doch einmal ein Job, sich zu fragen: Wie können wir dieses Thema Arbeit in der Innenstadt zur Entfaltung bringen, und zwar möglichst gute Arbeit? – Ich bedanke mich fürs Zuhören.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ingo Tebje.

Abgeordneter Ingo Tebje (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Innenstadt, da sind wir uns einig, ist eine langfristige, komplizierte Aufgabe für die Stadtentwicklung. Die Probleme der Innenstadt sind älter als die Pandemie, und wie die CDU-Fraktion in ihrer Anfrage selbst beschreibt, geht es nicht mit Schnellschüssen, aber es bedarf der politischen Initiative. Die Veränderung der Innenstädte zeigt überall bestimmte Trends, an denen man nicht vorbeikommt. Man kann die Innenstadt nur mit diesen Trends gestalten, nicht gegen sie. Das ist der Kern proaktiver Wirtschaftspolitik, sonst sind das nur sinnlose Ausgaben.

Diese Trends lassen sich vereinfacht auf die Formel bringen: Die Innenstadt der Zukunft wird mehr wie das Viertel oder die Neustadt aussehen: kleinräumiger, mit einem Mix aus Wohnen, Gewerbe, Handel, Wissenschaft, Kultur, öffentlichem Raum und touristischen Attraktivitäten. Dieser Trend wird auch dadurch bestärkt, dass das Viertel und die Neustadt inzwischen deutlich zu klein werden. Dort ist das Angebot an Wohnraum zu knapp, dort finden Geschäfte, kulturelle Projekte und auch die Hochschule nicht mehr genügend Platz.

Das Potenzial, aus dem sich die Innenstadt mit neuen Funktionen füllen könnte, ist vorhanden, es muss nur auch seinen Weg dahin finden. Die Frage ist: Was hemmt diese Entwicklung? Was steht ihr

entgegen? Das sind im Wesentlichen vier Faktoren: die übergroße Gebäudestruktur in einem Teil der Innenstadt, die Verkehrssituation – das hat Herr Bücking vorhin angesprochen –, die immer noch von der Idee der autofreundlichen Stadt geprägt ist, das Fehlen klarer öffentlicher Standortentscheidungen, insbesondere der Hochschule, und die zu hohen Mieten.

Die Koalition und der Senat arbeiten entlang dieser Problembeschreibung. Die Verkehrsentwicklung der Innenstadt wird im VEP-Beirat intensiv beplant und in einzelne Projekte aufgeschlüsselt. Einige davon werden in Experimentierphasen vorbereitet, etwa die Umgestaltung der Martinstraße, und das ist doch eine konkrete Form der jetzigen Umsetzung, die stattfindet. Das Wirtschaftsressort treibt die experimentelle Zwischennutzung ungenutzter Flächen in der Innenstadt mit seinem eigenen Programm voran, das hat Herr Bücking gerade auch schon dargestellt.

Die öffentliche Nutzung konzentriert sich im Moment auf das Sparkassengebäude am Brill. Die Entscheidung hierüber wird ein wesentliches Signal für die weitere Entwicklung der Innenstadt sein. Planungsrechtlich wird der Weg geebnet, in der Innenstadt mehr Wohnraum zu entwickeln. Wozu es bislang keine klare Strategie gibt, ist die Frage der Mieten. Man kann das überbrücken, wie mit dem Anmietungsprogramm des Wirtschaftsressorts, aber auf Dauer werden bestimmte Höchstmieten in der gewerblichen Nutzung nicht mehr erzielt werden können, wenn es eine lebendige und vielfältige Innenstadt geben soll.

Das Gleiche muss von vornherein bei der Wohnnutzung mit bedacht werden. Viele erfolgreiche Innenstädte erleben das gegenteilige Problem. Die vorhandene Wohnnutzung wird verdrängt und extrem teuer, das gilt insbesondere für touristisch sehr attraktive Innenstädte. Wir brauchen also von vornherein eine Wohnentwicklung in der Innenstadt, die für Studierende genauso wie für die Breite der Bevölkerung langfristig und dauerhaft bezahlbaren Wohnraum sichert, und wir brauchen eine Entwicklung der Gewerbeimmobilien, die langfristig und dauerhaft sichert, dass sie sich nicht nur für Angebote durchsetzen, die die Höchstmieten bezahlen können.

Sehr teure private Umbauprojekte passen schlecht in diese Entwicklung. Deshalb ist es vielleicht positiv zu betrachten, dass das Sparkassenareal nun eine Bestandssanierung bekommt. Es ist auch nicht

ausgemacht, dass die Parkhäuser Mitte und Karolinenhof unbedingt abgerissen werden müssen. Große Investitionsprojekte legen die Latte bei den Mieten für die Nutzer hoch, und für das Ziel, dass sich die Innenstadt mit neuen Nutzungen füllt, ist das eher kontraproduktiv.

Natürlich zieht sich ein Konflikt durch die ganze Debatte um die Innenstadtentwicklung. Die privaten Investoren haben das Interesse, dass die öffentliche Hand für den Nutzungsmix, die lebendige Innenstadt, den herausragenden öffentlichen Raum, die bezahlbaren Mieten sorgt, und sie selbst möchten davon profitieren und sich auf die möglichst hochpreisigen Nutzungen konzentrieren. Das wird so aber nicht funktionieren. Auch die privaten Investoren und Immobilienbesitzer müssen akzeptieren, dass die lebendige Innenstadt der Zukunft sehr gemischt sein muss und dass sie sich dabei nicht nur die profitablen Rosinen herauspicken können.

Die stabile Entwicklung des Viertels und der Neustadt beruht auf einem starken Eigentumsmix. Das ist in der Innenstadt bislang nicht der Fall. Daher wird man prüfen müssen, wie kleinräumige Besitzverhältnisse, neue Akteure wie Baugemeinschaften und Genossenschaften, aber eben auch öffentliches Eigentum eine größere Rolle spielen können.

Ein Aspekt, den man eigenständig betrachten muss, ist die Zahl der Arbeitsplätze in der Innenstadt, und das hat Herr Bücking auch gerade schon beschrieben. Ein Teil kommt von Büros und Firmenzentralen, die dort angesiedelt sind. Der Teil ist nicht so stark in Gefahr, aber ich gebe Herrn Bücking recht, gerade auch die Frage der Büronutzung in der Innenstadt – wie wird sie wieder attraktiv, wie entstehen an den Stellen attraktivere Flächen, wo jetzt Leerstand entstanden ist? – wird ein wichtiger Punkt sein, um die Arbeitsplätze im Innenstadtkern dauerhaft zu sichern.

Unsicherer ist aber die Entwicklung der Arbeitsplätze im Einzelhandel. Hier wird es Veränderungen geben, aber wenn in der Innenstadt mehr gewohnt wird, dann wird es dort auch mehr Supermärkte und Nahversorgung geben müssen, und eine attraktive Innenstadt kann einer Vielzahl spezialisierter Geschäfte den notwendigen Nährboden geben. Die großen Einzelhandelszentren werden tendenziell die Ausnahme sein, das muss man für die Zukunft einfach so sehen. Es ist daher wichtig, dass der Senat die Entwicklung innovativer Ideen im Einzelhandel begleitet und unterstützt. Auch hier zeigt der Blick ins Viertel und die Neustadt,

hohe Kundenbindung und eine kleinteilige Struktur sind das Überlebenskonzept. Das hat dort auch sehr viel besser durch die Pandemie geholfen. Das Wachstum des Onlinehandels ist noch nicht zu Ende, die Entwicklung neuer Einzelhandelskonzepte, die auch andere Funktionen mit integrieren, steht erst am Anfang.

Insgesamt kann man daher sagen, der Senat hat die Aufgabe, die Veränderung und Neugestaltung der Innenstadt zu begleiten und zu fördern, bereits ziemlich breit angenommen. Es gibt aber einige Bereiche, die auch noch stärker angegangen werden müssen, das ist die Förderung innovativer Einzelhandelskonzepte, das ist die Ansiedlung öffentlicher Nutzungen, insbesondere hinsichtlich der Wissenschaft, und das ist eine umfassende Mietenstrategie für die Innenstadt.

Mit der Stadthalle, dem Musicaltheater und der Glocke haben wir drei größere Veranstaltungshäuser zumindest in der Nähe der Innenstadt platziert. Neben den schon vorhandenen kleineren Kulturstätten wäre hier sicherlich noch Luft, solche Angebote für den direkten Innenstadtkern auszubauen. Die Bremer Innenstadt ist unter anderem mit dem Rathaus als UNESCO-Kulturerbe, seiner guten Stube, den Bremer Stadtmusikanten, dem Bremer Weihnachtsmarkt und dem Schnoor ein hochattraktives touristisches Reiseziel, allerdings fehlen auch hier noch weitere touristische Angebote direkt in der Innenstadt. Auch da würde ich sagen, was Herr Bücking gerade beschrieben hat: Es ist momentan auch die Möglichkeit vorhanden, durch den Leerstand und den Umbruch Neues zu denken, Neues zu integrieren und auch neue Impulse in der Innenstadt zu setzen, und die müssen jetzt auch genutzt werden.

Abschließend will ich mich für die sehr ausführliche und sehr aufschlussreiche Beantwortung der Fragen bedanken, dahinter steckt wirklich eine Menge Arbeit. Man sieht an der Antwort auch, dass wir in bestimmten Bereichen viel wissen, in anderen Bereichen aber nicht so viel, zum Beispiel über die genaue Zusammensetzung der Arbeitsplätze in der Innenstadt. Die Fragen aus der Großen Anfrage sind sehr ernsthaft abgearbeitet worden und eine gute Grundlage für die weitere Diskussion, deshalb sage ich denen, die dort eine Menge Arbeitsstunden hineingesteckt haben, um die weitere Debatte zu fördern, von dieser Stelle aus meinen herzlichen Dank! – Danke für die Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Falk Wagner.

Abgeordneter Falk Wagner (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir können uns doch nicht darüber unterhalten, wie die Innenstadt in Zukunft aussehen muss und was zu tun ist, wenn wir uns nicht über die Analyse einig sind, wo das Problem liegt. Da hatte ich am Beginn der Debatte das Gefühl, wir sind ein bisschen unterkomplex unterwegs, und dann war ich Robert Bücking sehr dankbar, dass er da einordnende Bemerkungen zur ökonomischen Struktur gemacht hat, aber ich glaube, es geht noch ein Stück tiefer.

Das grundlegende Problem, mit dem wir uns auseinandersetzen müssen, ist doch erst einmal dieses: „Ich muss noch einmal in die Stadt“, wie oft haben wir diesen Satz vor 20 Jahren gehört, wie oft haben wir ihn vor fünf Jahren noch gehört, und wie oft haben wir ihn im letzten Jahr noch gehört? Die Wahrheit ist, er wird künftig immer seltener zu hören sein. Wir sind uns alle einig: Die Innenstadt war in der Zeit, als man noch in die Stadt musste, hoch funktional, und dann kamen erst die Einkaufszentren am Stadtrand, dann kam der Onlinehandel, und dann kam Corona. Wenn es jetzt in Zukunft seltener heißen wird, ich muss noch einmal in die Stadt, dann muss es eben öfter heißen: „Ich will in die Stadt.“ Wir wissen – und ich hoffe, dass wir uns auch da einig sind –, die Innenstadt kann den Wettbewerb um den Dumpingpreis nicht gewinnen, sie kann auch den Wettbewerb um den schnellsten Einkauf nicht gewinnen, aber wo der Onlinehandel nicht einmal anfangen kann, sich dem Wettbewerb zu stellen, das ist bei der Aufenthaltsqualität.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Der Onlinehandel kann es nicht bieten, familienfreundlich in der Altstadt zu flanieren, er kann es nicht bieten, in der Sonne Kaffee trinken zu gehen, er kann es nicht bieten, Produkte anzufassen, Kultur zu genießen, später am Tag vielleicht noch einmal an der Schlachte etwas essen und trinken zu gehen, und genau das ist das Problem, denn das, was der Onlinehandel nicht bietet, davon hat auch unsere Innenstadt noch zu wenig, und darin liegt der Schlüssel für die Zukunft der Bremer Innenstadt.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Wenn wir diese Analyse betreiben und sie teilen, dann müssen wir, glaube ich, räumlich und funktional noch ein Stück tiefer einsteigen. Dann müssen

wir schauen, wo sind räumlich und funktional die Stärken und die Schwächen, und dann sehen wir, die Bremer Innenstadt hat sehr wohl eine Menge Stärken, über die wir auch als bescheidene Bremerinnen und Bremer nicht schweigen sollten. Im östlichen Teil der Altstadt boomte bis zur Pandemie der Tourismus, ungefähr zwei Millionen Übernachtungsgäste jährlich wissen davon zu berichten. An der Weser entlang hat sich die Gastronomie hervorragend entwickelt, das ist auch erfolgreich, aber wir haben einen großen Handlungsbedarf im klassischen Einkaufsbereich zwischen Sögestraße und Obernstraße, den die Bremer immer so technisch uncharmant als Konsum-L bezeichnen.

Wir haben vor allen Dingen ein Problem dabei, und das ist, glaube ich, essenziell: Die Vielfalt der Erlebnismöglichkeiten, die die Innenstadt bietet, also Gastronomie, Einkaufen, Kultur, Tourismus, grüne Naherholung in den Wallanlagen, auch der Übergang zum pulsierenden Viertel, überall da haben wir ein Problem, die Innenstadt mit intuitiven Wegebeziehungen überhaupt erst zu einer Erlebniswelt zu verbinden. Wer dafür ein eingängiges Beispiel sucht, der erinnere sich einmal zurück – zumindest die Wahlbremer unter uns! –, wann er sich das erste Mal als waschechte Bremer gefühlt hat! Bei mir persönlich war das der Fall, als ich es zum ersten Mal geschafft habe, einem Touristenpärchen erfolgreich den Weg in den Schnoor zu erklären.

(Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU]: Ein waschechter Bremer ist man nach drei Generationen!)

An der Stelle, dass wir hier auch ein Verbindungsproblem haben, glaube ich, besteht auch große Einigkeit.

Wenn wir es geschafft haben, dass wir uns darauf einigen, dann kann man, finde ich, zu der Frage kommen, die Thore Schäck aufgeworfen hat – aber erst dann! –, nämlich zu der Frage: Wo ist jetzt eigentlich gerade unser Stand, und wo ist im jetzigen Stand gerade unser Problem? Ist das Problem die Konzeption, oder ist das Problem die Implementation, sprich, geht es darum, noch einmal grundsätzlich neu zu überlegen, oder geht es darum, jetzt einmal zu machen? Ich bekenne offen, ich habe an vielen Stellen eine Tendenz zu sagen, das Problem liegt darin, jetzt einmal zu machen.

(Abgeordnete Silvia Neumeyer [CDU]: Ach!)

Ich sage auch, man kann legitimerweise beide Positionen vertreten, aber ich möchte auch nicht verschweigen, ich bin der Ansicht, die FDP hat es geschafft, heute hier ihre ganz eigene Antwort darauf zu finden. Sie hat es geschafft, dem Senat 52 Fragen zu stellen, die allesamt einen bestimmten Geist atmen, nämlich den Geist, wir müssen noch einmal ganz grundsätzlich neu überlegen. Mein Favorit ist Frage drei, die lautet: Wie schätzt der Senat die Entwicklung der Innenstadt seit dem Jahr 2000 ganz allgemein ein?

(Heiterkeit Bündnis 90/Die Grünen)

Ich möchte den Senat an dieser Stelle sehr beglückwünschen, dass er es geschafft hat, die gesamte Drucksache auf 49 Seiten zu bekommen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Man stellt also 52 Fragen, die alle den Geist atmen, wir sollten noch einmal ganz grundsätzlich neu überlegen, um sich dann hier hinzustellen und zu rufen, da hätte der Senat doch schon lange viel mehr konkret tun können. Ich gebe zu, das hat auch Humor, aber es ist vielleicht begrenzt produktiv.

(Beifall SPD)

Der beste Weg wird vermutlich darin liegen, diese Frage von Implementation oder Konzeption maßnahmenscharf zu beurteilen, und da kann man durchaus an vielen Stellen zu dem Punkt kommen, wir haben vor allen Dingen ein Problem mit der Umsetzung. Die Auffassung teile ich. Ich will nicht verschweigen, und das sollten wir auch nicht verschweigen, weil sich in der Innenstadt etwas bewegt, dass Bremen durchaus dabei ist.

An vielen Stellen wird die Bremer Innenstadt derzeit neu. Das sieht man ganz am Rande, am ZOB, das sieht man am Ansgarikirchhof, da entsteht das Lebendige Haus, es entsteht das Wallkontor. Damit werden wir einen zweiten Durchgang vom Schlüsselkorb zu den Wallanlagen bekommen. Um Jacobs-Haus, Essighaus, Stadtwaage und Kontorhaus entsteht das Balgequartier, und an der Stelle – und das möchte ich auch einmal hervorheben – entwickelt sich auch etwas grundsätzlich Neues, denn im Kontorhaus soll das Bremer Stadtmusikantenhaus entstehen, und die Stadtmusikanten sind eine Marke, die Bremen bisher noch viel zu wenig genutzt hat. Das Stadtmusikantenhaus ist eine Initiative von Andreas Bovenschulte. Es wird mitgetra-

gen von dem privaten Bauherrn, der sich dort engagiert, es werden dort Millionen Euro investiert, und dank des Engagements von Sarah Ryglewski als Bundestagsabgeordnete wird der Bund die Hälfte dieser Millioneninvestitionen in das Bremer Stadtmusikantenhaus tragen. So geht Zusammenarbeit für die Stärkung unserer Innenstadt, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall SPD – Heiterkeit CDU)

Also, es wird durchaus etwas gemacht, aber trotzdem ist die Lage nicht nur coronabedingt äußerst prekär, sondern es gibt die Stellen, an denen wir den Knoten erst noch durchschlagen müssen. Das sind zum Beispiel Domshof und Domsheide, das ist der Umbau des Parkhauses Mitte, und das ist auch die Martinistraße. Vielleicht ist die Martinistraße durchaus exemplarisch für das, wo wir gerade stehen. Bei der Martinistraße sind wir uns alle einig –

(Unruhe)

Sind Sie mit dem Gespräch fertig? – Danke!

(Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU]: Sie erheitern ziemlich!)

Ich weiß nicht, wann das gewesen ist, aber in den letzten zwei Minuten haben Sie schon nicht mehr zugehört, deshalb, glaube ich, können Sie das begrenzt beurteilen!

(Zuruf Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU])

Die Martinistraße ist vielleicht exemplarisch dafür, wo wir in der jetzigen Auseinandersetzung stehen. Wir sind uns alle einig, wo das Problem liegt: Wir sind uns alle einig, dass die Martinistraße zurückgebaut werden muss, weil die einzelnen Segmente der Innenstadt-Erlebniswelt, in dem Fall die Schlachte und die Obernstraße, zu stark voneinander abgeschnitten sind. Wir sind uns einig, dass der Autoverkehr reduziert werden muss, wir sind uns einig, dass er verlangsamt werden muss, und wir sind uns einig, dass die Querung verbessert werden muss. Wenn ich eine Prozentzahl nennen wollte, würde ich sagen, wir sind uns zu 90 Prozent einig,

(Abgeordneter Thore Schäck [FDP]: Und jetzt?)

und jetzt stehen wir vor der Entscheidung, ob wir diese 90 Prozent nehmen und umsetzen, oder ob wir noch einmal eine jahrelange Schleife in Kauf

nehmen, um uns darum zu streiten, ob wir gern einen Bau mit zwei Spuren wollen, die man beide befahren kann, oder einen Bau mit zwei Spuren, von denen man eineinhalb Spuren befahren kann. Das ist die Entscheidung, vor der wir jetzt stehen. Ich habe da eine klare Präferenz: Ich bin dafür, den Knoten durchzuschlagen, denn das gibt Entscheidungs- und Investitionssicherheit auch für Private, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall SPD)

An dieser Stelle wie an vielen brauchen wir die Entscheidungs- und Investitionssicherheit, und dafür braucht man jeweils eine klare Zielrichtung. Für uns als SPD ist diese Zielrichtung klar: Wir wollen die Innenstadt als Erlebniswelt. Wir wollen intuitive fußläufige Verbindungen,

(Abgeordneter Thore Schäck [FDP]: Ja, was heißt das denn konkret?)

sogar in den Schnoor, wir wollen Räume zum Verweilen, wir wollen Familienfreundlichkeit.

(Abgeordneter Rainer Bensch [CDU]: Schöne Überschrift!)

Damit setzen wir den Rahmen für Entscheidungen und Investitionen, und was schon korrekt gesagt worden ist, auch von Robert Bücking, ist, wir wollen dabei auf einer neuen Nutzungsmischung mit Kultur, mit Bildung und nicht zuletzt mit Wohnen in der Altstadt aufbauen, und weil das noch nicht gesagt worden ist, füge ich es hinzu, und zwar sozial gemischt.

(Beifall SPD)

Eine Schlussbemerkung von meiner Seite: Ich bin kein Freund von Strukturdebatten, weil ich glaube, oftmals versucht man, dahinter dieses Problem zu verschleiern, sich inhaltlich festzulegen. In so einem komplexen Fall wie der Innenstadt würde ich aber schon sagen, wenn ein zentraler Senatsbeauftragter, ein Innenstadtkümmerer dabei helfen kann, Knoten durchzuschlagen, dann sollten wir den Posten schnellstmöglich besetzen, denn wenn es uns gelingt, Knoten durchzuschlagen, dann, liebe Kolleginnen und Kollegen, wird es uns gelingen, die vielen tollen Funktionen, Räume und Schätze, die der Bremer Kern bietet, zu einer Innenstadt-Erlebniswelt zu verbinden, und dann kann es in Zukunft, jedenfalls nach einer Pandemie, wieder heißen: Ich will in die Innenstadt, lasst

uns da zusammen hingehen, da kann man den ganzen Samstag verbringen. Das muss, zumindest aus Sicht der SPD-Fraktion, unser Ziel sein. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Silvia Neumeyer.

Abgeordnete Silvia Neumeyer (CDU): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Tebje, die FDP bringt heute eine Große Anfrage ein – Sie haben vorhin gesagt, die CDU! – mit dem Titel „Die Zukunft der Bremer Innenstadt: Wohin geht die Reise?“. Das ist ein Titel, den ich recht ambitioniert finde, denn eigentlich müsste es heißen: Wann machen wir uns endlich auf den Weg?

(Beifall CDU)

Bremen ist eine der wenigen großen Städte Norddeutschlands. Wir haben einen wunderschönen kulturellen Innenstadtkern, wir haben den Dom mit dem Marktplatz, den Domshof, das Schnoorviertel, die Böttcherstraße. Eigentlich haben wir alles, was man braucht, um der Anziehungspunkt des Nordens zu sein. Doch statt überregional zu strahlen und Menschen aus dem Umland in Bremens Innenstadt zu ziehen, hat die jahrelange Untätigkeit der rot-grünen und heute rot-grün-roten Regierung dazu geführt, dass nicht einmal die eigenen Bürgerinnen, die Bremerinnen und Bremer, in ihre Innenstadt kommen. Diese Menschen haben Sie mit ihrer Tatenlosigkeit in die Flucht geschlagen, und das ist eine Schande.

(Beifall CDU)

Aber lassen Sie mich zum Inhaltlichen kommen, denn wir von der CDU wollen im Gegensatz zu anderen nicht nur meckern, nein, wir machen auch konkrete Vorschläge, und insbesondere zum Thema Innenstadt haben wir Ihnen mit den Jahren ganze Maßnahmenkataloge vorgelegt, angefangen bei unseren Innenstadtpapieren von 2012 und 2015! Schon im Jahr 2012 wollten wir von der CDU uns auf den Weg machen und eine Innenstadt entwickeln, die ein Zusammenspiel von Einkaufen, Wohnen, Arbeiten, Freizeit und Kultur ermöglicht. Diesen Weg wollten Sie damals nicht mitgehen. Stattdessen sind Sie stehen geblieben, und deswegen befinden wir uns seit zehn Jahren in einer Abwärtsspirale und debattieren seit zehn Jahren dieselben Missstände.

Deshalb könnte ich es mir an dieser Stelle eigentlich sparen, die Probleme unserer Innenstadt zu benennen, denn Sie alle wissen ganz genau, wie es um unsere City steht. Das Herz Bremens ist eine Geisterstadt. Ein Leerstand jagt den nächsten, und da wäre es im Übrigen tatsächlich einmal ganz spannend gewesen zu erfahren, wie sich die Leerstandsquote im Handel in den vergangenen Jahren entwickelt hat. Darauf konnte der Senat aber ja leider keine Antwort geben, wie man bei Frage 31 sieht.

Natürlich hängt die allabendliche leer gefegte Innenstadt auch damit zusammen, dass es dort zu wenig Wohnraum gibt. Das ist ebenfalls ein hinlänglich bekanntes Problem, das wir seit Jahren debattieren. Leider haben Sie bis heute keinen Plan, wie Sie dieses Problem lösen wollen. Das zeigen die Antworten des Senats zu Frage 20 und 22 ganz deutlich. Da wird nicht eine konkrete Maßnahme benannt, und den Verweis auf den Stadtentwicklungsplan Wohnen Bremen 2030 hätten Sie sich an dieser Stelle ehrlicher Weise sparen können, denn auch da wurden bereits im Jahr 2016 Maßnahmenempfehlungen diskutiert, die bis heute nicht umgesetzt wurden.

Warum kommt der Senat nicht endlich ins Handeln? Warum kann man nicht zum Beispiel die C&A-Immobilie am Hanseatenhof erwerben und gemeinsam mit der GEWOBA und Investoren Wohnraum in der Innenstadt entwickeln? Es wurde lange genug debattiert, jetzt muss der Senat endlich konkret werden.

(Beifall CDU)

Verstehen Sie mich aber nicht falsch, Frau Senatorin, und auch liebe Kolleginnen und Kollegen: Ich will mich hier nicht hinstellen und behaupten, dass gar keine Schritte zur Rettung der Innenstadt ergriffen wurden, denn es wurden mittlerweile, wenn auch sehr spät, Maßnahmen in die Umsetzung gebracht, so zum Beispiel die Concept Stores, und wir von der CDU sind auch ausdrücklich dafür, Neues auszuprobieren, um zu schauen, was funktioniert und was nicht. Ich will aber auch deutlich sagen, dass drei Concept Stores nicht ausreichen, um unsere Innenstadt zu retten. Was wir brauchen, ist ein nachhaltiges Konzept mit einem abgestimmten Maßnahmenpaket, das unsere Innenstadt mittel- und langfristig attraktiver macht. Das funktioniert nicht, indem man zwanghaft versucht, alte Stadtkonzepte am Leben zu erhalten, indem man Ladenflächen schlichtweg mietfrei vergibt, nein, man

muss sich schon die Mühe machen und sich anschauen, wie sich das Leben und die Wertvorstellungen der Menschen gewandelt haben. Die Leute, die heute in die Innenstadt gehen, wollen eben nicht nur einkaufen, sie wollen etwas erleben, denn muss man ein vielfältiges Angebot machen.

Die Innenstadt werden Sie auch nicht retten, indem Sie unkoordinierte Einzelaktionen durchführen und einmal hier und einmal da einen Farbklecks setzen. So wird das Bild einer lebendigen und modernen Bremer Innenstadt nie fertig. Die Maßnahmen und die Aktionen müssen Teil einer gesamtheitlich und in sich stimmigen Strategie sein, und beim Wort Farbklecks muss ich mir das Lachen bald verkneifen, da kommt einem wieder die glorreiche Idee der Wegweiser zur Innenstadt in den Sinn.

(Heiterkeit)

Davon sind mittlerweile auch nur noch Farbklecke übrig. Inwiefern sich diese unsinnige Einzelaktion in eine gesamtheitliche Strategie zur Rettung der Innenstadt eingliedern lässt, das müssen Sie mir noch einmal erklären.

(Beifall CDU)

Das ist politischer Aktionismus, das ist die Verschwendung wichtiger Gelder, das ist einfach nur peinlich, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU)

Solche Aktionen sind aber ja eigentlich nicht verwunderlich. Wie soll ein zusammenhängendes Konzept umgesetzt werden, wenn die Beteiligten es nicht einmal schaffen, ihre Zuständigkeiten zu klären? Die Verantwortung für die Innenstadt liegt teilweise bei der Wirtschaftsförderung, bei der CityInitiative, der Senatskanzlei oder beim Bauressort. Außerdem dürfen wir immer wieder Zeugen des Kompetenzgerangels zwischen dem Wirtschafts- und dem Bauressort sein. Seit mittlerweile über einem Jahr liegt zu unserer Innenstadt ein Antrag in der Baudeputation, weil sich diese beiden Ressorts nicht auf eine Befassung einigen können. Dass sogar die Grünen mit einem offenen Brief deutlich machen, dass ihnen die Entwicklung der Innenstadt zu lange dauert, spricht für sich. Gleichzeitig sind es, meine Damen und Herren, die Grünen, die seit über drei Legislaturperioden das maßgebliche Ressort für die Innenstadt steuern. Hier weiß also die rechte Hand endgültig nicht mehr, was die linke macht.

Deshalb fordern wir von der CDU Bremen: Klären Sie die Zuständigkeiten, und geben Sie endlich auf, unsere Forderung nach einem Innenstadtmanger zu boykottieren! Wir brauchen eine zentrale Person, die die Verantwortung übernimmt und die einzelnen Maßnahmen koordiniert. Das sind die Grundvoraussetzungen für eine zügige Innenstadtentwicklung. Legen Sie ein ganzheitliches, in sich stimmiges Konzept vor, und setzen Sie die Maßnahmen auch um! Wir haben zehn Jahre lang geredet, jetzt ist die Zeit, zu handeln, sonst ist es zu spät!

Drittens: Schaffen Sie endlich den Wohnraum, den wir so dringend für eine lebendige Innenstadt auch in den Abendstunden brauchen, und da müssen Sie einmal aus Ihrer Starre erwachen und aufhören, auf Investoren zu warten. Sie sind diejenigen, die auf Investoren zugehen müssen! Immerhin haben Sie sich mittlerweile einmal den einen oder anderen Punkt aus unserem aktuellen Innenstadtpapier zu Gemüte geführt. Darin haben wir von der CDU unter anderem gefordert, die Martinistraße zurückzubauen und zur Flaniermeile auszubauen, um endlich die Trennung zur Schlachte aufzulösen.

Dass Sie von der Koalition unseren Vorschlag nun zumindest testweise umsetzen wollen, finden wir begrüßenswert, und ich für meinen Teil bin sehr gespannt, ob unsere Senatorin Frau Dr. Schaefer dieses Projekt wie angekündigt unter Volldampf anpackt und der Testlauf im Mai startet.

(Beifall CDU)

Herr Wagner, Ihnen möchte ich noch sagen, die Nordbremer machen das noch ganz anders, sie fahren nach Bremen. – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Thore Schäck.

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Neumeyer, natürlich, die Frage hätte auch lauten können, wann machen wir uns auf den Weg, aber um mich auf den Weg zu machen, muss ich überhaupt erst einmal wissen, wohin die Reise geht, und um zu wissen, wohin die Reise geht, muss ich erst einmal wissen, wo ich überhaupt stehe

(Abgeordnete Silvia Neumeyer [CDU]: Das hätte man schon lange wissen müssen!)

und von wo es losgeht. Darauf zielte unsere Anfrage ab: überhaupt erst einmal herauszufinden, was für Zahlen, was für Daten, was für Fakten gibt es eigentlich.

Die Dauer der Beantwortung dieser Anfrage und auch die trotz der Dauer teilweise sehr überschaubaren Antworten haben ja noch einmal deutlich gemacht, dass selbst die Antwort auf diese erste Frage, wo wir eigentlich stehen und über was für eine Entwicklung über die letzten 20, 30 Jahre wir in bestimmten Bereichen reden, offensichtlich in manchen Themenbereichen gar nicht klar ist. Genau aus diesem Grund haben wir diese Anfrage gestellt, um überhaupt erst einmal eine Datenbasis zu haben, über die wir dann gemeinsam sprechen können.

Herr Kollege Bücking, ich habe in meiner Rede natürlich durchaus die Beantwortung dieser Anfrage gewürdigt. Sie können sich die Rede sicherlich im Nachgang noch einmal anschauen und werden das dann auch feststellen. Wir freuen uns auch darüber, wenn wir den handelnden Personen, dem Senat, dabei helfen konnten, jetzt endlich eine zwar immer noch sehr mäßige, aber zumindest irgendeine Form einer Datenbasis zu haben, auf der man aufbauen kann.

Sie haben in Ihrer Rede gesagt, dass Sie nach der Beantwortung der Anfrage und auch nach der Rede so ein bisschen ratlos waren, haben dann aber genau das gemacht, was ich in meiner Rede auch immer und immer wieder kritisiert habe: Sie haben ganz viele wunderbare fluffige Visionen von der Innenstadt gezeichnet, was Sie alles vorhaben, aber es hat wieder die Frage gefehlt, was passiert denn jetzt, und genau das ist das Problem.

Ich habe hier keine einzige Deadline gehört, ich habe bisher keinen einzigen Umsetzungsplan gehört, bei keiner Rede, die wir bisher hier von der Koalition gehört haben. Es waren wieder ganz große Visionen, ganz tolle Ideen. Das kann man machen, damit kann man anfangen, das ist auch gar nicht das Problem, aber dann muss man das ja herunterbrechen und sagen: Was bedeutet denn das? Welche Teilschritte müssen wir jetzt angehen, bis wann? Wer kümmert sich darum? Da kann man natürlich jetzt von Unterkomplexität sprechen, Herr Kollege Wagner, das kann man gern machen, aber das Problem ist ja, dass Komplexität zu fördern und immer weiter hochzuschrauben, nicht unbedingt dabei hilft, Probleme zu lösen, überhaupt nicht.

Natürlich hat man eine sehr konvexe Fragestellung, aber das Ziel muss natürlich sein, diese so weit in kleine Teilprojekte herunterzubrechen, dass man am Ende auch umsetzbare Maßnahmenpakete hat, die sehr konkret und möglichst nicht so komplex sind, denn sonst kommen sie nicht zur Umsetzung, und das ist letztendlich das Problem, das wir immer wieder haben: Auf der einen Seite haben wir diese ganz hohe Flughöhe, es werden irgendwelche Workshops gemacht, es werden irgendwelche Ideen, Gesamtkonzepte erstellt. Das ist auch alles in Ordnung, das kann man machen, aber diese sehr fluffigen, sehr freundlichen Pläne, die sehr netten Umschreibungen, wir wollen eine familienfreundliche Stadt, in der sich Menschen wohlfühlen, in die die Menschen nicht mehr müssen, sondern in Zukunft wollen – sie wollen in die Stadt fahren –, in Ordnung, das kann man alles machen, aber da ist noch keine konkrete Umsetzung dabei. Da ist noch keine konkrete Erläuterung dabei, wie das eigentlich am Ende aussehen soll und wie man diese sehr visionäre und schemenhafte Darstellung nachher so in Teilprojekte herunterbricht, dass man sie auch umsetzen kann.

Die zweite Flughöhe, die Sie einnehmen, ist dann letztendlich das sehr Konkrete, wo Sie dann sehr konkret – natürlich jetzt auch teilweise sehr panikgetrieben aufgrund der Coronamaßnahmen – irgendwo einmal hier ein bisschen Geld und da ein bisschen Geld für Einzelmaßnahmen einsteuern, aber für uns fehlt da wiederum der Zusammenhang, wie diese Einzelprojekte am Ende ein ganzes großes Bild ergeben. Das ist letztendlich klassisches Projektmanagement, die Verbindung von beidem, dass ich eine Idee davon habe, wo die Reise hingehen soll, das dann aber so weit in einzelne Aufgabenbereiche herunterbreche, in einzelne Aufgabenpakete, in einzelne Teilziele, konkrete Schritte, Deadlines, Kosten, Planungen, Ressourcenplanungen und so weiter, dass es dann auch umsetzbar wird.

Die große Herausforderung, die wir hier immer wieder sehen, ist, dass die handelnden Personen sich tatsächlich entweder in der oberen Ebene aufhalten und sehr fluffige Konzepte formulieren, die aber irgendwo auch da bleiben, und es wird gar nicht weiter heruntergebrochen, oder – und das ist die andere Ebene – dass man irgendwo einmal ein bisschen Geld investiert, kleine Einzelmaßnahmen umsetzt, aber die Verbindung dazwischen, die fehlt.

Sie sind auch sehr stark auf die Coronathematik eingegangen. Die Innenstadt entwickeln wir doch

jetzt nicht auf Basis der Coronaentwicklung! Das ist ein Teilaspekt, den wir mit berücksichtigen müssen, aber es wird auch eine Zeit nach Corona geben, und wir müssen die Innenstadtentwicklung deutlich größer denken als nur mit dem, was uns jetzt in den letzten zwölf Monaten begegnet ist. Deswegen ist die Frage für mich schon ein bisschen größer als irgendwelche Einzelmaßnahmen, die wir jetzt gerade im Aktionsplan Innenstadt debattieren.

(Glocke)

Das kann man machen, um das kurzfristig abzumildern, aber das ist nicht die Debatte, die wir hier eigentlich gerade führen sollten. – Vielen Dank!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Robert Bücking.

Abgeordneter Robert Bücking (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Gestern Abend, kurz vor dem Einschlafen, habe ich noch einmal zu meinem Laptop gegriffen und mir auf der Homepage der FDP ein 19-seitiges Papier in großen Buchstaben angesehen. Der Vorteil war, dass es in großen Buchstaben war, deswegen schaffte man es auch bis zum Ende.

(Abgeordnete Silvia Neumeyer [CDU]: Und, konnten Sie danach schlafen?)

Ich wollte herausbekommen, was man da lernen kann, und ich will es wirklich ehrlich sagen: Zunächst einmal ist dieses Papier eine Liebeserklärung an unsere Innenstadt, beschwört noch einmal alle ihre Qualitäten und sagt, welche Bedeutung das für Bremen als Ganzes hat. Den Abschnitt finde ich richtig, und ich finde ehrlich gesagt, wir sollten alle zusammen auf dieses unglaubliche Pfund, das unsere kleine Hansestadt hat, positiv Bezug nehmen, wenn wir von der Krise sprechen. Das ist, glaube ich, eine Voraussetzung, und da, Herr Schäck, bin ich an Ihrer Seite.

Dann allerdings zu behaupten, Sie hätten es geschafft, dieses Problem der Komplexität zu lösen und zwischen der hohen Flughöhe und dem mühsamen Herumlaufen auf dem Fußweg eine Brücke zu schlagen oder was immer das ist, eine Himmelsleiter aufzustellen, da kann ich Ihnen kein Kompliment machen. Ich möchte eine Stilblüte vorlesen, da heißt es: „Ein holistischer Ansatz mit der Devise, einfach einmal zu machen, statt zu zögern, zeigt

und sorgt für Sicherheit und Akzeptanz. Damit, dürfte man sagen, ist ein großer Teil unserer Probleme gelöst.“ Dann schaut man weiter nach, wie denn dieser holistische Ansatz quasi direkt in die Wirklichkeit kommt, und dann wird es konkret.

Da fällt der FDP ein – ich zähle einmal ein paar Sachen auf –: Überdachung der wichtigsten Flaniermeile, nicht etwa von dem Carport, sondern der wichtigsten Flaniermeile. Überdacht! Jetzt einmal im Ernst: Einfach einmal zu machen ist jetzt nicht im Angebot, oder? Das ist erstens auf privaten Parzellen, links und rechts steht ein Haus, das gehört irgendjemandem, den muss man vorher fragen. Das kann man nicht einfach einmal machen, und ob es vernünftig ist, steht noch auf einem anderen Blatt.

Dann fällt Ihnen noch etwas ein: Sonntagsöffnung! Alles klar! Sie kennen aber so ein bisschen die Gesetzeslage, oder? So einfach ist das nicht! Da muss man sich mit den Gewerkschaften verständigen, mit den Kirchen, das steht so im Gesetz. Dumme Sache, so einfach läuft es nicht! Wir sind froh, wenn wir über das Jahr hinweg vier Sonntagsöffnungen hinbekommen. Dann ist Ihnen noch eingefallen, weil Sie schon einmal in Freiburg waren, so ein kleines Bächlein, das wäre doch auch etwas in Bremen, nämlich die Balge. Die könnte man wieder, und auch noch so, dass man da nicht hineinfällt – – .

(Abgeordnete Lenke Wischhusen [FDP] meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Glocke)

Nein, jetzt müssen Sie noch einen ganz kurzen Moment warten, weil es mir gerade so viel Spaß macht!

(Heiterkeit Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt einmal im Ernst: Und dann stellen Sie sich hier noch hin und sagen, der Senat muss einmal für Flagship Stores sorgen. Mir fällt es schon schwer, das Wort auszusprechen, aber das würde ich noch lernen. Nur die Vorstellung, dass der Senat das kann: Herrgott, Sie sind von der FDP! Sie haben sich doch für den Markt entschieden und das freie Unternehmertum. Das macht doch nicht der Senat!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Ich glaube, Herr Schäck, jetzt einmal im Ernst: Wir, das gebe ich zu, sind zu langsam, wir bekommen auch manches nicht an den Boden. Das ärgert mich

im Übrigen auch sehr, aber so, wie Sie das anlegen, bekommen Sie die Sache nicht geändert.

(Glocke)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Sind Sie bereit, eine Zwischenbemerkung oder Zwischenfrage der Abgeordneten Lenke Wischhusen zu gestatten?

Abgeordneter Robert Bücking (Bündnis 90/Die Grünen): Ja, selbstverständlich!

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Bitte, Frau Wischhusen!

Abgeordnete Lenke Wischhusen (FDP): Liebe Frau Präsidentin, lieber Herr Bücking! Meine Frage ist tatsächlich, ob Sie nicht der Auffassung sind, dass sich konstruktive Oppositionsarbeit daraus ableitet, einmal ein paar Vorschläge zu machen, um darüber zu diskutieren, und ob Sie es angemessen finden, diese jetzt hier in einem möchtechern-süffisanten Beitrag komplett zu zerstören.

Abgeordneter Robert Bücking (Bündnis 90/Die Grünen): Sie fragen mich, ob ich mich in dieser Angelegenheit angemessen finde!

(Heiterkeit)

Das geht jetzt so ein bisschen auf den Kern. Ehrlich gesagt, ich schätze Herrn Schäck wirklich, und ich finde, dass diese kleine Fraktion sich wirklich Mühe gibt, diese Dinge zu Papier zu bringen, um das wirklich noch einmal zu sagen. Ich finde auch, man kann diesen Text im Detail zu einer Fundgrube von vielen Verabredungen machen, aber um Himmels willen, das, was ich vorgelesen habe, steht darin, und darüber habe ich mich gar nicht lustig gemacht. Sie haben von allein gelacht!

(Heiterkeit – Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Ich habe nur noch ein paar Sekunden Redezeit. Ich hätte sehr viel Lust gehabt, noch auf Herrn Wagner einzugehen und die Vertiefung der ökonomischen Analyse. Mein wesentlicher Gedanke, den ich da immer wieder vortrage, ist: Der Innenstadt ist am meisten gedient, wenn sie sich intensiv mit den umliegenden Stadtteilen vernetzt.

(Glocke)

Diese 200 000 Menschen, die da rund um die Innenstadt herum leben, sind das größte Pfund für die Entwicklung von Urbanität, die das Wesentliche

ist, um im Wettkampf mit dem Onlinehandel zu bestehen, und deswegen werben wir auch für allerlei Verkehrsprojekte, die das leichter machen würden, wenn man das Blech aus dem Weg schafft. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ralf Schumann.

Abgeordneter Ralf Schumann (DIE LINKE): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich komme zu später Stunde doch noch einmal auf die Idee, hier als Zugereister zu sprechen, weil ich eigentlich aus dieser Runde eines vermisste, nämlich dass aus diesem Parlament auch einmal ein bisschen Optimismus für die Stadt beschrieben wird. Ich bin Zugereister, und ich finde, Bremen ist eine schöne Stadt, und ich wohne seit 40 Jahren in dieser schönen Stadt.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Wenn man den Tourismus sieht, dann wissen wir ja, dass viele Menschen hier nach Bremen kommen, um die wunderschönen Sachen in der Böttcherstraße, auf dem Marktplatz, an der Schlachte mitzerleben.

Wir erleben ja immer, das haben auch meine Vordredner gesagt, dass wir ein großes Problem mit dem Handel haben, und da wünsche ich mir auch einmal eine kleine Nabelschau, woran das denn liegt, auch einmal Nabelschau auf die Klientel, nämlich auf den Handel in den letzten 20 Jahren. Warum ist denn der unternehmensgeführte Handel hier in Bremen immer weniger geworden? Warum sind denn die guten Geschäfte aus der Sögestraße und aus der Obernstraße hinausgegangen? Das lag doch daran, dass Ihre Klientel teilweise viel zu hohe Mieten verlangt und dadurch dort eine Verdrängung stattgefunden hat, somit nur noch Filialisten in diese Stadt hineingekommen sind und das den Wert, einzukaufen, erheblich nach unten gebracht hat. Das muss man doch auch einmal sagen.

(Beifall DIE LINKE – Präsident Frank Imhoff übernimmt wieder den Vorsitz.)

Dann schaut man immer wieder auf die Politik, und ich sage Ihnen auch einmal ganz deutlich: Ich bin als Politiker nicht der Unternehmensberater des Einzelhandels. Die müssen auch einmal aktiv werden, und dann sieht man, dass er da in der Marti-

nstraße in Streit geriet. Jeder, der Stadtentwicklung macht, weiß, dieses Gut Weser hat ja nicht jede Stadt, dieses Wasser, dieses Wunderschöne, das sich dort in den Jahrzehnten gebildet hat. Die Innenstadt da hineinzubringen, dass man das nicht voranbekommt, weil man sich da, sage ich einmal, die Köpfe heißredet, ob Einbahnstraße oder nicht Einbahnstraße, ob eine Straßenbahn von der Obernstraße in die Martinstraße: Es gibt ewige Diskussionen, und man kommt nicht weiter, und dann stellt man sich hier bräsig in diese Bütt hinein und sagt, ihr schafft das hier alles nicht. So geht das doch bitte sehr auch nicht!

Letzter Satz: Was mich verwundert hat, ist die Kreativität des Handels. Ich habe da in irgendeinem VEP-Beirat, glaube ich, gelernt, dass die Menschen früher in die Stadt gegangen sind und vor Schaufenstern gestanden haben. Daran kann ich mich auch noch erinnern, als ich ein kleiner Steppke war, ich habe vor 40 Jahren mit meinen Eltern auch vor dem Schaufenster bei Karstadt gestanden. Nun läuft das aber mit den Schaufenstern heute nicht mehr, die Leute schauen nicht mehr in die Schaufenster. Da habe ich mich so als Laie gefragt: Aber die Schaufenster sind da, warum hat denn der Einzelhandel nicht einmal eine Idee, mit den Schaufenstern etwas zu unternehmen, womit man die Menschen ein bisschen durch Interaktionen oder durch irgendwelche anderen Sachen begeistern kann, anstatt dort nur Kleider hineinzuhängen?

Alles in allem wünsche ich mir, dass wir gemeinsam nach vorn sehen, dass wir die Stadt nicht schlechtreden. Ein Koordinator kann da der richtige Weg sein, wenn es eine gute Persönlichkeit ist, die gut vernetzt ist, die gut Projekte organisieren kann, denn das wird ein Puzzle sein. Es wird ein Puzzle von mehreren Projekten sein, und da kann ein Koordinator der rote Faden sein. Das ist sicherlich wichtig.

Abschließend muss uns auch bewusst sein, das ist in den letzten Jahren vielleicht in Vergessenheit geraten und nicht richtig betrachtet worden: Innenstadtentwicklung ist ein Dauerthema, und es bleibt ein Dauerthema, es bleibt eine Daueraufgabe. Da kann man nicht einmal eben in einem Jahr Millionen Euro hineinstecken und der Meinung sein, man könne sich 20 Jahre lang zurücklehnen. Das wird nicht funktionieren. Insofern müssen wir auch anders denken, und ich hoffe, dass wir gemeinsam die Nachricht nach außen bringen, dass wir das wollen, gemeinsam wollen, Ärmel hochkrempeln und gemeinsam wollen. Da würde ich mich freuen,

wenn man das einmal machen würde und nicht alles schlechtredet. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Frank Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich fange vielleicht einmal so an: Herr Schäck, Sie haben die Große Anfrage beziehungsweise deren Beantwortung gewürdigt und sich auch bedankt. Ich war trotzdem erstaunt, dass Sie dann von überschaubaren Antworten sprechen. Ich habe das Werk noch einmal hier: Sie haben 53 Fragen gestellt. Wir haben auf insgesamt 48 Seiten geantwortet, das ist fast eine Seite pro Frage, und da kann man nicht sagen, es ist eine überschaubare Antwort. Es hat viel Arbeitskraft in mehreren Ressorts gebunden, und ehrlich gesagt haben wir das nicht gemacht, weil wir eine gute Datengrundlage brauchten – die haben wir nämlich –, sondern weil wir Ihnen diese Datengrundlage auch noch einmal näherbringen wollten, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Dann möchte ich vielleicht auch noch einmal etwas zu Ihnen sagen, Frau Neumeyer! Sie haben ja viel kritisiert, und man hatte bei Ihrem Redebeitrag das Gefühl, Bremen hat aber auch wirklich nur auf Sie und die CDU und ihre Vorschläge gewartet, weil vorher keiner Ahnung hatte. Sich hier aber hinzustellen und zu sagen, wir haben hier die ganzen Jahre nichts gemacht, und die Menschen laufen aus der Innenstadt weg, und zeitgleich eine Waterfront hingesetzt zu haben, die wirklich Kaufkraft aus der Innenstadt abgezogen hat, das finde ich hier ehrlich gesagt auch bemerkenswert!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Wenn man sich, Herr Schäck, hier dann hinstellt und sagt, wir wissen ja gar nicht, was die Innenstadt ist, dann frage ich mich, wie intensiv Sie die 53 Antworten gelesen haben. Hier ist sogar eine Skizze darin, was wir unter der Innenstadt verstehen, und wenn man sich die Mühe macht, die Fragen zu stellen, dann sollte man auch die Antworten intensiv lesen. So viel vielleicht jetzt einmal als Kommentierung!

Was kann man lernen? Die Innenstadt hat Sonnenseiten, die sind hier auch schon benannt worden,

das ist das Rathaus, der Marktplatz, der Schnoor, die Böttcherstraße und, Herr Schäck, die Schlachte, weil Sie gesagt haben, in den letzten Jahren wäre nichts passiert. Die Schlachte ist entwickelt worden, und es ist ein wahres Pfund in dieser Innenstadt. Es gibt aber eben auch Schattenseiten, und das ist ganz sicherlich die Obernstraße, das ist ganz sicherlich die Martinstraße, große Häuserschluchten, in denen wir in der Tat gerade ein Ladensterben erleben, aber wo wir auch feststellen – so geht es mir in der Innenstadt, die ich wirklich wunderschön finde –, dass ab 19:00 Uhr nichts mehr los ist. Warum ist da nichts mehr los? Weil da keiner lebt, weil es dort auch zu wenig Restaurants im eigentlichen Kern gibt, weil es zu wenig Angebote für junges Leben gibt! Das sind die Schattenseiten.

Jetzt ist es aber auch nicht so, dass das ein Bremer Spezifikum ist. Wir tun ja heute in der Debatte so, als ob die Innenstadt in Bremen die einzige Innenstadt in ganz Deutschland wäre, die in einer Krise ist. Nein, so ist es nicht! In allen Kommunen, in allen Städten werden diese Debatten gerade geführt. Die „WirtschaftsWoche“ hat sich dem Thema gewidmet, und viele andere Zeitschriften auch. Warum? Weil es eine neue Dynamik des Wandels gibt, nicht nur in der Bremer Innenstadt, sondern in vielen Innenstadtstädten, durch Online, durch Corona jetzt aber auch noch einmal vorangetrieben!

Ehrlicherweise nehme ich mich jetzt nicht aus. Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, wie Sie in den letzten vier Monaten eingekauft haben, aber ich wette, dass die meisten von uns auch online bestellt haben, und wenn man sich erst einmal daran gewöhnt hat, was es alles im Internet zu kaufen gibt, wie groß das Angebot ist, dann wird es umso schwieriger sein, die Kundinnen und Kunden auch wieder zurück in die Innenstädte zu bekommen.

Selbstverständlich gibt es von meiner Seite hier ein ganz klares Bekenntnis zur Bremer Innenstadt. Das gilt nicht nur für mich als Senatorin, das gilt für den gesamten Senat. Im Übrigen, Frau Neumeyer, gibt es da nicht diese Ressortegoismen mit SKUMS oder SWAE. In den meisten Sitzungen oder bei den Treffen mit den Investoren sitzen wir zusammen an einem Tisch und arbeiten extrem konstruktiv und gut zusammen. Deswegen gibt es das klare Bekenntnis vom Senat, aber auch von den Fraktionen und der Stadtgesellschaft.

Eines möchte ich auch sagen: Die Bremer Innenstadt ist von herausragender Bedeutung für die Geschichte, für die Gegenwart, für die Zukunft, aber

auch für die Region und für die Metropolregion. Das steht außer Frage, und das wird in vielen Aktivitäten des Senats deutlich dokumentiert, ob es das vertiefte Innenstadtkonzept oder der VEP-Prozess ist.

Wie integriert sie auch zusammenarbeiten, haben wir Ihnen in der letzten oder in der vorletzten Woche in der Deputation ja auch noch einmal gezeigt. Es gab den Innenstadtgipfel, also es wird intensiv an diesem Thema gearbeitet, meine Damen und Herren. Wir haben ein zukunftsfähiges Konzept für die Entwicklung unserer Innenstadt, das wir auch regelmäßig überprüfen, wo wir auch nachsteuern. Insofern kann von Ideen- oder Konzeptlosigkeit hier nicht die Rede sein, sondern es ist wirklich ein reflektiertes Handeln, und dazu gehört natürlich auch der Diskurs – auch der Diskurs, den wir heute hier führen, den wir in der Deputation führen – über den richtigen Weg. Allerdings führt das auch nicht zum Stillstand, sondern zur Innovation.

Die Bremer Innenstadt hat das Potenzial für die zukunftsfähige Metropole im Nordwesten Deutschlands. Was ist hier Potenzial? Manchmal ist es auch gut, eine kleine Innenstadt zu sein. Warum? Das haben uns auch Gutachter auch immer wieder beim Innenstadtgipfel bescheinigt: Es ist gut, weil es vielfältig ist, weil es kleinteilig ist und weil es fußläufig ist, und das sind gute Ausgangsbedingungen, gerade auch in so einem Wandel. Der Senat geht diesen Veränderungsprozess als Gemeinschaftsaufgabe und mit verschiedenen strategischen Maßnahmen und Konzeptbündeln an, es gibt einen Masterplan.

Jetzt will ich auch noch einmal etwas sagen, auch in Richtung der CDU: Sie haben es in der Deputation kritisiert, aber auch vorhin noch einmal, nämlich die kurzfristigen Maßnahmen. Ich habe es in der Deputation erklärt, ich erkläre es aber auch gern hier noch einmal: Wir unterscheiden zwischen kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen. Die kurzfristigen Maßnahmen, das war sozusagen auf dem Innenstadtgipfel angestoßen ein Aktionsprogramm Innenstadt mit über 13 Millionen Euro. Das hat nicht die Aufgabe, die Innenstadt zu retten. Es ist nach dem ersten Lockdown aufgelegt worden, wo wir gemerkt haben, die Menschen fehlen in der Innenstadt. Die Geschäftsleute haben gelitten, weil die Geschäfte längere Zeit geschlossen hatten, und es sollte helfen, die Kundinnen und Kunden mit bestimmten Aktionen wieder in die Innenstadt zurückzuholen.

Da hatte ehrlicherweise im Sommer letzten Jahres noch keiner geahnt, dass es einen zweiten Lockdown gibt, dass es einen dritten Lockdown gibt, dass wir immer noch im Lockdown sind, aber mit diesen kurzfristigen Aktionen – wenn es die Piketogramme waren, wenn es das Anstrahlen von Gebäuden war – hatten wir die Intention, die Menschen überhaupt noch an die Innenstadt zu erinnern, in die Innenstadt zu führen und Kundinnen und Kunden wieder in die Innenstadt zurückzuholen. Ja, das ist Aktionismus, aber es war auch angebrachter Aktionismus.

Dann gibt es mittel- und langfristige Aktionen, das ist das Innenstadtkonzept, das durch mein Ressort, durch die Wirtschaftsministerin und die Handelskammer gemeinsam über das konzeptionelle Grundgerüst entwickelt wurde. Das wird flankiert durch den Verkehrsentwicklungsplan, und das wird gerade auch aktualisiert, das wissen Sie, es arbeitet integriert zusammen. Dabei spielen natürlich ökonomische, ökologische, gesellschaftliche und coronabedingte Veränderungen und veränderte Rahmenbedingungen eine wichtige Rolle. Es gab bestimmte Sonderformate. Es gab den Innenstadtgipfel, es gab die Ideenmeisterschaft 2018, es gab die Table Talks, also es ist doch nicht so, dass wir erst in der letzten Woche angefangen haben, uns über die Innenstadt Gedanken zu machen, sondern es gibt doch gerade auch Beteiligungsprozesse, die ganz wichtig sind.

Was sind die wichtigen Großprojekte und Meilensteine für die Bremer Innenstadt? Das ist das Sparkassenareal. Da haben wir gerade eine Situation, dass wir mehr Interessenten haben als eigentlich Platz, durch die Hochschule, durch die Uni, durch öffentliche interessierte Nutzerinnen. Wir haben das Balgequartier, die geplanten Entwicklungen rund um das Parkhaus Mitte. Da sitzen wir regelmäßig fast alle zwei Wochen mit den Investoren zusammen, und zwar das Wirtschaftsressort, die Senatskanzlei und wir, Hand in Hand, um mit den Investoren weiterzuplanen – Galeria Kaufhof –, und dass es auch einmal unterschiedliche Vorstellungen hinsichtlich der Größenordnungen oder des Nutzungsmixes gibt, ist bei solchen Aushandlungsprozessen ehrlich gesagt auch normal und auch notwendig. Es geht um die Bremer Innenstadt, es geht auch um Fragen des Denkmalschutzes. Wir haben hier ein Weltkulturerbe, das müssen wir berücksichtigen, aber ich glaube, wir sind uns alle einig, es geht um, die Bremer sagen ja gern immer, Bremens gute Stube, und wie wir das zukunftsfähig aufstellen können.

Ich war vor Kurzem bei einer Veranstaltung, da hat ein Neubremer gesagt, Bremen finde ich total schön, und die Innenstadt ist doch das Wohnzimmer. Dann dachte ich: Das ist witzig, die Bremer sagen ja immer die gute Stube. Ich finde Wohnzimmer fast ein bisschen sympathischer, und ich erkläre auch, warum: Die gute Stube, das habe ich gelernt, ist, wenn die Verwandtschaft am Wochenende kommt, und dann leitet man sie in die gute Stube, wo sonst aber keiner während der Woche sein kann. Ein Wohnzimmer ist, wo man jeden Tag ist und wo man lebt, und ich glaube, darum geht es: die Innenstadt mit Leben zu füllen.

Dafür braucht es, meine Damen und Herren, einen guten Beteiligungsprozess. Es dürfen nicht immer nur die Gleichen mitreden, wenn es um die Zukunft der Innenstadt geht. Die Akteure sind wichtig, das will ich überhaupt nicht in Abrede stellen, die Handelskammer, die CityInitiative, die Investoren. Wir haben mit den Investoren – meine Staatsrätin sitzt ja hier gerade – einen Investorengipfel durchgeführt, den wir jetzt auch regelmäßig etablieren, bei dem wir uns mit allen Investoren aus ganz Bremen, die nicht nur für die Innenstadt, sondern für die gesamte Stadt wichtige Projekte durchführen, regelmäßig austauschen. Wir haben mit ihnen einen Gipfel gemacht, und wir reden mit ihnen: Was ist eigentlich ein guter Mix?

Mir ist es wichtig, noch einmal die Beteiligungsprozesse anzusprechen, denn natürlich sind das die wichtigen Akteure, aber wenn wir die Innenstadt attraktiv und zukunftsfähig machen wollen, dann kann es nicht sein, dass da nur, mit Verlaub, ältere Männer sitzen, Frauen schon wirklich nicht mehr repräsentiert sind, unterrepräsentiert sind in diesem – –. Herr Bücking, Sie schütteln den Kopf,

(Zuruf Abgeordneter Robert Bücking [Bündnis 90/Die Grünen])

aber in diesen Sitzungen ist es so. Ehrlich gesagt, wenn da fünf Frauen sitzen und 30 Männer, dann, finde ich, repräsentiert das schon nicht richtig die Gesellschaft. Wenn da die jungen Menschen in diesen Prozessen fehlen, dann glaube ich auch nicht, dass die Ideen auf den Tisch kommen, die man braucht, damit junge Menschen sich vor allen Dingen von der Innenstadt wieder angezogen fühlen, und deswegen braucht es eben auch andere Beteiligungsformate. Die machen wir gerade, die führen wir durch, damit sich alle Menschen, alle Bremerinnen und Bremer, egal, ob jung oder alt, egal, ob Mann oder Frau, mit ihren Interessen, mit ihren Vorstellungen da einbringen. Nur so können wir

das auch zukunftsfähig gestalten, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Dann möchte ich noch einmal auf die Definition Innenstadt hinweisen. Ich habe das Bild gezeigt, aber es ist richtig, die Innenstadt steht in einer engen Beziehung zu angrenzenden Stadtteilen wie der Neustadt und dem Viertel, und deswegen ist es immer wieder wichtig, dass wir uns da genau die ansehen, die gut funktionieren. Das sind ja Stadtteile, die leben. Da wohnen Menschen, da sind viele junge Menschen, und da müssen wir auch schauen, wie bekommen wir hier den Sprung zum Teil auch von der Neustadt über die Weser in die Innenstadt, zum Beispiel mit Angeboten aus der Wissenschaft für die Uni, für die Hochschule. Die Hochschule hat ja schon den Sprung über die Weser geschafft, weil sie Etagen beim Bettenhaus Wührmann angemietet hat. Da sieht man, wie wichtig das ist, damit eben auch diese beiden angrenzenden Stadtteile – –. Findorff gehört für mich eigentlich auch dazu und muss auch mitgedacht werden: Wie können wir hier sinnvolle Synergien schaffen?

Wir haben trotz der aktuellen Krise gute Startbedingungen. Unsere Innenstadt ist heute schon multifunktional, sie fokussiert nicht ausschließlich und primär auf Handel, und sich nur darauf zu besinnen und zu schauen, wie kann man den Status quo erhalten, das wäre, glaube ich, fatal. Die Innenstädte werden sich wandeln, und deswegen muss man sich auch wirklich auf den Weg machen. Vor einigen Jahren wurde es als größtes Defizit angesehen, dass wir kein innenstädtisches Shoppingcenter haben. Ehrlich gesagt ist das heute eigentlich eher gut, aber wenn wir uns ansehen, wie die Innenstädte, und zwar nicht nur in Bremen, sondern auch sonst aufgestellt sind: Welche Geschäfte sind denn dort? Es sind meistens Ketten.

Es ist heute schon fast egal, ob man in Bremen oder in Hannover oder Hamburg oder sonst wo, vielleicht sogar in Groningen oder woanders einkaufen geht. In Groningen gibt es witzigerweise auch noch viele interessante kleine Geschäfte, aber fast überall gibt es die großen Ketten, und das hat etwas mit dem Mietpreisgefüge zu tun. Wenn die Mieten extrem hoch sind – und das waren sie in Bremen, Robert Bücking hat gerade schon auf den Mietpreisverfall hingewiesen –, dann ist das ein Problem, weil sich dort nämlich nicht mehr kleine individuelle Geschäfte ansiedeln können. Deswegen reicht es nicht, sich nur Gedanken zu machen, was wir alles ändern können.

Ich will noch einmal etwas zu konkreten Projekten sagen! Der ZOB wird gebaut, das City Gate ist gebaut worden. Wir sitzen ganz aktuell an Planungen für die Domsheide, die schon ziemlich weit fortgeschritten sind. Die Martinstraße wird umgebaut, und mit Verlaub, Frau Neumeyer, das ist nicht eine Idee der CDU gewesen. Diese Idee, die Martinstraße zurückzubauen, hatten, glaube ich, viele, aber ich freue mich, wenn da jetzt auch alle an einem Strang ziehen. Insofern haben wir konkrete Projekte, die wir in der Vergangenheit umgesetzt haben. Wir haben konkrete Projekte, die wir derzeit gerade auch planen, aber es macht eben auch Sinn, noch einmal über die Mobilität nachzudenken, wie bekommen wir den individuellen Kfz-Verkehr möglichst aus der Innenstadt, nicht nur wegen des Aspekts des Klimaschutzes, sondern auch, um die Aufenthaltsqualität zu erhöhen.

Meine Damen und Herren, Sie sehen, es gibt viele Aspekte, die wir berücksichtigen müssen. Die Innenstadt ist einmalig, sie ist von besonderer Bedeutung für unsere Stadt, unser Land und den Nordwesten. Neben der Innenstadt gibt es aber auch noch andere Stadtteilzentren, Zentrum Vegesack, die dürfen wir bei diesen Debatten auch nicht aus dem Blick verlieren.

Zum Schluss möchte ich auch noch einmal sagen, liebe Abgeordnete der FDP, es hat viel Arbeit gekostet, diese Fragen zu beantworten, es bindet auch viel Arbeit von Mitarbeitenden, die eigentlich auch an den Innenstadtkonzepten und -planungen arbeiten, aber ich möchte an dieser Stelle deswegen auch Danke an alle sagen, die an der Beantwortung dieser Mammutanfrage beteiligt waren. – Ihnen danke ich für die Aufmerksamkeit!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats mit der Drucksachen-Nummer [20/398 S](#) auf die Große Anfrage der Fraktion der FDP Kenntnis.

Sicherheitsgefühl stärken – Stadtbild attraktiver machen: Anti-Graffiti-Initiative für Bremen!
Antrag der Fraktion der FDP
vom 18. Februar 2021
(Drucksache [20/410 S](#))

Wir verbinden hiermit:

Illegale Graffitis in der Stadt entfernen!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 23. März 2021
(Drucksache [20/426 S](#))

Dazu als Vertreterin des Senats Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Birgit Bergmann.

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Seit zwölf Jahren nenne ich diese soziale, weltoffene, wunderschöne Hansestadt meine Heimat, und weil ich sie liebe, schmerzt mich die Beobachtung, dass, aus dem Viertel wachsend, die Stadtteile zunehmend mit Text, Markierungen, Zeichen, Übersprühungen oder sonstigen politischen Statements überschwemmt werden.

Ich spreche nicht von legaler Graffitikunst, die ja auch die Fassade unseres Fraktionsgebäudes ziert, sondern davon, dass unsere Kinder in einer mit illegalen Graffitis besprühten Stadt aufwachsen, von denen viele hässlich, beleidigend und demokratiefeindlich sind. Viele Graffitis, ebenso wie Fassadenschmierereien, fügen Bremen wirtschaftlichen, finanziellen und touristischen Schaden zu. Das Problem muss endlich zur Chefsache werden, das Stadtbild als gesamtstädtisches Problem ernst genommen und angegangen werden. Wir lassen uns das als Stadt nicht länger gefallen, denn das Ganze ist hochgradig unsozial.

In der letzten Sitzung des Petitionsausschusses nahmen die Ressorts Stellung zu einer von über 600 Bürgerinnen und Bürgern unterzeichneten Petition,

(Abgeordneter Claas Rohmeyer [CDU]: Die übrigens immer noch in der Beratung ist!)

die dasselbe Grundanliegen atmet.

Ihre Initiatoren sind übrigens stellvertretend anwesend. – Herzlich willkommen!

Im Petitionsausschuss wies die Innenbehörde darauf hin, dass es bei der Polizei keine Sonderkommission „Graffiti“ mehr gebe, weil die Graffitis ein Dauerproblem geworden sind. Die Ressortvertreter von Bau und Umwelt, Bremer Stadtreinigung, Stadtgrün Bremen, Immobilien Bremen und die

Kulturdeputation, sie alle machten deutlich, sie tun im Rahmen der finanziellen Mittel, die sie haben, was sie können, aber die Mittel seien zu gering, der Vandalismus zu groß, und im Übrigen fehle es an Ermächtigung. Letzteres macht deutlich, warum unsere Stadt aussieht, wie sie aussieht. Als FDP-Fraktion stellen wir heute einen Antrag für ein Bremer Anti-Graffiti-Konzept, um illegalen Graffiti-schmierereien den Garaus zu machen. Ganz bewusst legen wir kein fertiges Konzept vor, sondern wir wollen anstoßen, Impulse geben, zusammenrufen, auffordern.

Bei der Recherche zum Thema stieß ich auf die Stadt Pforzheim, die mithilfe eines sogenannten Anti-Graffiti-Mobils illegale Graffiti schnell, fachmännisch und kostenfrei entfernt. So ermöglicht dort eine spezielle Technik, dass nur der besprühte Bereich neu gestrichen werden muss, und das spart natürlich Zeit, Geld und Ressourcen. Ausgeführt wird die Arbeit von straffälligen Jugendlichen im Rahmen von gemeinnützigen Arbeitsstunden, zu denen sie das Gericht verurteilt hat. Dabei werden sie von professionellen Malern und Lackierern begleitet, und im Idealfall müssen die erwischten Sprayer den von ihnen verursachten Schaden selbst beseitigen.

Ich kenne eigentlich keine wirkungsvollere Art der Wiedergutmachung und auch der Prävention. Auch für die manchmal ja recht jungen Täter ist es eigentlich ein Glück, wenn sie auf dem Weg der Wiedergutmachung um die teilweise ja sehr hohen Schadensersatzansprüche der Geschädigten herumkommen. Das notwendige Material zum Entfernen, Neustreichen und so weiter wird ausschließlich durch gerichtlich verhängte Geldauflagen und Spenden eingeworben, und der städtische Haushalt wird dadurch nicht zusätzlich belastet. Eigentümer, deren Fassaden und Wände durch Graffiti beschmiert wurden, füllen ein städtisches Formular aus und bleiben nicht auf den Kosten sitzen, wenn Täter nicht ermittelt werden oder diese nicht solvent sind.

Zu unserer großen Freude hat sich nach unserer ersten Kontaktaufnahme die Kreishandwerkerschaft direkt mit der Stadt Pforzheim und der dortigen Polizei in Verbindung gesetzt und sich erkundigt, wie Pforzheim das Problem für sich löst. Den Schmerz über den äußeren Zustand unserer Stadt teilt die lokale Handwerkerschaft von Herzen. Wenn heute das Signal aus der Politik kommen sollte, sind sie gern bereit, über ein für Bremen passendes Modell weiter mit nachzudenken. Es gibt

Ideen, und wir empfehlen daher, für eine Ausgestaltung des Konzepts die Kreishandwerkerschaft und die Maler- und Lackiererinnung Bremen, Polizei und Justiz in die Erstellung des Konzepts mit einzubeziehen. Ob Ausweisflächen nach dem, was wir vorher gehört haben, mit zum Konzept gehören, vielleicht, ich habe nichts dagegen. Für mich ist es im Grunde ein anderes Thema, aber es geht nicht grundsätzlich um Graffiti.

Eines muss ich aber noch einmal betonen: Wir lassen uns illegale Farbergüsse nicht länger gefallen! Wir lieben unsere Stadt, und wir wollen ein sauberes, schönes und sicheres Bremen, in dem wir und unsere Gäste uns gern aufhalten und wohlfühlen. In diesem Sinne bitten wir darum: Lassen Sie uns gerade jetzt ein gemeinsames und starkes Signal an die Bürger unserer Stadt senden, und stimmen Sie unserem Antrag zu! – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall FDP)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Marco Lübke.

Abgeordneter Marco Lübke (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst möchte ich für uns als CDU-Fraktion deutlich machen und definieren, worüber wir reden: Es geht um Graffiti. Das ist ein Sammelbegriff, er bezeichnet im Allgemeinen die Kunst, mit verschiedenen Techniken, oftmals mittels Spraydosen, Schriftzüge, Bilder und Zeichen auf Oberflächen zu erstellen, in der Regel an Fassaden von Gebäuden. Liegt für ein solches Bildnis keine Erlaubnis vor, handelt es sich um eine illegale Farbschmiererei.

Ich möchte für die CDU-Fraktion ganz deutlich sagen, dass wir gegen illegale Graffiti sind, die natürlich eine Straftat darstellen.

(Beifall CDU)

Noch schlimmer finden wir, wenn dabei politische Botschaften gesetzt werden, die deutlich unter die Gürtellinie gehen, egal, aus welchen Motivationen heraus.

(Beifall CDU)

Als ich den Antrag der FDP-Fraktion gelesen habe, war ich schon einigermaßen irritiert, muss ich sagen. Bereits in der Überschrift wird von einer Anti-

Graffiti-Initiative gesprochen, und in den Beschlusspunkten wird dann ein Anti-Graffiti-Konzept gefordert. Meine Damen und Herren, das finde ich schon vom Grundvokabular her grundfalsch.

Wir als CDU-Fraktion haben grundsätzlich nichts gegen Graffiti, ganz im Gegenteil.

(Abgeordnete Birgit Bergmann [FDP]: Wir auch nicht! Wenn das nicht deutlich geworden ist!)

Als CDU-Kreisverband Bremen-Stadt haben wir sogar eine Aktion – der Kollege Eckhoff ist gerade draußen, er würde dazu noch mehr sagen können –, bei der wir freie Flächen explizit für Graffitikunst gemeldet haben, und diese können auch vergeben werden. Bis heute haben sich zehn bis zwölf Interessenten gemeldet, und das nur aufgrund einer kleinen Anfrage in der Zeitung. Meine Damen und Herren, Fakt ist, und da unterscheiden wir uns von der FDP-Fraktion, dass es auch in Bremen für legale Graffiti im öffentlichen Raum zu wenig Platz und zu wenig freie Flächen gibt. Ich will deutlich machen, dass das ein Ansatzpunkt für die Regierung sein sollte, das Problem zu lösen, nämlich indem man freie Flächen zur Verfügung stellt.

Illegale Farbschmierereien sind ein Ärgernis und stellen ohne Frage in den meisten Großstädten und somit auch in Bremen ein Problem dar. Wenn ein Sprayer bei einer illegalen Aktion erwischt wird, wird in der Regel eine Strafanzeige wegen Sachbeschädigung erstellt. Da dann die Personalien des Täters feststehen, kann der Geschädigte über den Zivilrechtsweg erwirken, dass die Schmiererei entfernt wird oder, was auch vorkommt, dass der Täter vom Gericht die Auflage bekommt, die Reinigung der verunstalteten Flächen zu übernehmen. Es gibt somit ein Verfahren dafür.

Das Problem bei diesen illegalen Farbschmierereien ist die Tatsache, dass die allermeisten Täter nicht erwischt werden und dadurch die Personalien auch nicht feststehen. Wir als CDU-Fraktion finden, dass es an dieser Stelle Verbesserungspotenzial gibt. Zum einen könnte man den Ordnungsdienst personell verstärken und somit stärker in die Bekämpfung von illegalen Schmierereien einbinden, zum anderen müssen auch dringend die Mittel erhöht werden, um illegale Graffiti an öffentlichen Gebäuden, Verkehrsmitteln und so weiter zu entfernen, und zwar nicht nur, wenn sie aus einer rechtsextremen Richtung kommen, sondern egal, aus welcher Richtung sie stammen. Dazu gehören

natürlich auch Farbschmierereien wie der Schriftzug ACAB. Im Übrigen, das ist auch ein ganz wichtiger Punkt, würde es aus unserer Sicht Sinn machen, illegale Graffiti in die Mängelmelder-App zu integrieren, da sich diese App bewährt hat und von den Bürgern sehr gut angenommen wird.

Meine Damen und Herren, wenn es von der FDP-Fraktion Verbesserungsvorschläge gibt, dann werden Sie aber bitte konkret! Ein Konzept zu fordern, ist mir an der Stelle deutlich zu wenig. Das hat auch nichts mit einem Impuls zu tun. Wenn dieses Pforzheimer Modell angesprochen oder so betont, so beworben wird, dann muss ich ganz ehrlich fragen: Wieso wird es dann nicht im Antrag aufgeführt, damit wir darüber diskutieren können oder damit es zumindest geprüft wird? Ich finde, darüber hätte man diskutieren und die Vor- und Nachteile herausarbeiten können. Es gibt ja auch Nachteile, das gehört zur Wahrheit auch dazu.

(Zurufe Abgeordnete Birgit Bergmann [FDP])

Frau Bergmann, ich will nicht, dass der Senat Konzepte erarbeitet, davon haben wir schon genug! Ich will, dass der Senat auf Probleme reagiert, und dazu machen wir als CDU-Fraktion Vorschläge.

(Beifall CDU)

Im Übrigen, das haben Sie selbst angesprochen, gibt es ja auch eine laufende Petition, und wir finden ehrlicherweise, dass es Sinn gemacht hätte, auf den Abschluss dieser Petition zu warten

(Beifall CDU)

und hier keine Schnellschüsse zu machen. Mir kommt es so vor, als wenn die FDP-Fraktion versucht, auf einen fahrenden Zug aufzuspringen. Meine Damen und Herren, das ist Geschmackssache, unser Geschmack ist das nicht. Deswegen haben wir einen eigenen Antrag eingebracht und bitten um Zustimmung! – Herzlichen Dank!

(Beifall CDU)

Präsident Frank Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Miriam Strunge.

Abgeordnete Miriam Strunge (DIE LINKE): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dieser Antrag der FDP-Fraktion zur Anti-Graffiti-Initiative ist in seiner Einseitigkeit kaum zu überbieten. Sie bauen sich hier als Anwältin der Unterstützer:innen der Petition auf, die sich gegen

Schmierereien im Stadtbild aussprechen, aber Sie sind keineswegs gewillt, sich diesem Thema mit der angemessenen Komplexität zu widmen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Für Sie gibt es hier nur schwarz und weiß. Alles, was nicht vorab in Auftrag gegeben wurde, ist illegal und muss entfernt werden. Menschen, die Graffiti ohne Genehmigung sprühen, sind Straftäter:innen und nichts weiter. Damit einigen Bürger:innen das Stadtbild wieder besser gefällt, soll ein kleiner Bus umherfahren, voll mit gefassten Sprayer:innen und den ehrenamtlichen Maler:innen, die sich nichts Schöneres vorstellen können, als den Sprayer:innen zu zeigen, wie sie ihre Graffiti wieder entfernen können.

(Abgeordnete Sascha Karolin Aulepp [SPD]: Das ist jetzt aber ein bisschen gemein!)

Ich zeige Ihnen gern noch einmal genau, wo ich die Probleme in Ihrem Antrag sehe: Sie sprechen von Graffiti, aber nicht von Graffitikunst, das geben Sie auch zu, aber genau das ist das Problem. Sie verwenden in Ihrem Antrag das Wort Graffiti und Schmierereien quasi als Synonym, und das zeugt von einer Ignoranz gegenüber dem Thema, die mich wirklich erstaunen lässt. Wenn Sie sich so intensiv mit Maler:innen und Lackierer:innen über Graffiti austauschen, dann wäre es vielleicht ratsam gewesen, auch einmal mit Graffitikünstler:innen über die Situation in Bremen zu sprechen.

(Beifall DIE LINKE)

Selbst, wenn Sie daran kein Interesse haben, dann machen Sie sich aber doch bitte die Mühe, die aktuellen parlamentarischen Prozesse zu dieser Thematik zu berücksichtigen! Die SPD-Fraktion hat dazu kürzlich eine Kleine Anfrage gestellt, und die Antworten machen deutlich, dass sich die Graffitikunst seit den Achtzigerjahren erheblich weiterentwickelt hat und ein wichtiger Teil der Urban Contemporary Art ist. Dabei gibt es unterschiedliche Formen, vom einfachen Text bis hin zu den kunstvollen Bildern. Wer aber bei Graffiti nur von lästiger Schmiererei redet, der tritt diese Kunstform mit Füßen und ist nicht bereit, dabei zu differenzieren.

(Beifall DIE LINKE)

Der Bremer Senat erkennt das künstlerische Potenzial von Graffiti glücklicherweise, und so gab es mehrfach Ausschreibungen über den Landesbeirat

für Kunst im öffentlichen Raum zur Graffitigestaltung unterschiedlicher Flächen. Außerdem werden auch Graffiti-Projekte durch den Senator für Kultur gefördert, wie zuletzt die Ausstellung auf dem ehemaligen Coca-Cola-Gelände in Hemelingen. Hier konnte man – übrigens unter bester Einhaltung der Coronahygieneregeln – auf dem großen Außengelände Kunst genießen und sich von sehr großen und sehr unterschiedlichen Graffiti in den Bann ziehen lassen. Das haben sehr viele Bremer:innen genutzt, und es waren übrigens auch nicht nur junge Menschen unter 30, sondern ich habe da auch viele Familien und auch ältere Menschen gesehen, Rentner:innen, die Lust hatten, sich endlich wieder Kunst unter freiem Himmel anzuschauen.

Ich bitte Sie, liebe Abgeordnete der FDP-Fraktion, wenn sie in Zukunft über Graffiti sprechen, deren Anerkennung als Kunstform nicht komplett hinten herunterfallen zu lassen, denn das ist nicht zeitgemäß und verkennt die gesellschaftliche Realität.

(Beifall DIE LINKE)

Das zweite große Problem in Ihrem Antrag sehe ich darin, dass Sie alles tun wollen, um illegale Graffiti zu verbieten, ohne auch nur eine Überlegung anzustellen, wie denn Legalisierungsmöglichkeiten aussehen könnten. Wahrscheinlich haben Sie nicht darüber nachgedacht, weil auch die Stadt Pforzheim nicht über legale Graffitimöglichkeiten nachdenkt. Ich glaube aber, wir müssen da ein bisschen weiterdenken und vielleicht auch ein bisschen offener sein als Pforzheim.

In vielen deutschen Städten gibt es die sogenannten Halls of Fame, wir haben heute in der Fragestunde auch darüber diskutiert. Das sind öffentliche Flächen und Fassaden, die legal besprüht werden dürfen. Da gibt es Städte, die nutzen das unterschiedlich. Die einen machen groß angelegte Kunstaktionen mit namhaften Graffitikünstler:innen und schaffen damit touristische Anziehungspunkte für ihre Stadt, die anderen wollen Freiräume für Jugendkultur herstellen, indem sie Flächen ausweisen, auf denen junge Menschen die Chance haben, sich auszuprobieren und sich zu verbessern. Dann gibt es sogar Stadtpläne, auf denen die Freiflächen genau ausgewiesen sind.

In Bremen gibt es viele tolle Graffiti, die durch Ausschreibungen und private Initiativen entstanden sind, aber es fehlt an städtischen Angeboten, also den sogenannten Halls of Fame in den Stadtteilen, wo sich Sprayer:innen, die noch keine Künstler:innen im etablierten Sinne sind und sich

noch nicht an Wettbewerben beteiligen, auch ausstoben und ausleben können.

(Beifall DIE LINKE)

Ich glaube, hier kann Bremen noch besser werden, das zeigt auch die Diskussion in der Fragestunde zu diesem Thema. Deswegen möchte ich noch einmal ganz klar sagen, wir glauben nicht, dass ein Anti-Graffiti-Mobil, das schon vom Namen her die Graffitis an sich diskreditiert, in irgendeiner Form helfen kann. Was helfen kann, ist doch ganz klar: Das bedeutet nämlich einerseits mehr Graffitis, denn das verhindert Schmierereien, und eben auch die Legalisierung, denn – wenn ich da noch einmal ganz kurz Frau Staatsrätin Emigholz von vorhin zitieren darf – „wenn wir viele Freiflächen zur Verfügung stellen, dann verschwinden auch die Schmierereien.“ Darum wollen wir uns kümmern. – Herzlichen Dank!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Mustafa Öztürk.

Abgeordneter Mustafa Öztürk (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Bergmann, ich bin im Viertel geboren und groß geworden und auch mit Graffitis und Farbvandalismus. Ich glaube, dass man schon eindeutig unterscheiden muss. Allein Graffitis zu kriminalisieren, finde ich an der Stelle extrem verwerflich. Ich will für uns Grünen klarstellen, wir müssen zwischen Graffitis als Kunstform und Farbvandalismus unterscheiden, alles andere hilft an der Stelle nicht weiter.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Farbschmierereien oder Farbvandalismus sind im Gegensatz zu Graffitis, die legal angebracht wurden, eben keine Kunst. Das Beschmieren und Bemalen von Häusern auf privatem Grund oder öffentlichen Gebäuden ohne Einwilligung der Eigentümer ist eine Sachbeschädigung und eine Straftat. Entsprechend wird das ja auch polizeilich verfolgt, es ist auch immer ein Ärgernis für alle Betroffenen, auch finanziell. In dem Sinne ist es sehr wichtig, dass wir hier mehr legale Flächen schaffen, meine Vorrednerinnen haben den Punkt ja noch einmal aufgegriffen, und auch in der Fragestunde war das ja Gegenstand der Debatte. Die FDP erweckt den Anschein, als wäre der Senat bei diesem Thema in keiner Weise tätig und als würden wir hier in der Bremischen Bürgerschaft zum ersten Mal darüber

sprechen. Auch das ist nicht der Fall, Frau Kollegin Bergmann und liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP-Fraktion.

Wichtig ist, die Polizei verfolgt alle Straftaten, einschließlich solcher, die dem Farbvandalismus zuzuordnen sind. Neben der Strafverfolgung hat aber auch die Prävention eine bedeutende Rolle im Vorgehen gegen Farbvandalismus. Deswegen sind mehr legale Flächen auch eine Form von Prävention, aber auch eine erhöhte Akzeptanz für legale Graffitis, die angebracht werden und Menschen vielleicht dazu anregen, eben keinen Farbvandalismus zu begehen, sondern sich der Kunstform zuzuwenden.

Der Antrag der FDP bezieht sich auch auf die Petition der Eheleute Berthold zum Thema Graffitis. Ich finde es sehr unglücklich, dass wir vor Abschluss der Petition dazu im Vorgriff hier und heute eine Debatte haben, weil das ein absolut unübliches Verfahren im Umgang mit Petitionen und der Arbeit des Petitionsausschusses ist, das will ich in aller Deutlichkeit sagen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Die Petition ist die Petition der Petentinnen und Petenten, in dem Fall der Eheleute Berthold und Hunderten von Menschen, die diese Petition mitgezeichnet haben. Es obliegt uns als Ausschuss, sich diesem Thema absolut befreit von der Fraktionszugehörigkeit zu widmen, und das jetzt hier in das Parlament zu tragen, ohne dass es einen Abschlussbericht gibt – ich bin der Berichterstatter für diese Petition –, finde ich, wie gesagt, kein gutes Vorgehen.

Die Bremer Stadtreinigung, aber auch der Umweltbetrieb Bremen, Immobilien Bremen und auch das Amt für Straßen und Verkehr haben die Aufgabe, Farbvandalismus und Graffitis, die nicht legal angebracht wurden, zu entfernen, zum Beispiel von Häusern, Verkehrsschildern, Stromkästen et cetera. Der jeweilige Eigentümer, der so eine Immobilie besitzt, muss auch immer diesen Auftrag erteilen, dass das entfernt wird, dafür gibt es ein Budget. Ich will mich jetzt nicht über Zahlen streiten, ob das zu wenig oder zu viel ist, da ist sicherlich noch Luft nach oben, aber auf der anderen Seite müssen diese Straftaten, sofern sie vorliegen, verfolgt werden.

Bei der Frage nach geeigneten Flächen für künstlerische Graffitis ist es wichtig, nicht nur mehr Flä-

chen zur Verfügung zu stellen, sondern auch all jenen, die Graffiti als Kunstform produzieren oder produzieren möchten, diese Art der Graffiti gewinnbringend nahelegen. Ich glaube, das sollte auch unser Anspruch sein, auch mit Blick auf junge Menschen. Graffiti sind als Form der bildenden Kunst nicht nur anerkannt, sie findet im Rahmen von Künstlerförderung, wie Kunst im öffentlichen Raum und auch gelegentlich zu Ausstellungsprojekten, auch hier in der städtischen Galerie statt und ist ein wichtiger Teil der Kunstszene. Das dann in dieser ernsthaften Debatte dermaßen zu kriminalisieren, auch das finde ich an der Stelle nicht in Ordnung. Sie ist Teil der Urban Art, das ist auch gut so, sie ist mittlerweile anerkannt.

Künstlerinnen und Künstler sind in Ausstellungen vertreten, sie können manchmal sogar von dieser Kunst leben, sie werden von Galerien vermarktet und bewerben sich auch bei Wettbewerben. Das ist der Unterschied zur illegalen Farbschmiererei und Farbvandalismus. Ehrlich gesagt, vielleicht hat der eine oder andere gegen einen Banksy an der Hauswand auch nichts einzuwenden, es sei denn, die FDP kriminalisiert das an der Stelle auch.

Noch ein abschließender Gedanke zu den vielen Punkten, aber ich möchte mich da noch einmal auf diese Farbentfernung konzentrieren. Straftäterinnen und Straftäter zur Entfernung von Farbvandalismus zusammen mit den Malereibetrieben zu zwingen, dem können meine Fraktion und ich nicht viel abgewinnen. Ich glaube, es obliegt nur der Justiz, und zwar ausschließlich der Justiz, bei der Strafzumessung das geeignete Mittel einer Strafe zu definieren, da sollten wir von der Bremischen Bürgerschaft nicht in irgendeiner Form vorgeben, wie die Justiz zu entscheiden hat. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE – Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert [FDP]: Aber mehr Möglichkeiten!)

Präsident Frank Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Sascha Karolin Aulepp.

Abgeordnete Sascha Karolin Aulepp (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Ich würde zu Beginn der Debatte gern zwei zentrale Punkte herausheben: Ja, es ist eine Straftat, wenn da gesprayt, gesprüht oder gemalt wird, wo es der Eigentümer oder die Eigentümerin der Fläche nicht möchte, und wenn der Eigentümer oder die Eigentümerin

ein illegal angebrachtes Graffiti oder eine Schmiererei nicht behalten möchte, dann muss das zulasten des Täters oder der Täterin beseitigt werden. Das ist zwar selbstverständlich, weil es für uns selbstverständlich ist, dass man sich an Recht und Gesetz zu halten hat und anderen Menschen keinen Schaden zufügen darf, egal worum es geht, aber gern geben wir dieses Bekenntnis noch einmal erneut und ausdrücklich ab.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Deswegen verfolgt die Polizei diese Straftaten als Regelaufgabe, und das finde ich übrigens gar nicht schlecht, sondern eigentlich sogar gut, dass das als Regelaufgabe verfolgt wird, und zwar konsequent, wie es der Senat auch mitgeteilt hat. Das gilt auch da, wo der Staat oder die Kommune Eigentümer oder Eigentümerin einer Fläche ist. Ich möchte hier aber genauso deutlich sagen, wenn es darum geht, welche Farbe zuallererst, vordringlich und schnellstmöglich entfernt wird, dann müssen das Hassbotschaften sein, da stimme ich mit dem Senat völlig überein.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Hassbotschaften vergiften das gesellschaftliche Klima, spalten und liefern Saat für Gewalttaten. Das gilt natürlich für alle Hassbotschaften, und ich bin sicher, dass ich nicht nur mit der Koalition und dem Senat einer Meinung bin, sondern auch mit Frau Bergmann und Herrn Lübke und deren Fraktionen, egal, ob es rechtsextremistische oder links-extremistische Hassbotschaften oder solche evangelikaler Homophobie sind. – Danke schön!

(Beifall SPD)

Zu den Anträgen, zunächst zur FDP-Fraktion! Mit Verlaub, es ist schon deutlich geworden, das ist mit heißer Nadel gestrickter Populismus. Ein bisschen gegoogelt, aber mit niemandem geredet, der sich in Bremen tatsächlich mit straffällig gewordenen Jugendlichen beschäftigt oder gar mit Graffiti als Kunst! Das reicht nicht für einen sinnvollen Vorschlag.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Schlimmer noch, und im Gegenteil: Sie streuen Menschen Sand in die Augen. Das von Ihnen, Frau Bergman, medial proklamierte „graffitifreie Bremen“ ist, und das wissen Sie auch, völlige Illusion. Schon „graffitifreies Pforzheim“ stimmt nicht. Nicht, dass ich Bremen mit Pforzheim eins zu eins

vergleichen möchte, aber Sie unterschlagen wesentlich, dass das dortige Anti-Graffiti-Mobil sich nur um private Immobilien kümmert und nicht um öffentliche, und es ist auch nicht so, dass die Verursacher direkt dazu angehalten werden, ihre eigenen Graffiti zu entfernen. So ist es nicht! Um nicht missverstanden zu werden: Ich finde das Prinzip der direkten Wiedergutmachung richtig, und deswegen freue ich mich, dass das in Bremen schon lange gelebte Realität ist, übrigens auch im Bereich der Sachbeschädigung durch Farbvandalismus. Darauf hat Herr Lübke auch schon hingewiesen.

Da macht der Täter-Opfer-Ausgleich Bremen e. V. richtig gute Arbeit, zum Beispiel beim Schulprojekt Ost. Da werden aus hässlichen Orten gemeinsam mit Jugendlichen wieder schöne gemacht, und die bleiben dann auch schön, das ist auch schon gesagt worden. Auch die Jugendhilfe im Strafverfahren vermittelt gern da, wo es möglich ist, dass der Missetäter oder die Missetäterin den Schaden überstreicht. Ja, es ist richtig und notwendig, dass bei allen Straftaten die Folgen der eigenen Tat reflektiert und bearbeitet werden. Ich kenne mich ja im Jugendstrafrecht durchaus ein bisschen aus, das hat ganz besonders einen pädagogischen Ansatz. Ich habe im Gegensatz zur FDP-Fraktion mit dortigen Akteuren gesprochen, und die sagen, ja, das machen wir, genauso arbeiten wir, das gilt auch bei Graffiti. On top: Wenn es um politische Inhalte geht, ist es umso wichtiger, das auch pädagogisch zu begleiten und nicht nur einfach zu überstreichen. Ich würde sagen: läuft!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Zwei Punkte noch! Arbeitsauflagen, die verhängt werden, müssen gemeinnützig sein. Ich finde, diesen Begriff muss man schon ein bisschen dehnen, wenn es darum geht, Schaden an Privateigentum zu beseitigen. Vor allem aber: Die Auflage kann nur einmal gemacht werden. Das heißt, die Jugendlichen, die jetzt Spielplätze instand setzen, aufräumen, da sauber machen, die in Kirchengemeinden oder in anderen sozialen Einrichtungen gemeinnützige Arbeit machen, können das dann nicht mehr machen, sie sind dann ja mit den privaten Gebäuden beschäftigt. Auch die Bußgelder, die Sie einsetzen wollen, werden nicht zusätzlich eingetrieben, sondern fehlen dann an anderer Stelle. Da wüsste ich schon gern, wo sie fehlen sollen: beim Notruf für vergewaltigte Frauen und Mädchen e. V. vielleicht? Oder bei einem Sportverein oder beim WEISSEN RING e. V.? Ich finde, die Bußgelder werden dort durchaus sinnvoll eingesetzt.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Der Antrag ist unausgegoren und ohne Berücksichtigung der Realität in Bremen entstanden, schlimmstenfalls ging es Ihnen nur um billige Schlagzeilen.

Ganz kurz zum CDU-Antrag, der anscheinend von mehr sachlicher Recherche geprägt, aber leider auch immer noch eher vom Wunsch nach plakativen Botschaften getragen ist! Wir sollen dafür sorgen, dass der Senat die Mittel, die er im Haushalt von uns für bestimmte Zwecke bereitgestellt bekommt, für diese Zwecke ausgibt, und das schnell. Ja, das ist irgendwie klar, aber das ergibt sich schon aus dem Haushaltsgesetz, würde ich sagen.

Herr Lübke, dass Sie möchten, dass Strafverfolgung jetzt nicht mehr von der Polizei, sondern vom Ordnungsamt gemacht wird,

(Abgeordneter Marco Lübke [CDU]: Das habe ich nicht gesagt!)

na ja, die Ermittlung von Täterinnen und Tätern ist nach meiner Kenntnis polizeiliche Aufgabe. Das steht aber in dem Antrag!

(Abgeordneter Marco Lübke [CDU]: Wofür gibt es einen Ordnungsdienst? – Glocke)

Ich würde sagen, wenn ich Täterinnen und Täter ermittle, dann ist das für mich polizeiliche Ermittlung, aber das können wir gern auch noch einmal diskutieren.

Natürlich finde ich es überlegenswert, öffentliche Flächen – –. Wenn da, wo jetzt geschmiert wird, künstlerisch wertvolle Graffiti entstehen, dann wird das geachtet, und dann wird da auch weniger geschmiert, aber zu sagen, dadurch würden junge Menschen aus der Illegalität herausgeholt, in die sie offensichtlich tief versunken sind, ich glaube, das ist auch mehr oberflächliche Stimmungsmache. Wir werden beide Anträge ablehnen. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Birgit Bergmann.

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es war kein Schnellschuss, und es war auch kein Schnellschuss aus dem Petitionsausschuss heraus.

Unser Antrag war fertig, das kann man auch an dem zeitlichen Ablauf sehen,

(Zuruf Abgeordneter Mustafa Öztürk [Bündnis 90/Die Grünen])

und dass da vorab eine ganze Reihe von innerstädtischen Kommunikationen gelaufen ist mit der Handwerkskammer und der Maler- und Lackiererringung et cetera. Das ist nicht in einem passiert, und es ist keine Schreibtischrecherche gewesen wie die der CDU.

(Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD]: Ich recherchiere immer am Schreibtisch! Wo machen Sie das denn?)

Frau Aulepp und Herr Lübke, ich habe deswegen nicht Pforzheim als Modell genommen, denn Pforzheim ist Pforzheim, und Bremen ist Bremen, aber es gibt Ideen, wie sie es in Pforzheim machen, die wir für Bremen nutzbar machen können. Die Verschiebung des Fokus kombiniert mit der Unterstellung, dass wir Graffitis kriminalisieren wollen, ist so dermaßen durchsichtig und nachweislich – ich habe darauf hingewiesen, dass zum Beispiel die Fassade unseres Fraktionsbüros Graffitis hat –, und mit Verlaub, es ist einfach etwas Dummes, das zu behaupten. Es ist einfach Ablenkung und den Fokus zu verschieben, damit wir nicht über das reden, worüber wir heute reden.

Jetzt muss ich feststellen, es gibt hier keinen ernsthaften politischen Willen, an dem äußeren Erscheinungsbild unserer Stadt etwas zu ändern,

(Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD]: Das stimmt doch nicht!)

Im Gegenteil, über manche Farbschmierereien scheint Rot-Grün-Rot gern hinwegzuschauen.

(Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD]: Unsinn!)

So erklärt die Vertreterin der Bremer Stadtreinigung im Petitionsausschuss bei der Anhörung zur Petition mit den Farbschmierereien, sie hätten die Anweisung bekommen, sich auf nicht tolerierbare Inhalte zu konzentrieren, und wenn Sie jetzt wie ich fragen, was ist denn tolerierbar und was nicht, dann lese ich Ihnen einmal etwas aus der Stellungnahme unserer Umweltsenatorin Dr. Maike Schaefer zu den Farbschmierereien einmal vor: „Da die Mittel beschränkt sind, lässt die Stadtreinigung Bremen Schmierereien nur dann entfernen, wenn

es sich bei dem Inhalt um rechtsradikale, sexistische oder rassistische Botschaften handelt.“ Dass diese zum Teil beseitigt werden, finde ich gut.

(Beifall DIE LINKE)

Ich habe allerdings selten gehört, dass unsere Umweltsenatorin, wenn ihr etwas wirklich wichtig ist, nicht mehr als 8 000 Euro zur Problemlösung zur Verfügung stellen kann. Wenn es um Themen geht, die von der grünen Agenda aggressiv vorangetrieben werden, jongliert sie ohne mit der Wimper zu zucken mit ganz anderen Summen, aber es macht eine Haltung deutlich.

Von den knappen Finanzen einmal abgesehen: Eine Fokussierung auf die Beseitigung von rechtsradikalen, sexistischen und rassistischen Schmierereien bedeutet im Umkehrschluss, dass All Cops Are Bastards- und Antifa-Zeichen, linksextremistische Schmierereien und andere beleidigenden und demokratie-, staats- und polizeifeindlichen Graffitis wie „Männer morden“ zum Beispiel, was wir vor Kurzem hatten – das war jetzt nicht Graffiti, das war etwas anderes –, für tolerierbar gehalten werden und nicht der Mühe und den Preis wert sind, sie zu beseitigen. Nein, diese werden durch das Alleinstellungsmerkmal sogar noch unterstrichen, und da sind wir wohl beim Kern des Ganzen, dieser rot-grün-roten Regierung,

(Abgeordnete Sascha Karolin Aulepp [SPD]: Ach, Frau Bergmann, das habe ich doch eben alles gesagt!)

so passt ja dann auch das Äußere zum Inneren, das Innere zum Äußeren.

(Beifall FDP – Vizepräsidentin Grotheer übernimmt den Vorsitz.)

Wenn selbst aus den Reihen der Abgeordneten in diesem Parlament eine Farbbatacche an unsere Zentrale als Verschönerung bezeichnet wird, wenn die grüne Senatorin ihre Stadtreinigungskräfte explizit anweist, polizei- und staatsfeindliche und linksextremistische Graffitis nicht zu entfernen,

(Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Das ist eine Unterstellung! Die stimmt so einfach nicht!)

dann wundere ich mich auch nicht, wenn wir hier – –. Es ist ein Ausschluss gewesen, den Sie genau so formuliert haben, liebe Frau Senatorin! Ich habe das zitiert. Ich habe das genau so in den Unterlagen gelesen, das ist nachlesbar. Dann wundert es mich

auch nicht, wenn wir hier nicht zu einem gemeinsamen Entschluss kommen.

(Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD]: Kommen wir nicht!)

Jetzt noch einmal kurz zum Antrag der CDU, ich weiß nicht, ob ich das von der Zeit her noch schaffe! Beim Antrag der CDU hatte ich ebenfalls die Überlegung vom Ordnungsschutz, also bei manchen von diesen Sachen ist der Staatsschutz zuständig, das sehe ich ganz eindeutig so.

(Abgeordneter Marco Lübke [CDU]: Staatsschutz?)

Ja, es kommt darauf an, was es für Inhalte sind, ja-wohl! Das mit den 24 Stunden ist natürlich sehr attraktiv, da sind wir aber durch unsere Dialoge in der Stadt mittlerweile einen Schritt weiter und wissen, dass das in Bremen so nicht funktionieren wird. Es gibt in diesem Antrag einige Sachen – ich bin jetzt gerade überfordert, das in der Kürze der Zeit auszuführen! –,

(Abgeordnete Sofia Leonidakis [DIE LINKE]: Ich glaube, die Zeit ist nicht das Problem!)

aufgrund derer wir eine getrennte Abstimmung erbitten, aber das Gesamtanliegen der CDU ist, glaube ich, nicht so weit weg von dem, was wir grundsätzlich möchten.

(Glocke)

Uns ist es im Grunde egal, unter welcher Flagge das läuft, von mir aus unter der Flagge der CDU. Wir hätten es auch großartig gefunden, wenn die Koalition einen Antrag eingereicht hätte, der von mir aus mit einer Hall of Fame kombiniert irgendwas gebracht hätte, auch da hätten wir mitgemacht. Uns geht es um dieses Anliegen, uns ist es egal, wer den Slogan anführt, aber wir lassen uns diese Verschandelung unseres Stadtbildes nicht mehr gefallen, denn es ist hochgradig unsozial.

(Abgeordnete Sascha Karolin Aulepp [SPD]: Nehmen Sie doch tatsächlich auch einmal zur Kenntnis, dass dort auch gehandelt wird, Frau Bergmann!)

Wir als FDP-Fraktion lieben unser Bremen,

(Glocke)

und wir kämpfen mit unseren Bürgern und für unsere Bürger für eine sichere, ordentliche und saubere Stadt, in der sich unsere Gäste und wir uns

wohl fühlen und wo wir gern sind. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Mustafa Öztürk.

Abgeordneter Mustafa Öztürk (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Bergmann, es ist so ein heftiger Populismus, den Sie jetzt noch einmal in Ihrem zweiten Redebeitrag hier an den Tag gelegt haben, ich glaube, das ist eine richtige Enttäuschung für das gesamte Haus. So eine Debatte anzugehen, sich zum Teil unredlich zu verhalten, finde ich inakzeptabel für dieses Haus. Sie unterstellen gewissen Stellungnahmen Inhalte, die so nicht verschriftlicht wurden, uns im Ausschuss nicht vorgelegt wurden und auch in der Anhörung zur Petition nicht Gegenstand einer Debatte waren.

Ein Hakenkreuz ist ein verbotenes Symbol, wir haben andere politische verbotene Symbole, und wer diese schmiert, egal ob linksextremistisch, rechtsextremistisch, begeht eine Straftat, die Polizei wird das verfolgen. Natürlich muss das umgehend entfernt werden, aber zu unterstellen, dass diese Koalition – und die CDU haben Sie ja mit eingeschlossen – gewisse politische Botschaften einfach duldet, weil das irgendwie passend ist, ist einfach inakzeptabel. Hören Sie auf, diese Stadt jeden Tag schlechtzureden, bei den Bürgerinnen und Bürgern Angst zu erzeugen und ein so düsteres Bild zu zeichnen, alles wäre verschandelt, überall nur Graffitis, Tags, Illegalität, Kriminalität, und wir gehen hier unter. Frau Bergmann, das ist nicht in Ordnung.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Eine ernsthafte Debatte hätte man hier wirklich führen können, und ich dachte, dass wir beim ersten Debattenbeitrag doch ein bisschen weiter waren, zumindest die absolute Mehrheit dieses Hauses. In Ihrem zweiten Beitrag hätte man ja wenigstens noch einmal darauf eingehen können. Natürlich müssen wir alles tun, wenn dort illegal irgendwo etwas angebracht worden ist, weil es eine Straftat ist, damit das entfernt wird, aber das komplett in Abrede zu stellen und zu behaupten, dass hier nichts geschieht, ist nicht in Ordnung.

(Zuruf – Glocke)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Lencke Wischhusen?

Abgeordneter Mustafa Öztürk (Bündnis 90/Die Grünen): Ja, gern!

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Bitte, Frau Wischhusen!

Abgeordnete Lencke Wischhusen (FDP): Ich würde gern wissen, wie Sie es bewerten, dass es Teile Ihres Koalitionspartners gibt, die politische Schmierereien an unserem Haus als Verschönerung betiteln.

Abgeordneter Mustafa Öztürk (Bündnis 90/Die Grünen): Ich mache mir nicht die Aussagen anderer zu eigen. Natürlich habe ich eine Meinung dazu. Politische Schmierereien, egal bei welcher Partei, sind ein No-Go, weil sie der Demokratie schaden. Die Frage müssen Sie an andere richten, wie sie das für sich bewerten. Wir haben dazu eine klare Positionierung.

(Abgeordnete Lencke Wischhusen [FDP]: Danke!)

Abgeordneter Mustafa Öztürk (Bündnis 90/Die Grünen): Bitte schön! – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Marco Lübke.

Abgeordneter Marco Lübke (CDU): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein paar Sätze noch von mir! Vielleicht einen Satz noch dazu: Ich glaube, wir sind uns alle einig, das ist bei den Redebeiträgen auch deutlich geworden, wir haben alle etwas gegen diese illegalen Farbschmierereien. Die müssen natürlich entfernt werden, und da gibt es auch ein Verfahren. Das habe ich eben schon einmal deutlich gemacht.

Ein Wort noch zum Ordnungsdienst! Ich hatte vorhin auch deutlich gemacht, das Problem ist, dass die Personalien oft nicht feststehen, und deswegen soll der Ordnungsdienst da stärker eingebunden werden. Er soll natürlich nicht ermitteln, das macht die Polizei, und wenn es entsprechende Hinweise gibt, natürlich auch der Staatsschutz. So weit vielleicht zur Klarstellung! Wenn Sie hier der CDU-Fraktion aber vorwerfen, wir hätten, ich weiß gar

nicht, wie Sie es genannt haben, eine Schreibtischsammlung oder was auch immer gemacht, eine Schreibtischrecherche, und Sie hier einen Antrag einbringen, in dem nichts steht,

(Beifall CDU, SPD)

Dann frage ich mich wirklich, wie Sie das verkaufen wollen.

(Abgeordnete Sascha Karolin Aulepp [SPD]: Das ist nicht einmal eine Schreibtischrecherche!)

Darin steht nichts, aber auch gar nichts Konkretes, womit man sich beschäftigen kann. Also, ein Konzept zu fordern, natürlich kann man das machen. Ich bleibe dabei – –.

(Abgeordneter Dr. Magnus Buhler [FDP]: Das macht die CDU auch oft genug!)

Ja, Herr Kollege Buhler, das ist billige Stimmungsmache, und Sie wollen auf einen fahrenden Zug aufspringen, nicht mehr und nicht weniger! – Herzlichen Dank!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Weitere Wortmeldungen aus den Reihen der Abgeordneten liegen nicht vor.

Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Graffiti ist nicht gleich Graffiti. Graffitis werden oft negativ gesehen, und ehrlich gesagt sind Graffitis an den Hauswänden oftmals nicht Graffitis im künstlerischen Sinne, sondern es sind Schmierereien, es sind Tags, und dass das für enormen Ärger und Unverständnis sorgt, gerade bei den Betroffenen, das ist mehr als verständlich. Das ist Sachbeschädigung, das ärgert einen, das kostet die Betroffenen Geld, und es ist, ehrlich gesagt, auch schlecht für das Umfeld, wenn man erst einmal Hauswände hat, die beschmiert sind, denn dann ist meistens in der unmittelbaren Umgebung auch die nächste Schmiererei zu finden.

Bei den Tags ist es ja so, dass es eigentlich darum geht, seine Signatur an den exotischsten Orten und ziemlich oft im Stadtbild zu zeigen, das ist quasi ein Wettstreit. Da geht es überhaupt nicht um Kunst, sondern da geht es darum, sich möglichst cool und

gut sichtbar an allen möglichen Orten zu verewigen.

Es gibt aber auch Graffitis, die künstlerisch sind, das ist dann Kunst, Street Art, und es ist auch ein Ausdruck von überwiegend Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Es ist ein Teil der Subkultur. Wir hatten heute Mittag in der Fragestunde noch einmal gehört, es gehört zur Hip-Hop-Kultur, es gehört zur Skaterkultur, und insofern ist es auch etwas, das man in vielen Großstädten findet.

Bei dieser Debatte, finde ich, sollten wir differenzieren zwischen Schmierereien und Kunst. Mir ist bewusst, das liegt auch oft im Auge des Betrachters. Ich persönlich möchte bunte Street Art nicht missen. Das verleiht an vielen Ecken, wo wir vor allen Dingen grauen Beton finden, ein urbanes Flair, und das gibt es seit Jahrzehnten in allen Großstädten. Wenn jedoch öffentliche und private Gebäude, Schilder und so weiter angesprayt und beschädigt werden, dann hat das mit Kunst wenig zu tun.

Frau Bergmann, ich stehe hier und versuche, mich wirklich gerade zusammenzureißen, aber das, was Sie mir gerade unterstellt haben, finde ich schon ziemlich erstaunlich: Sie haben gerade hier behauptet, ich hätte angewiesen, dass linksradikale Sprüche nicht zu entfernen seien. Das ist eine Unterstellung, die kann ich auch nicht einfach so unkommentiert stehen lassen, ich würde auch gern diese Anweisung sehen! Sie haben ja gesagt, ich hätte die Behörden angewiesen.

(Abgeordneter Mustafa Öztürk [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie hätte etwas Schriftliches!)

Das würde ich gern sehen, denn das ist mitnichten der Fall. Wenn wir aber sexistische und vor allen Dingen auch rechtsradikale Schmierereien beseitigen, dann hat das auch den Hintergrund, dass gerade rechtsradikale und rechte Symbole einfach verboten sind. Ein Hakenkreuz, SS-Runen, SS-Totenköpfe, Blood & Honour-Zeichen sind verbotene Symbole, die gehören auch entfernt, und das ist ein Unterschied, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Frau Bergmann, diese Unterstellung, ich würde Behörden anweisen, nicht gegen linksradikale Sprüche vorzugehen, ich finde, das ist eine infame Unterstellung, und da bitte ich auch um eine Richtigstellung! Es geht nicht um rechts und links, sondern

darum, im Rahmen des Möglichen die Schmierereien zu entfernen. Ich möchte hier einmal sagen, Hetze und Beleidigungen haben im öffentlichen und im privaten Raum nichts zu suchen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Auch an den Oberflächen von Bauwerken, zum Beispiel Brücken, werden Graffitis im Rahmen der jährlichen Unterhaltungsarbeiten entfernt, aber manchmal ist das auch nicht so leicht, beispielsweise bei bestimmten Brückenbauwerken, wenn die Oberflächen, wie zum Beispiel Sandstein, porös sind. Dann kann das auch zu einer Beschädigung der Struktur führen, wenn man es reinigt, und hier müssen die Reinigungszyklen mit der noch vorhandenen Bausubstanz abgewogen werden.

Ich möchte noch einmal auf den Antrag der FDP eingehen! Zunächst klingt die Forderung, illegale Graffitis vom Täter kostenfrei entfernen zu lassen, nach einem interessanten Ansatz, doch meistens werden die Täter oder Täterinnen nicht erwischt, darauf sind auch einige Vorrednerinnen und Vorredner ja schon eingegangen. Es ist möglich, sie strafrechtlich über einen Täter-Opfer-Ausgleich zu erreichen, aber Voraussetzung hierfür ist erstens, dass die Täter überhaupt ermittelt werden können und die Tat nachgewiesen werden kann – das ist nur in wenigen Fällen der Fall – oder dass die Täter sich glaubhaft entschuldigen und den Schaden des Graffitis ganz oder teilweise beseitigen, soweit dies überhaupt möglich ist.

Eingeleitet wird ein solcher Täter-Opfer-Ausgleich durch die Staatsanwaltschaft oder das Gericht. Beschuldigte oder Opfer können einen Täter-Opfer-Ausgleich auch selbst anregen. Nach § 136 Strafgesetzbuch sind Beschuldigte auf die Möglichkeit des Täter-Opfer-Ausgleichs in ihrer Vernehmung hinzuweisen. Das funktioniert im Übrigen auch ohne Konzept und Hilfestellung durch Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, wenn die Täter bereit sind, auf den Geschädigten zuzugehen, sich zu entschuldigen und das Graffiti zu beseitigen. Eine solche Eigeninitiative ist jedoch bei den meisten eher auch jungen Tätern selten, hier bedarf es der Unterstützung durch Sozialarbeiter beziehungsweise Institutionen.

Das Entfernen von Graffitis an privaten Häusern ist mit öffentlichen Geldern einfach nicht möglich. Ich möchte jetzt trotzdem einmal sagen, das Justizressort prüft auch gerade, ob es trotzdem möglich ist, den Richterinnen und Richtern das als zusätzliches Tool im Rahmen von gemeinnütziger Arbeit als

eine weitere Möglichkeit an die Hand zu geben, wenn gemeinnützige Arbeit angeordnet wird. Allerdings, Frau Aulepp ist ja darauf eingegangen, was üblicherweise unter gemeinnützige Arbeit fällt, und wenn man dann stattdessen Graffitis entfernt, dann fällt in vielen sozialen Einrichtungen diese gemeinnützige Arbeit weg; aber es wird geprüft.

Das Wichtigste, meine Damen und Herren, ist aber wirklich noch einmal, dass wir öffentliche Flächen finden, wo Graffitis auch ausgelebt werden können. Ich habe meine Behörden angewiesen – da habe ich einmal wirklich angewiesen, Frau Bergmann! –, öffentliche Flächen zu suchen, man kann zum Beispiel auf Spundwänden in Lemwerder sehen, gerade wir Nordbremer sehen das von der Wasserseite aus, wie Spundwände mit künstlerischen Graffitis wirklich wunderbar gestaltet sind. Wir können uns auch Brückenbauwerke vorstellen, die sowieso besprüht sind, wo es schwierig ist, sie zu entfernen, und wir können uns Lärmschutzwände vorstellen, die in der Regel ja auch schon besprüht sind, um diese dann auch den Graffitikünstlern zur Verfügung zu stellen. Das ist sicherlich eine gute Sache, und das wird den einen oder anderen Graffitisprayer auch animieren, sich dort auszuleben. Ich finde, das würde die Stadt dann auch bunter machen als die – –.

(Glocke)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Frau Bürgermeisterin, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Birgit Bergmann?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Wenn ich meinen Satz zu Ende gebracht habe, gern! Das wird den einen oder anderen Graffitikünstler bestimmt auch animieren, die Fläche zu nutzen, anstatt sich nachts ganz schnell zu verewigen, aber ich glaube, wir sollten uns nichts vormachen, es wird trotzdem auch weiter Tags geben, und es wird auch weiterhin Schmierereien geben. Ich hatte vorhin gesagt, gerade bei den Tags ist es ein Wettstreit, da geht es nicht darum, sich künstlerisch zu verewigen, sondern es geht darum, sich möglichst oft an exotischen Stellen zu verewigen.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Frau Bergmann, bitte sehr!

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Frau Senatorin, Sie haben sich eben dagegen verwehrt, dass Sie die Aussage gemacht hätten, bestimmte Graffitis nicht zu entfernen, das muss ich jetzt nicht noch

einmal im Einzelnen bezeichnen. Ich möchte noch einmal vorlesen, was schriftlich vorliegt. Ihre Aussage lautet: „Da die Mittel beschränkt sind, lässt die Stadtreinigung Bremen Schmierereien nur dann entfernen, wenn es sich bei dem Inhalt um rechtsradikale, sexistische oder rassistische Botschaften handelt.“ Wie darf ich das anders verstehen? Habe ich Sie falsch verstanden?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Frau Abgeordnete, die Mittel sind begrenzt, insofern können wir nicht jedes Graffiti entfernen, und da wird ausgewählt. Wenn diese Einschränkungen gemacht werden, dann geht es darum, dass gerade Symbole, die verboten sind, auch entfernt werden. Es ist aber ein Unterschied, ob Sie daraus den Umkehrschluss ziehen, dass ich eine Anweisung an die Behörden geben würde, linksradikale Sprüche nicht zu entfernen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Sie legen mir damit etwas in den Mund, und Sie haben vorhin auch noch behauptet, mir – und Sie haben mich persönlich auch angesprochen! – wäre es egal, viel Geld für Linksextremisten auszugeben. Damit meinen Sie, glaube ich, die Debatte mit den FLINTA, wo bis heute kein einziger Cent geflossen ist, denn es geht darum, mit den FLINTA-Personen eine neue Bleibe zu finden, ihnen einen geschützten Raum zu geben. Die Debatte hatten wir mit Ihnen auch vor einigen Wochen. Insofern habe ich das Gefühl, Frau Bergmann, dass Sie bei der Art der Wortwahl, die Sie gewählt haben, versuchen, nicht nur mich, sondern auch Rot-Grün-Rot zu linksradikalen Sympathisanten abzustempeln, als ob uns das egal wäre, während wir aber darauf hinweisen, es gibt Symbole, die sind verboten, und da gibt es auch kein Vertun. Die müssen entfernt werden, weil es das Gesetz so vorgibt. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Frau Bergmann, Sie können keine weitere Zwischenfrage stellen. Sie können aber eine persönliche Erklärung abgeben, wenn Sie das wollen, weil wir jetzt am Ende der Debatte sind, oder eine Kurzintervention machen, die geht nur während der Debatte

(Zuruf: Oder am Ende der Debatte!)

oder auch am Ende. Wenn Sie möchten, können Sie noch einmal 90 Sekunden etwas sagen.

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Gern, so lange werde ich nicht brauchen! Ich finde, das sind völlig unterschiedliche Debatten, und mir geht es überhaupt nicht darum, irgendjemand in irgendeine Richtung zu schieben. Ich akzeptiere aber nicht die Trennung von demokratiefeindlichen und beleidigenden Schmierereien, sondern ich möchte, dass alle entfernt werden und da nicht eine Aussortierung mit dem Argument von Ressourcen stattfindet. Ich glaube, dann muss man einfach schauen, dass die Ressourcen vorhanden sind, sie alle zu entfernen. – Vielen Dank!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Der Kollege hatte recht, eine Kurzinvention geht auch am Ende der Debatte. – Danke schön!

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Zuerst lasse ich über den Antrag der Fraktion der FDP mit der Drucksachen-Nummer [20/410 S](#) abstimmen.

Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür FDP, M.R.F.)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, Abgeordneter Peter Beck [LKR])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Nun lasse ich über den Antrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer [20/426 S](#) abstimmen.

Hier wurde getrennte Abstimmung beantragt.

Wer den Ziffern 1, 4 und 5 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, FDP, M.R.F., Abgeordneter Peter Beck [LKR])

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt die Ziffern 1, 4 und 5 ab.

Wer den Ziffern 2 und 3 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, Abgeordneter Peter Beck [LKR])

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

(FDP, M.R.F.)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt die Ziffern 2 und 3 ab.

„Hells Angels“ dürfen sich nicht wieder in Bremen etablieren!

Antrag der Fraktion der CDU vom 23. Februar 2021 (Drucksache [20/413 S](#))

Dazu als Vertreter des Senats Herr Staatsrat Sven Wiebe.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Marco Lübke.

Abgeordneter Marco Lübke (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich muss schon sagen, es wundert mich schon sehr, dass Frau Senatorin Vogt hier heute nicht anwesend ist, weil es ja auch um sie persönlich geht. Aber gut!

Es geht um die mögliche Ansiedlung eines Bordells in Bremen, in dem Frauen sexuelle Dienstleistungen ausüben. Wenn man sich mit dem Thema Bordell beschäftigt, gelangt man unweigerlich auch zu dem Thema Prostitution, also wo sexuelle Dienstleistungen gegen Entgelt ausgeübt werden. Nach Schätzungen der Landeskriminalämter in Deutsch-

land finden circa 75 Prozent der Prostitution in Bordellen oder bordellähnlichen Wohnungen statt. Weitere Schätzungen der Polizei gehen davon aus, dass 90 bis 95 Prozent der Prostitution zwanghaft, also eben nicht freiwillig, ausgeübt werden. Es sind meistens junge Frauen, die unter falschen Versprechen auf einen Job aus den Dörfern der Peripherie, aus ganz Europa, angelockt werden und letztlich in Bordellen landen. Sie alle hoffen auf bessere Lebensverhältnisse und tappen sofort in die Falle der organisierten Kriminalität. Meine Damen und Herren, ich glaube, etwas Menschenverachtenderes und Frauenverachtenderes kann man sich kaum vorstellen.

(Beifall CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Wir können über dieses Thema Prostitution, ich habe es jetzt nur angesprochen, noch lange diskutieren, ich hoffe, das werden wir in Zukunft auch, aber das gehört einfach dazu.

Bei der Beantragung dieses Bordells, die man aus den eben genannten Ausführungen schon grundsätzlich kritisch sehen kann, wie eben schon angeführt, gibt es eine Besonderheit. Es gibt viele Hinweise darauf, dass diejenigen, die als beantragende Personen fungieren, von Akteuren der Rockergruppierung Hells Angels vorgeschoben werden, sodass es sich damit um ein klassisches – ich sage jetzt nicht das Wort, weswegen man verklagt werden kann – Mittelsmann-/Mittelsfrauverhältnis handelt. Wenn das zuträfe, dann dürfte die Genehmigung des Bordells natürlich aus mehreren Gründen nicht erteilt werden.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch ein paar Worte zu den Hells Angels verlieren! Ich glaube, im Allgemeinen, aus kriminalistischer Sicht, ist es völlig unstrittig, dass sie ein Teil der organisierten Kriminalität sind und unter anderem in Drogengeschäfte, Waffenschiebereien, Geldwäsche und Menschenhandel verwickelt sind. Die Hells Angels sind in Bremen seit 2013 verboten, und das ist auch gut so. Die Hells Angels dürfen hier keinen Platz haben.

(Beifall CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP)

Ich – und der Innensenator wahrscheinlich auch – erinnere mich noch sehr gut an die Zeit ab 2010 mit den vielen öffentlichen Vorfällen im Zusammenhang mit dieser Gruppierung, ob es Massenschlägereien waren, Bandenkämpfe oder Motorradkorsos. Es wurde seitens der Innenbehörde hauptsächlich unglaublich viel Zeit und Energie investiert,

um dieses Problem in den Griff zu bekommen. Wir als CDU-Fraktion haben das in der Vergangenheit unterstützt, wir unterstützen es jetzt, und wir unterstützen es auch in der Zukunft. Wir stehen zu der Nulltoleranzstrategie gegenüber den Hells Angels, Herr Innensenator, vielleicht mag ihm das jemand ausrichten.

Zu einem Vereinsverbot ist es damals übrigens gekommen, weil alle Verantwortlichen an einem Strang gezogen und einen möglichen Rechtsstreit in Kauf genommen haben. Wenn wir jetzt nach so vielen Jahren sehen, wie schwer und mühsam es war, die Hells Angels aus der Stadt zu verbannen, muss doch jetzt eines gemacht werden: Es müssen doch jetzt alle Möglichkeiten geprüft und alle Register gezogen werden, und alle Ressorts müssen an einem Strang ziehen, um die im Raum stehende Ansiedlung zu verhindern.

Meine Damen und Herren, ich habe den 20-seitigen Bericht der Polizei gelesen und will dazu noch ein paar Anmerkungen machen! Bei der beantragten Person handelt es sich um die Ehefrau, die Schwester des Mannes, der beim Verbot der Hells Angels im Jahr 2013 deren stellvertretender Chef war und anschließend eine Gruppierung in Delmenhorst gegründet hat. Bei dem Bordell Eros69 verhält es sich übrigens ähnlich. Dort soll der Anführer der Hells Angels einen Beratervertrag besitzen und nichts mit dem Bordell zu tun haben. Jedes Mal aber, wenn die Polizei dort vor Ort war, war auch immer derjenige Anführer vor Ort, und ausgerechnet einem Anführer dieser Gruppe wird ein Beratervertrag in der Firma angeboten. Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen!

Herr Staatsrat, ich sage Ihnen ganz ehrlich: Ich habe den 20-seitigen Bericht gelesen, und mir ist schleierhaft, wie man sich mit diesen deutlichen Argumenten und starken Indizien schwertun kann, diese Genehmigung zu verweigern. Sie sind es allemal wert, damit vor Gericht zu ziehen und es auf eine Klage ankommen zu lassen, die Erfahrungen aus dem Jahr 2013 haben gezeigt, dass es geht.

(Beifall CDU)

Wenn ich zum Schluss noch den Polizeivizepräsidenten zitieren darf: Eine in Bremen verbotene Gruppe der organisierten Kriminalität will den Rechtsstaat an der Nase herumführen und ihre Machtposition wieder aufbauen. Das gilt es zu verhindern.

(Glocke)

Herr Staatsrat, bitte tragen Sie dazu bei! – Herzlichen Dank!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Birgit Bergmann.

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Kriminelle Kämpfe und gewalttätige Revierauseinandersetzungen von Rockerbanden hielten über Jahre hinweg unsere Stadt in Atem, und der gemeinsame Kampf von Polizei, Bürgerinitiativen, Politik und Gesellschaft vertrieben vor sieben Jahren die Hells Angels aus der Bahnhofsvorstadt. Die Hells Angels wurden verboten, und bis heute erinnern sich Bürger lebhaft daran, wie die Hells Angels angesichts einer ohnmächtigen Staatsgewalt sämtliche Gesetze mit Füßen traten und zuhauf breitbeinig samt Motorrädern in ihren Vorgärten standen und Bürger, die Schutz bei der Polizei suchen wollten, bedrohten.

Im Januar berichtete der Innensenator in der Deputation lebhaft davon, wie stolz und froh und erleichtert die Bremer Polizei war, als die Hells Angels, die mit allen Folgen der organisierten Kriminalität in Bremen Fuß gefasst hatten, endlich die Bremer Innenstadt als ihr Revier verloren hatten. Das ist gut und auch bis heute bedeutungsvoll, denn nach Aussagen des Bundeskriminalamtes in Wiesbaden ist das kriminelle Potenzial von Bandidos, Hells Angels und anderen Rockergruppierungen sowie die damit verbundene Gefährdungslage unvermindert hoch. Diese Banden beachten bekannterweise nicht die Gesetze, nicht die Regeln und nicht die Normen unserer Gesellschaft, und sie nutzen sie zugleich bis in den letzten Winkel für ihre Zwecke aus. Wie weit sie damit kommen, ist schwer erträglich, insbesondere für viele Polizisten, Staatsanwälte und Politiker. Dabei treten sie auch als Geschäftsleute auf oder lassen Strohänner und Strohfrauen Geschäfte tätigen, die dazu dienen, ihren Einfluss im Rotlichtmilieu und in der organisierten Kriminalität auszuweiten.

Nun lebt wieder auf, was für die Stadt Bremen als überwunden galt: Eine vermeintliche Strohfrau möchte in Bremen ein Bordell eröffnen. Der Innensenator bat die Wirtschaftssenatorin, dies nicht zu genehmigen und auch für das im August 2019 eröffnete Bordell Eros69, das von demselben Unternehmen geführt wird, die Betriebsgenehmigung zu widerrufen. Nach polizeilicher Datenlage gibt es

ausreichend Indizien für die Behauptung, dass hinter den Betreibern des Eros69 die in Bremen verbotenen Hells Angels stehen.

Nachdem uns berichtet wurde, dass der Chef der Hells Angels vor Ort gegenüber der Polizei wiederholt als Ansprechpartner für Belange rund um das Eros69 auftrat, habe ich Akteneinsicht für vertiefte Informationen genommen, und ich teile uneingeschränkt die Überzeugung des Innensensors, dass die Hells Angels versuchen, hier über die Bordelle Boden in Bremen zu gewinnen.

Ich war auf die Reaktion von Frau Senatorin Vogt ehrlich gesagt sehr gespannt, weil wir sie ja alle als eine kämpferische und leidenschaftliche Frau kennen, wenn es darum geht, sich gegen Ungerechtigkeit einzusetzen, und ehrlich gesagt war ich sehr überrascht von der emotional sehr abgeklärten und distanzierten Reaktion unserer lieben Wirtschaftssenatorin in dieser Sache. Sie schien irgendwie schon aufgegeben zu haben, bevor sie überhaupt zu kämpfen begann. Deswegen möchte ich mit dieser Debatte einen Appell an die leider nicht anwesende Frau Senatorin Vogt adressieren und sie im Namen der FDP-Fraktion bitten, dafür zu kämpfen, dass sich die Zustände der Jahre 2010 bis 2015 nicht wiederholen. Sie werden Widerstand und Gegenwind bekommen, ja, und es wird auch Gegenargumente in langen Gerichtsverfahren geben, aber diese Auseinandersetzung kann man gewinnen.

Wir erleben hier erneut, wie Vorgänge am Rand des Legalen passieren und damit gesellschaftlichen Raum gewinnen, und doch sind die Verbindungen in die illegale Seite des Geschäfts offensichtlich. Es wäre verheerend, wenn die Hells Angels in Bremen wieder an Boden gewinnen und mit dem Prostitutionsbetrieb wieder eine Basis für mutmaßlich viele weitere Geschäfte wie Menschenhandel, Zwangsprostitution, Drogen- und Waffenhandel hätten und es außerdem eine demonstrative Verachtung der Gesetze in der Bahnhofsvorstadt gäbe.

Der Beirat Mitte, ebenso wie der Beirat in der Neustadt und parteiübergreifend die Mitglieder der Innendeputation und viele Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt, bitten Sie zu verhindern, dass die Hells Angels in Bremen wieder Raum gewinnen. Auch Bürgerinnen und Bürger aus den Reihen der LINKEN bitten in drei gesonderten Parteianträgen, dass Sie dem Ansinnen der Eröffnung eines zweiten Bordells eine Absage erteilen und das Bordell in der Duckwitzstraße aufgrund dieser Hintergründe wieder schließen, und wir schließen uns

dieser Forderung an. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Mustafa Öztürk.

Abgeordneter Mustafa Öztürk (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich auch noch einmal informiert, was dieses Thema angeht, insbesondere, wenn es um die Genehmigungspflicht geht. Laut Homepage der Wirtschaftsbehörde ist es eindeutig geregelt: Ein Bordell ist ein genehmigungspflichtiges Gewerbe. Anträge sind in Bremen bei der Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa zu stellen. Sie muss die Zuverlässigkeit des Anmelders sowie das Betriebskonzept prüfen, etwa ob es mit der Wahrnehmung des Rechts auf sexuelle Selbstbestimmung unvereinbar ist oder der Ausbeutung von Prostituierten Vorschub leistet. So steht es auf der Homepage.

Demgegenüber liegen ja die Berichte der Polizei vor, die hier eben ausführlich zitiert wurden. Dem können wir uns als Fraktion nur anschließen. Es liegen Indizien vor, dass hinter dem Betrieb in der Duckwitzstraße über Strohänner/Strohfrauen die in Bremen verbotene Rockergruppe Hells Angels steht. Das Bordell, um das es jetzt geht, nämlich das beantragte in der Bürgermeister-Smidt-Straße 31, ist nach Ansicht der Polizei der Versuch, dass die Hells Angels versuchen, in Bremen wieder Fuß zu fassen. Das ist die Bewertung, dem können wir uns anschließen.

Wir sind in jeder Sicht absolut konsequent, wenn es um das weitere Vorgehen gegen die Hells Angels geht. Sie sind zu Recht seit 2013 verboten, Anfang 2020 hat das Oberverwaltungsgericht das Verbot noch einmal bestätigt. Wir sind entschieden gegen die organisierte Kriminalität vorgegangen, und das ist auch gut so, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ein weiteres konsequentes Vorgehen ist aber trotzdem wichtig, nämlich das staatliche Handeln aller beteiligten Ressorts, wenn es um diese Betriebserlaubnis geht. Deswegen waren wir uns auch in der Innendeputation fraktionsübergreifend einig, dass wir auf diese Nulltoleranzstrategie gegen die Hells Angels setzen, und wir haben den Senator aufgefordert, diese weiter fortzusetzen und die Genehmigung für die Bürgermeister-Smidt-Straße nicht zu erteilen und dafür in Gespräche mit

der Senatorin für Wirtschaft zu treten, und wir haben unsere Bekräftigung dort noch einmal zum Ausdruck gebracht.

Was ich an der Stelle jetzt aber nicht verstehe, ist das Ansinnen der CDU, uns jetzt noch einmal zu etwas aufzufordern. Wir befinden uns jetzt in einem Moratorium, die Zuverlässigkeit der Geschäftsführerin, also der Ehefrau und der Schwester des Delmenhorster Chefs der Hells Angels, werden geprüft. Zur Prüfung gehört aber auch das Baurecht, das muss man jetzt zügig, korrekt und auch rechtsstaatlich korrekt ausarbeiten. Wenn ein Ergebnis vorliegt, kann eine Versagung des Betriebs dargelegt werden, oder er ist dann schlichtweg genehmigungspflichtig. Ich glaube, wir müssen uns schon die Mühe machen, jetzt noch einmal diesen Umweg zu gehen und abzuwarten, welches Ergebnis das Moratorium bringt.

Das Moratorium trägt auch dem Anliegen des Beirats Mitte und der dortigen Anwohnerinnen und Anwohner Rechnung. Es gibt eine positive Entwicklung im Stadtteil, und die bisherigen Planungsprozesse, auch für das Entwicklungskonzept Bahnhofsvorstadt, haben nach wie vor Bestand. Insofern spricht auch einiges dafür, dass eine Ansiedlung in dem Bereich definitiv nicht gewünscht und auch nicht erwünscht ist.

Wir schöpfen alle rechtlichen Möglichkeiten aus und werden sehen, was hier am Ende des Tages ausgearbeitet wird, was uns vorgelegt wird, entsprechend sind wir auf die Entscheidung gespannt. Wir haben dazu eine ganz klare Haltung. Das Prostituiertenschutzgesetz ist eindeutig. Es obliegt uns als Gesetzgeber, das, was im Gesetz steht, umzusetzen, nämlich den Schutz der Sexarbeiterinnen und -arbeiter zu gewährleisten, und wenn dazu gehört, dass eine Betriebsstätte nicht in diesen Rechtsrahmen passt, nicht zuverlässig ist, dann darf man ihr einfach nicht die Genehmigung erteilen, Punkt! – Danke schön!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Maja Tegeler.

Abgeordnete Maja Tegeler (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleg:innen! Als LINKE teilen wir die klare Zielsetzung, dass die rechtsgerichteten Rocker der Hells Angels in Bremen nie wieder Fuß fassen dürfen, und schon gar nicht dürfen wir zulassen, dass Frauen in der Sexarbeit von diesen Leuten ausgebeutet werden.

(Beifall DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen)

Ja, die Vorbehalte gegen das Eros69 in der Duckwitzstraße waren und sind nachvollziehbar,

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

die Ablehnung der Eröffnung des geplanten Bordells in der Bürgermeister-Smidt-Straße durch den Beirat Mitte und viele andere ist es auch. So sehr wir uns auch wünschen, dass ein Verbot bereits jetzt nachhaltig möglich ist, es ist weder für uns noch für die betreffenden Frauen nichts, aber auch gar nichts gewonnen, wenn Gerichte eine etwaige Versagung beziehungsweise Rücknahme der Betriebserlaubnis anschließend für rechtswidrig erklären. Mit der Verständigung der Senatsressorts Wirtschaft, Bau und Inneres auf das eben schon erwähnte Moratorium, das darauf abzielt, keine Entscheidung über eine etwaige Betriebserlaubnis zu treffen, bis die vorliegenden Indizien ausgewertet sind, ist wertvolle Zeit gewonnen. Die begleitende Taskforce mit Vertreter:innen aus den drei Ressorts soll nicht zuletzt der Gewinnung neuer Erkenntnisse durch die Polizei in Bremen und die Polizeidirektion Oldenburg dienen. Dies halten wir für nötig, und daher begrüßen wir diese Vereinbarung.

(Beifall DIE LINKE)

Den Antrag in der vorliegenden Form lehnen wir daher als unzureichend ab.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleg:innen, lassen Sie mich auch einige Worte zu dem Versuch der CDU-Fraktion verlieren, diese konkrete Auseinandersetzung mit einer grundsätzlichen Betrachtung von Sexarbeit und dem von konservativer Seite zuweilen befürworteten Sexkaufverbot, Stichwort nordisches Modell, zu verbinden! Ich halte es nicht dienlich für die Sache, diese beiden Ebenen zu vermischen. Es ist richtig, kriminelle Strukturen und massive Ausbeutung zu bekämpfen, ohne Frage, da besteht Einigkeit. Gerade weil niemand wollen kann, dass Frauen im Rotlichtmilieu unter der Dominanz von Gestalten wie den Hells Angels arbeiten müssen, ist es relevant, dies zu trennen.

Eine komplette Kriminalisierung von Sexarbeit verdrängt Personen, die in diesem Bereich arbeiten, noch mehr in den Untergrund und erschwert jeglichen Versuch, die Arbeitsverhältnisse nachhaltig zu verbessern und den verschiedenen Formen der Ausbeutung wirksam zu begegnen.

(Beifall DIE LINKE)

Darüber hinaus, Herr Abgeordneter Lübke, empfehle ich deutlich mehr Nähe zu den realen Fakten. Ihre Erzählung, 90 bis 95 Prozent der Sexarbeit seien durch Zwangsprostitution und Menschenhandel betroffen, ist nichts als pure Spekulation. Bei der letzten Statistik des BKA von 2019 hierzu ist bundesweit von 427 Ermittlungsverfahren gegenüber 40 000 angemeldeten Sexarbeiter:innen die Rede.

Selbstverständlich bilden diese Zahlen die Realität nicht ab. Um aber das Dunkelfeld zu beleuchten und Menschenhandel sowie Zwangsprostitution wirksam zu bekämpfen, braucht es andere Maßnahmen, als die von Ihnen vorgeschlagenen, solche, wie sie sich anderenorts bereits bewährt haben, also eine Ausweitung der Beratungsstrukturen, ein verbessertes Aufenthaltsrecht für die Betroffenen von Menschenhandel und Zwangsprostitution, wie es sich zum Beispiel in Norwegen, Großbritannien und anderen europäischen Staaten bewährt hat, und endlich eine Beendigung des weitgehenden Ausschlusses von Sozialleistungen für EU-Ausländer:innen, kurz gesagt, eine deutliche Stärkung der Frauen, denn es geht hier überwiegend um Frauen. Dies sage ich, gerade weil es so wichtig ist, diese Probleme nachhaltig und an der Wurzel zu bekämpfen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Kevin Lenkeit.

Abgeordneter Kevin Lenkeit (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es freut mich sehr, dass ich kurz vor Toresschluss noch die Möglichkeit bekomme, zu diesem aktuellen Thema zu sprechen. „Die Hells Angels sind wieder aktiv“ oder „Politiker gegen City-Puff, weil dahinter die Hells Angels stecken“, das waren nur zwei der unzähligen Überschriften der letzten Tage und Wochen, und die Berichterstattung zeigt deutlich, dieses Thema bewegt die Menschen in unserer Stadt. Wir alle wissen, wenn wir über Rocker sprechen, dann sprechen wir nicht über die Rolling Stones, und wenn wir in diesem Zusammenhang über einen MC, also einen Motorradclub sprechen, dann sprechen wir mitnichten über Herren mit einem Führerschein der Klasse A.

Ganz deutlich: Wenn wir über die Hells Angels sprechen, dann sprechen wir über organisierte Kriminalität. Wir sprechen über Drogenhandel, über Menschenhandel und über Waffenhandel, um ein paar Tätigkeitsfelder der Hells Angels und anderer vermeintlicher MCs anzusprechen, und wir sprechen über geschlossene hierarchische Strukturen, die den Rechtsstaat ablehnen und ausschließlich ihre eigenen Regeln befolgen.

Deutschlandweit kam es in der vergangenen Dekade zum Teil zu kriegsähnlichen Szenen, wenn eben solche MCs ihre gewalttätigen Konflikte in der Öffentlichkeit ausfochten. Wir haben es immer wieder auf der Discomeile und anderswo in der Stadt erlebt, und wegen dieser gewalttätigen Auseinandersetzung hat der Bremer Innensenator das organisierte kriminelle Treiben der Organisation Hells Angels im Jahr 2013 verboten, es wurde bereits angesprochen. Wir haben bereits im Vorfeld die kriminelle Organisation Mongols MC verboten, wir haben klare Kante gezeigt und deutschlandweit als eines der ersten Länder deutlich gemacht, dass man dem kriminellen Treiben dieser MCs nicht tatenlos zusehen muss.

Mit dem damaligen Vereinsverbot waren die handelnden Akteure natürlich nicht verschwunden, und natürlich wurden aus den kriminellen Akteuren nicht über Nacht lammfromme Personen. Weil die Stadtgrenze für diese Herren praktischerweise auch die Landesgrenze ist, hat man sozusagen Stadtflucht betrieben und den Verein in einem anderen Bundesland mit einem leicht veränderten Namen neu aufgemacht. Ob das Vereinshaus jetzt Am Dobben oder in Delmenhorst steht, ist für die kriminelle Betätigung dieser Akteure sicherlich nicht einmal zweitrangig.

Wir begrüßen es daher ausdrücklich das zwischen Senator Mäurer und Bürgermeisterin Dr. Schaefer ausgehandelte Moratorium, welches den Entscheidungsträgern im Wirtschaftsressort die Möglichkeit gibt, eine abschließende Bewertung der vorliegenden Erkenntnisse vorzunehmen und ihnen einen erneuten Austausch mit den niedersächsischen Behörden ermöglicht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zusammenfassend: Ich bin dankbar für die deutlichen Worte von Innensenator Mäurer. Ich kann mich seinem Statement vollumfänglich anschließen. Wir als SPD-Fraktion werden an der Seite des Senators, des Ressorts und des Beirats dafür kämpfen, dass in der Bürgermeister-Smidt-Straße kein neues Bordell mit

Akteuren des organisierten Verbrechens im Hintergrund entsteht.

(Beifall SPD)

Sie sehen, für mich als Innenpolitiker spielt der Aspekt der Kriminalität im Hintergrund eine wichtige Rolle. Nicht weniger wichtig ist aber natürlich auch die Rolle der Frauen, die in solchen Einrichtungen arbeiten. Natürlich hat die Arbeit einer Prostituierten in einem Bordell wenig bis gar nichts mit dem Leben und der Arbeit einer Prostituierten à la Pretty Woman gemeinsam. Wir brauchen hier nichts zu romantisieren, gar nichts! Die aktuelle Diskussion um ein mögliches Bordell in der Bürgermeister-Smidt-Straße wird ja auch zum Anlass genommen, über Prostitution in Gänze zu diskutieren, nicht nur heute hier vor dem Eingang von einigen Aktivistinnen, sondern auch durch die CDU-Fraktion. Dabei wird in der Presse prominent eine Abkehr vom deutschen Prostituiertenschutzgesetz hin zu einem anderen Modell ins Spiel gebracht beziehungsweise eine Debatte darüber gefordert, nämlich dem schwedischen Modell, das den Kauf sexueller Dienstleistungen kriminalisiert, nicht aber den Verkauf.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diskutieren kann man über alles, allerdings sei es mir gestattet festzustellen, dass das schwedische Modell in seiner nunmehr 20-jährigen Geschichte zwar wissenschaftlich und politisch in Scharen begutachtet wurde, dieses aber keine schlüssigen und eindeutigen Ergebnisse produziert hat. Anders, als der Kollege Lübke im Interview behauptet, gab es in Deutschland mindestens seit ungefähr 2001 natürlich eine breite gesellschaftliche Diskussion über das Thema Prostitution. Dies führte übrigens 2016 zum Erlass des Prostituiertenschutzgesetzes, welches im Deutschen Bundestag ja auch mit Stimmen der CDU beschlossen wurde.

Frau Präsidentin, mit Blick auf die Uhr verspreche ich, dass ich gleich nicht zu einer zweiten Runde wiederkomme und mich jetzt ganz kurz fasse!

Zurück zum Antrag der CDU-Fraktion! Dort wird auch das bestehende Bordell in der Duckwitzstraße angesprochen. Auch hier hat der Senator für Inneres auf Grundlage polizeilicher Erkenntnisse angeregt, eine Überprüfung der Betriebserlaubnis vorzunehmen. Natürlich werden wir ganz genau hinschauen, was die Genehmigungsparameter des Bordells in der Duckwitzstraße angeht. Wenn sich hier seit der Genehmigung neue Erkenntnisse ergeben haben, dann werden wir auch hier deutlich

machen, wir dulden keine Strukturen der organisierten Kriminalität in unserer Stadt. Wenn wir feststellen, dass es sich mit der Duckwitzstraße wie mit der Bürgermeister-Smidt-Straße verhält – und ich hätte nicht gedacht, diesen Satz im Parlament einmal sagen zu können –, dann machen wir den Puff zu.

(Abgeordnete Dr. Henrike Müller [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist nicht lustig!)

Ihren Antrag lehnen wir ab, es tut mir leid. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Birgit Bergmann.

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn gestandene Männer unserer Stadt, die sich verbal zu Selbstbestimmung und Gleichberechtigung bekennen, mir gegenüber äußern, dass man Zwangsprostitution als Nebeneffekt und unvermeidlichen Kollateralschaden im Geschäft um die Befriedigung hinnehmen müsse, dann endet als Frau mein Verständnis. Dank meiner beruflichen Erfahrungen als Sozialarbeiterin konnte ich mir nämlich ein sehr genaues Bild davon machen, was Zwangsprostitution bedeutet.

Zugang zu Zahlen, Daten und Fakten haben wir aber alle. In Deutschland arbeiten Hunderttausende von Frauen in der Prostitution, und davon nur ganz wenige ohne Zuhälter, die gern auch als Hausmeister oder sonstige männliche Schutzpersonen auftreten. 90 Prozent der Frauen kommen aus dem Ausland, oft aus Süd- und Osteuropa – bei uns aus Rumänien, Bulgarien –, und schnell wird mit Blick auf viele Biografien deutlich, dass das lukrative Geschäft in der männerdominierten Prostitutionskultur sehr bewusst betrieben wird. Wirtschaftliche Armut, geringer Ausbildungsstand, kaum Fremdsprachenkenntnisse, autoritäre Familienstrukturen, nicht selten sind das die persönlichen Hintergründe, aus denen die Frauen kommen, die bewusst gesucht und systematisch zu Opfern des Betriebes werden.

Natürlich weiß ich auch, es gibt auch die Prostituierten – oder in der modernen Bezeichnung Sexarbeiterinnen –, die ihren Beruf freiwillig gewählt haben, ihn gern ausführen und für die er nicht alternativlos ist, die selbstbestimmt entscheiden, zu

welchen Konditionen sie ihre Dienste anbieten, aber das ist eben nur eine Facette von Prostitution in Deutschland, und es wird Zeit, auch in Bremen einmal offen über die reale Gesamtsituation zu sprechen.

(Beifall FDP, SPD)

Natürlich ist uns allen das Bild von Prostitution angenehmer, das die Freiwilligen und Selbstständigen immer wieder lautstark von diesem Gewerbe zeichnen, aber wir haben auch eine Verantwortung gegenüber denen, die gelockt und gezwungen werden, die ihrer Freiheit und Selbstbestimmung beraubt werden, die körperlicher Gewalt und sexuellen Übergriffen ausgesetzt sind, und gegenüber all denen, die irgendwo dazwischen für sich einen Weg und ihre Angehörigen suchen. Die Debatte um ein neues Bordell mit wahrscheinlicher Beteiligung der Hells Angels ist ein Anlass, die Frage zu stellen, wie wir Selbstbestimmung und freie Berufswahl auf der einen Seite und Schutz auf der anderen Seite zusammenbekommen.

Jetzt habe ich Bremer Geschäftsleute mit einem hoch anerkannten gesellschaftlichen Standing sagen hören, dass wir ja keine Messe mehr nach Bremen bekommen, wenn wir nicht ausreichend Bordelle anbieten können.

(Abgeordnete Dr. Henrike Müller [Bündnis 90/Die Grünen]: Leider wahr!)

Als wäre es Aufgabe der Politik, ihren Gästen flächendeckend die Möglichkeit sexueller Befriedigung an weiblichen Körpern anzubieten, als sprächen wir über Bäckereien oder Frühstücksbrötchen! Sinkt die Debatte auf dieses Niveau, dann verlieren wir den Blick auf den Schutzauftrag für die, die sich nicht freiwillig für Sexarbeit entscheiden.

(Abgeordnete Sofia Leonidakis [DIE LINKE]: Auf wen genau beziehen Sie sich gerade?)

Wie wollen wir als Gesellschaft die Gedanken von Gleichberechtigung und Selbstbestimmung für alle Frauen leben? Welcher Preis muss dafür gezahlt werden, und wer bezahlt ihn eigentlich? Dazu wollen wir als FDP-Fraktion gern in eine Debatte eintreten. Sie immer nur dann zu führen, wenn uns der thematische Kontext gefällt, etwa wenn es um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie geht, das halten wir für verlogen.

(Beifall FDP)

Mir ist es zu naiv zu glauben, dass Rockerbanden, die im Anzug oder mit ihren weiblichen Stellvertretern daherkommen, sich von Grund auf verwandelt hätten, denn die Mechanismen von Gewalt und Erniedrigung, mit denen in diesem Geschäft oft junge Frauen zur Prostitution gezwungen werden, verschwinden nicht so schnell, wie sich die Lederjacke gegen einen Anzug tauschen lässt.

(Abgeordnete Sofia Leonidakis [DIE LINKE]: Wer hat denn von einer Verwandlung gesprochen?)

Deshalb ist unser Auftrag, genau hinzusehen, deshalb ist es wichtig, den vorgebrachten vordergründigen Schutz zu enttarnen. Ich denke an ein Argument, das die Rocker selbst gern anführen: Solange wir den Laden haben, gibt es keinen Ärger. Stehen wir an der Tür, bist du sicher, und alles läuft sauber und rund. Hier werden perfide Begründungen zur Akzeptanz einer mafiösen Struktur direkt auf dem Silbertablett mit serviert.

(Glocke)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Frau Bergmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Maja Tegeler?

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Nein, ich bin gleich fertig, und dann darf Frau Tegeler gern etwas sagen! Unrechtsregime im Kleinformat, die einen vordergründigen Schutz anbieten, dürfen im Rechtsstaat niemals eine willkommene Lösung sein. Wir wollen keine organisierte Kriminalität in Bremen, wir wollen nicht, dass die Hells Angels in der Bahnhofsvorstadt wieder Reviermacht erhalten, und deswegen fordern wir Frau Senatorin Vogt auf zu kämpfen, und wir begrüßen eine Debatte über das Gesamtspektrum der Prostitution, das damit auch in dieses Haus getragen wird. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Maja Tegeler zu einer Kurzintervention.

Abgeordnete Maja Tegeler (DIE LINKE): Ich hatte die Abgeordnete Frau Bergmann gefragt, ob sie hier in der Debatte irgendjemanden gehört hat, der sich damit abfinden möchte, dass die Hells Angels wieder Fuß fassen und sich organisierte Kriminalität ansiedelt. So sage ich nur: Nein, ich habe hier niemanden gehört, der auch nur ansatzweise – –.

Deswegen verstehe ich den Redebeitrag gerade nicht.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Henrike Müller.

Abgeordnete Dr. Henrike Müller (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich nutze die fünf Minuten Redezeit gar nicht aus. Natürlich, das hat mein Kollege Öztürk in seinem Redebeitrag klargemacht, unterstützen wir die Bemühungen der beiden Ressorts, Licht in das Dunkelfeld der angesprochenen Bordelle zu bringen.

Ich will nur einen Gedanken zu Protokoll geben, der mir wichtig ist, weil er mir bei der öffentlichen Berichterstattung, bei Äußerungen von politischen Entscheidungsträgern zu dem Thema und ehrlich gesagt auch bei einem Großteil der heutigen Debatte immer wieder aufgestoßen ist: Wir sprechen hier mit einem Hauptargument, nämlich die Hells Angels mögen sich hier nicht ansiedeln, über das Verbot von Bordellen, von Bordellen, bei denen wir zu Recht die Vermutung haben, dass dort Zwangsprostitution stattfindet. Die Argumentation, die immer genutzt wird, ist, wir schließen die Bordelle oder genehmigen sie nicht, damit sich die Hells Angels nicht ansiedeln. Aus meiner Sicht müsste die Argumentation eine andere, nämlich folgende sein: Die Hells Angels sind bekannt für Frauen- und Menschenhandel, wir haben Bordelle, in die die Hells Angels offensichtlich verwickelt sind, und deswegen schließen wir diese Bordelle, damit dort keine Zwangsprostitution stattfindet. So herum wird ein Schuh daraus, von der anderen Seite aus meiner Sicht nicht. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner erhält das Wort Herr Staatsrat Sven Wiebe als Vertreter des Senats.

Staatsrat Sven Wiebe: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir diskutieren heute ein Thema, das in den vergangenen Wochen viel mediale Aufmerksamkeit bekommen hat, nämlich die Frage der Einflussnahme auf den Betrieb von Prostitutionsstätten durch die Hells Angels. Ich möchte gleich zu Beginn Folgendes klarstellen: Dieser Senat und diese Koalition dulden keine organisierte Kriminalität, sie dulden keinen Menschenhandel und dulden auch keine Hells

Angels in dieser Stadt, Punkt, oder besser: Ausrufezeichen!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Die öffentliche Debatte zeigt aber, dass es bei diesem Thema oft sehr emotionale Auseinandersetzungen gibt. Das ist verständlich, aber dennoch sind wir als Senat und als Verwaltung gut beraten und auch verpflichtet, Sachverhalte gründlich und rechtlich sauber zu prüfen, bevor zum Beispiel gewerberechtliche Schritte eingeleitet werden. Deshalb möchte ich jetzt zu Beginn auch noch einmal auf das Verfahren im Gewerberecht eingehen.

Bekanntermaßen ist die Gewerbefreiheit grundgesetzlich geschützt. Dadurch sind die Hürden, staatlicherseits die Erlaubnis zum Betrieb eines Gewerbes zu untersagen oder eine bereits ausgesprochene Genehmigung zu widerrufen, ausgesprochen hoch. Der Grund hierfür ist der Eingriff in die wirtschaftliche Existenz des Gewerbetreibenden, aber auch der durch ihn oder sie beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

(Präsident Frank Imhoff übernimmt wieder den Vorsitz.)

In der heutigen Debatte geht es um die bereits genehmigte Prostitutionsstätte in der Duckwitzstraße und eine im Genehmigungsverfahren befindliche neue Prostitutionsstätte in der Bürgermeister-Smidt-Straße. Beide Betriebe stehen aktuell unter dem Verdacht, faktisch von der kriminellen Rockergruppierung Hells Angels betrieben zu werden. Die gewerberechtliche Hürde, die es zu einer Untersagung des Betriebs der Prostitutionsstätten zu nehmen gilt, ist der Nachweis eines maßgeblichen Einflusses eines unzuverlässigen Dritten auf die Geschäftsführung,

(Zuruf Abgeordnete Dr. Henrike Müller [Bündnis 90/Die Grünen])

also konkret: Dass die Hells Angels unzuverlässige Dritte sind, bedarf keiner näheren Betrachtung, da sind wir uns hier alle einig, aber üben sie einen maßgeblichen Einfluss aus? Dies gilt es nicht nur zu vermuten, dies gilt es nachzuweisen.

Ja, es gibt Indizien und Hinweise darauf, dass Mitglieder der Hells Angels sehr gut über die Geschäftsabläufe der Betreibergesellschaft der beiden Prostitutionsstätten Bescheid wissen. Im gewerberechtlichen Verfahren muss der Einfluss der unzuverlässigen Dritten aber durch eine Vielzahl, und

zwar durch eine Vielzahl von belastbaren Indizien hergeleitet und der bestimmende Einfluss auf die geschäftlichen Tätigkeiten der Betreibergesellschaft nachgewiesen werden, um letztlich den Betrieb wirkungsvoll untersagen zu können. Um genau dies zu erreichen und dafür die entscheidenden Nachweise zu sammeln, hat der Senat erstens ein Moratorium ausgesprochen – übrigens der gesamte Senat –, die Ressorts Inneres, Bau und Wirtschaft haben sich sehr früh darauf verständigt, und der Senat hat eine Taskforce eingerichtet unter Federführung der Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa und unter Beteiligung des Senators für Inneres, der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz und der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität und Stadtentwicklung.

Diese Taskforce hat bisher dreimal getagt. In ihren Sitzungen wurden neue Erkenntnisse, insbesondere der Polizei, bewertet, aber noch sind wir an dem Punkt, dass weitere Ermittlungen notwendig sind. Dass noch weitere Ermittlungen notwendig sind, ist im Übrigen nicht nur die juristische Auffassung meines Hauses, sondern auch durch weitere juristische Stellungnahmen bestätigt. Es bedarf noch weiterer polizeilicher Erkenntnisse darüber, in welchem Umfang die Geschäftsführerinnen bisher im Geschäftsverkehr aufgetreten sind, vor allen Dingen, ob diese autonom gehandelt haben oder ob ihre Handlungen unter dem maßgeblichen Einfluss von Akteuren der Hells Angels stehen. Die Taskforce tagt weiterhin sehr intensiv, in der Regel einmal pro Woche, die Ermittlungen laufen kontinuierlich weiter.

An dieser Stelle lassen Sie mich ich bemerken, dass ich durchaus nachvollziehen kann, dass es einigen hier im Raum und auch vor allen Dingen in der Öffentlichkeit zu langsam vorangeht. Ich denke jedoch, dass niemandem damit geholfen ist, wenn wir hier nicht sorgfältig prüfen und nicht warten, bis schließlich genügend Beweismaterial vorliegt. Würden wir vorschnell den Betrieb untersagen und schließlich vor Gericht scheitern, wäre das ein sehr schlechtes Zeichen und würde dem angepeilten Ziel, nämlich der Zurückdrängung der organisierten Kriminalität, einen Bärendienst erweisen. Darauf wurde ja hier in der Debatte auch schon hingewiesen, und das kann ich nur unterstreichen.

(Beifall DIE LINKE)

Also, wir wollen die Genehmigung untersagen beziehungsweise widerrufen, aber wir wollen damit auch in einem zu erwartenden Rechtsstreit bestehen.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang vielleicht auch noch ein paar allgemeinere Ausführungen zum Thema Sexarbeit machen und warum der Frage der Genehmigung von Prostitutionsstätten eine hohe Bedeutung zukommt! Es geht nämlich, und auch das ist hier in der Debatte zu Recht in den Vordergrund gestellt worden, um den Schutz der Sexarbeitenden. Dieser muss im Mittelpunkt stehen. Dazu soll auch das Prostituiertenschutzgesetz beitragen, das im Jahr 2017 verabschiedet wurde. Es soll Sexarbeitenden, die dieser Tätigkeit selbstbestimmt nachkommen wollen, beste Arbeitsbedingungen und Beratung bieten und sie insbesondere effektiv vor Menschenhandel und Zwangsprostitution schützen.

Das Prostituiertenschutzgesetz ist viel diskutiert und auch kritisiert worden, und auch ich sehe hier durchaus Reformbedarfe, um die Sexarbeitenden noch besser zu unterstützen, zu beraten und zu schützen. Dafür wird es im Jahr 2023 eine bundesweite Evaluation geben, an der wir uns auch intensiv beteiligen werden. Nun ist natürlich zu beachten, und das ist misslich, dass aufgrund der Coronapandemie und des Verbots der Sexarbeit da einiges an Datenmaterial fehlt.

Apropos Corona: Es sei an dieser Stelle auch erlaubt, wenigstens kurz darauf einzugehen, dass Sexarbeitende zu den besonders stark von den Auswirkungen der Coronamaßnahmen betroffenen Bevölkerungsgruppen gehören, ohne dass dies in der öffentlichen Debatte richtig bewusst ist. Ihre Dienstleistungen waren mit kurzen Ausnahmen fast durchgängig verboten. Es ist zu vermuten, dass während dieser Zeit trotzdem sexuelle Dienstleistungen erbracht werden, die dann im Dunkelfeld ablaufen und damit auch deutlich weniger Schutz bieten. Das ist im Übrigen auch das zentrale Problem des nordischen Modells eines Sexkaufverbots, nämlich das Abdrängen in die ungeschützte Illegalität.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Hinzu kommt, die Beantragung von staatlichen Hilfsleistungen wird aufgrund bestehender Hürden nur unterdurchschnittlich angenommen, das ist, glaube ich, auch bekannt. Es besteht auch ein großer Wunsch nach Anonymität, und letztendlich wird eben doch auf pandemisch wie persönlich unsichere informelle Formen der Ausübung der Tätigkeit zurückgegriffen. Ich finde, dass wir hier genauer hinschauen müssen, wenn wir darüber reden, wie wir Sexarbeit gesundheitlich, finanziell und körperlich sicherer machen können.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Abschließend möchte ich noch einmal auf den Antrag der CDU zurückkommen! Letztlich fordern Sie in Ihrem Antrag genau das, was der Senat gerade macht, nämlich alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, um einer möglichen erneuten Etablierung der Hells Angels in Bremen zu begegnen. Genau dafür haben wir die Taskforce gegründet

(Abgeordneter Marco Lübke [CDU]: Dann können Sie ja auch zustimmen!)

und dort einen sehr intensiven Arbeitsprozess etabliert. Wir wollen aber, dass das Verfahren rechtssicher abläuft und werden deshalb sorgfältig prüfen. Sollte sich bei diesem Verfahren der Verdacht erhärten, dass die Hells Angels oder Mitglieder ihrer Organisation maßgeblichen Einfluss auf die Geschäftstätigkeiten der beiden Prostitutionsstätten haben, werden wir unverzüglich die entsprechenden Schritte ergreifen und die Betriebserlaubnis widerrufen beziehungsweise nicht erteilen.

Ich möchte betonen, es geht mir nicht darum abzuwarten, bis sämtliche Ermittlungen abgeschlossen sind und der letzte Beweis erbracht ist, aber es geht darum abzuwarten, bis eine hinreichende Zahl an belastbaren Nachweisen vorliegt, die dann auch einen Rechtsstreit zumindest als aussichtsreich erscheinen lassen – nicht mehr, aber auch nicht weniger –, und dafür werden wir uns in den nächsten Wochen intensiv einsetzen. – Vielen herzlichen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Marco Lübke.

Abgeordneter Marco Lübke (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu guter Letzt möchte ich doch noch ein paar Worte loswerden. Zum einen, Frau Kollegin Müller, ich glaube, wir sind uns bei der Definition auch einig, dem ist nichts hinzuzufügen. Herr Kollege Lenkeit, wenn man die Debatte hier heute verfolgt, dann glaube ich schon, dass es da in den letzten Jahren in der öffentlichen Wahrnehmung bei diesem Thema auch ein Defizit gegeben hat. Ich glaube, das hat die Debatte heute noch einmal eindeutig gezeigt, aber vielleicht ändert sich das ja durch unsere eingebrachte Kleine Anfrage. Ich glaube, da sind wir in vielen Punkten auch gar nicht weit auseinander.

Ich möchte noch ein paar Worte an den Staatsrat richten! Ich möchte es einmal so sagen: Ich werde einmal ein paar Punkte aus einem Positionspapier der LINKEN vorlesen, da steht unter anderem, Prostitution ist psychische Gewalt, Prostitution zerstört das Selbstwertgefühl der Prostituierten, bewirkt posttraumatischen Stress mit Symptomen wie bei Vergewaltigungsopfern. Dann lese ich weiter, Forderungen der LINKEN an den Gesetzgeber müssen sein ein Verbot von Bordellen und Zuhälterei. Dann verstehe ich ehrlicherweise nicht, dass Sie sich hier als Staatsrat einer linken Senatorin hinstellen und sagen, wir müssen noch prüfen, obwohl fast alle Parteien, der Beirat mit einem einstimmigen Beschluss, die Polizei, die öffentliche Meinung, der Senat oder große Teile des Senats und Ihre eigene Partei die ganz deutliche Auffassung haben, dass diese Genehmigung nicht zu erteilen ist. Das ist aus Sicht der CDU-Fraktion wirklich entlarvend und verantwortungslos, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU)

Ich möchte noch hinzufügen, als Senat haben Sie auch die Aufgabe, Schaden vom Land und von der Stadt abzuwenden. Wenn dieses Bordell genehmigt wird, ist wahrscheinlich der Schaden für die Stadt insgesamt in den nächsten Jahren unüberschaubar groß.

Als Letztes vielleicht noch: Natürlich sind diese Punkte, die wir angesprochen haben, Indizien und keine Beweise, aber das sind so starke Indizien, ich weiß ehrlicherweise gar nicht, worauf man noch wartet. Also, man hat es schwarz auf weiß, und es ist es allemal wert, mit diesen starken Indizien vor Gericht zu ziehen und es auf eine Klage ankommen zu lassen. Das Jahr 2013 hat uns gezeigt, dass es funktioniert. Ich habe den Eindruck, dass Frau Vogt als Senatorin – und das können Sie ihr gern ausrichten! – Angst hat, eine persönliche Niederlage vor Gericht einzustecken, und das hat aus meiner Sicht mit verantwortlichem Regierungshandeln nichts, aber auch gar nichts zu tun. – Herzlichen Dank!

(Beifall CDU)

Präsident Frank Imhoff: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der CDU mit der Drucksachennummer [20/413 S](#) seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

(M.R.F.)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

**Ortsgesetz über die Verlängerung der Geltungsdauer des 168. Ortsgesetzes über eine Veränderungssperre nach dem Baugesetzbuch im Geltungsbereich des Bebauungsplans 2517 in Bremen-Hemelingen zwischen Hemelinger Bahnhofstraße, Zum Sebaldsbrücker Bahnhof, Hastedter Heerstraße, Bahnstrecke Bremen – Bassum und Brauerstraße
Mitteilung des Senats vom 2. März 2021
(Drucksache [20/415 S](#))**

Die Beratung ist eröffnet.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Ortsgesetz beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

(FDP, M.R.F.)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

**Nachbenennung eines neuen Mitglieds des Jugendhilfeausschusses
Mitteilung des Senats vom 9. März 2021
(Drucksache [20/416 S](#))**

Der Wahlvorschlag ist Ihnen in der Mitteilung des Senats mitgeteilt worden.

Die Beratung ist eröffnet.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend dem Wahlvorschlag wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft wählt entsprechend.

(Einstimmig)

**Vorkaufsortgesetz „Reiherstraße/Reihersiedlung – Oslebshausen“
Mitteilung des Senats vom 16. März 2021
(Drucksache [20/423 S](#))**

Die Beratung ist eröffnet.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Vorkaufsortgesetz beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

**Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 16
vom 19. März 2021
(Drucksache [20/425 S](#))**

Eine Aussprache ist nicht beantragt worden.

Wir kommen daher zur Abstimmung.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt die Petitionen in der empfohlenen Art.

(Einstimmig)

Damit sind wir am Ende der Tagesordnung der Stadtbürgerschaft angekommen. Ich bedanke mich und wünsche Ihnen einen schönen Abend.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluss der Sitzung 19:25 Uhr)

Anhang zum Plenarprotokoll

Schriftlich vom Senat beantwortete Anfragen aus der Fragestunde der Stadtbürgerschaft vom 23. März 2021

Anfrage 8: Fritz-Piaskowski-Bad zukunftssicher erneuern
Anfrage der Abgeordneten Maja Tegeler, Cindi Tuncel, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE
vom 24. Februar 2021

Wir fragen den Senat:

1. Welche Umbaumaßnahmen sind bisher geplant, um im Fritz-Piaskowski-Bad den Charakter einer Sportstätte und einer Freizeiteinrichtung zu erhalten?
2. Welche Kosten sind dafür veranschlagt?
3. Wann wird der Umbau voraussichtlich abgeschlossen sein?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Der Senat hat in seiner Sitzung am 23. April 2019 die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport beauftragt, die weiteren Planungen zur Erstellung der Entscheidungsunterlage Bau für die Sanierung des Freizeitbades Vegesack Fritz Piaskowski voranzutreiben. Eine Befassung des Senats mit diesen Planungen steht aktuell noch aus.

Der Beirat Vegesack hat in seiner Sitzung am 15. März 2021 mögliche Planungsvarianten für einen Teilneubau erörtert.

Zu Frage 2: Derzeit können zu den Kosten noch keine validen Aussagen getroffen werden, da sich das Vorhaben noch im Planungsstadium befindet. Entsprechend dem Senatsbeschluss vom 23. April 2019 wird gegenwärtig die Entscheidungsunterlage Bau erarbeitet, aus der sich die weitere Kalkulation der Sanierungskosten ergeben wird.

Zu Frage 3: Der Abschluss der Umbauarbeiten ist aufgrund des noch nicht erfolgten Umsetzungsbeschlusses sowie Baubeginns derzeit nicht absehbar.

Anfrage 9: Gibt es eine Impf- und Teststrategie für die Beschäftigten in der Jugendhilfe?
Anfrage der Abgeordneten Petra Krümpfer, Ute Reimers-Bruns, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD
vom 4. März 2021

Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat das Infektionsrisiko mit COVID-19 für die Beschäftigten in der Jugendhilfe, offenen Jugendarbeit, in Jugendverbänden, stationären Einrichtungen sowie Beratungsstellen aufgrund ihrer berufsspezifischen häufigen Kontakte und den bisherigen Erfahrungen beim Ansteckungsgeschehen?
2. Ist dem Senat bekannt, ob es Planungen hinsichtlich einer Impf- und Teststrategie für die Beschäftigten in den genannten Einrichtungen und Organisationen gibt?
3. Inwieweit könnten diese Berufsgruppen von Impfpriorisierungen profitieren?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Das Infektionsrisiko für Beschäftigte in der Jugendhilfe ist abhängig von möglichen persönlichen und einrichtungsspezifischen Schutz- und Hygienemaßnahmen. Die Hygienemaßnahmen werden von den freien Trägern der Jugendhilfe einrichtungsbezogen mit dem Gesundheitsamt abgestimmt. Je enger und länger der Kontakt zu infizierten Kindern und Jugendlichen ist, umso höher ist das Infektionsrisiko zu bewerten. Dies betrifft insbesondere stationäre Einrichtungen der Inobhutnahme und der Erziehungshilfe. Dabei wird das Infektionsrisiko durch die regelmäßige Testung der Kinder und Jugendlichen in den Kitas und Schulen und bei erstmaliger Aufnahme in eine Kinder- und Jugendhilfeeinrichtung sowie durch freiwillige Schnelltests der Mitarbeitenden gesenkt.

Zum Schutz der Beschäftigten und der Kinder und Jugendlichen in den Einrichtungen wurde darüber hinaus eine spezielle Quarantäneeinrichtung für Kinder und Jugendliche geschaffen, die zum Zeitpunkt ihrer Inobhutnahme mit dem Coronavirus infiziert sind.

Zu Frage 2: Beschäftigten der Kinder- und Jugendhilfe sind Schulungsangebote zur Durchführung von Schnelltests gemacht worden. Die Kosten der Schulungen wurden durch die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz getragen. Die Kosten der Schnelltests werden befristet bis zum 31. Mai 2021 durch die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport erstattet. Im Rahmen der Impfpriorisierung wird den Beschäftigten der Kinder- und Jugendhilfe ein Impfangebot gemacht.

Zu Frage 3: Für die Beschäftigten in Jugendeinrichtungen ist ein Impfangebot neben dem persönlichen Immunschutz eine wichtige Maßnahme, um die kontinuierliche Betreuung der Jugendlichen in den Einrichtungen sicherzustellen. Entsprechend der Verordnung auf Schutzimpfung des Bundesministeriums für Gesundheit findet auch diese Berufsgruppe in der Priorisierung in Bremen Berücksichtigung. Somit kann zusätzlich zu den etablierten Hygienemaßnahmen ein weiterer Schutz aufgebaut werden.